

Frank Bauer

**Vorstellungen von „Deutschtum“ in Ungarn in Reiseberichten des 19. Jahrhunderts. Auf der Suche nach dem Eigenen in der Fremde**

Kiel: Solivagus, 2018. 362 S., 9 Abb., 6 Tab. = Kulturgeschichte des Politischen, 2. ISBN: 978-3-9817079-9-1.

Über die Deutschen in Ungarn erfahren wir hier wenig, viel jedoch über sie betreffende Fremdzuschreibungen. Denn im Fokus dieser Tübinger Dissertation steht das Selbstbild der Deutschen im Deutschen Bund bzw. im Deutschen Reich und dessen Wandlungen im Verlauf des 19. Jahrhunderts im Spiegel von Reiseberichten über Ungarn und die dort lebenden Deutschen. Diese dienen daher als Projektionsfläche im Bestreben der Reiseschriftsteller, für ihre Leser Kriterien in Ungarn dafür zu finden, was „deutsch“ sein kann und „deutsch“ sein soll. Darauf verweist auch der Untertitel der Arbeit: „Auf der Suche nach dem Eigenen in der Fremde“. Der Autor scheut keine Mühe, den thematisch weit gespannten, national zentrierten Identitätsdiskurs in Deutschland vor und nach der Reichsgründung von 1871 näher zu untersuchen und in diesem die von ihm untersuchten Reiseberichte aus den Jahren 1841 bis zum Ende des Jahrhunderts zu verorten. Zu diesem Zweck analysiert er zunächst die Reiseberichte von vier von ihm ausgewählten Schriftstellern: Johann Georg Kohl aus Hamburg (1808–1878) (Eine von András Vizkelety besorgte und kommentierte Übersetzung ins Ungarische der auf Ungarn bezogenen Schriften Kohls ist unter dem Titel *Utazás Ausztria országain keresztül. Magyarországi utazás 2014* in Budapest im Argumentum-Verlag erschienen.), Ernst Anton Quitzmann aus Freising (1809–1879), Bernhard Wilhelm Schwarz aus dem thüringischen Reinsdorf (1844–1901) und Rudolf Bergner aus Leipzig (1860–1899). Darüber hinaus untersucht er auch die zeitgenössische Zeitschriftenliteratur sowie die Texte weiterer Autoren wie Franz Löher oder Franz Schultheiss. Ego-Dokumente der in Ungarn lebenden Deutschen – so beispielsweise die Schriften von Eduard Glatz – bleiben außen vor. Das gilt auch für alle übrigen im Königreich Ungarn lebenden Völker. Man mag dies bedauern, doch zugleich machen solche Auslassungen deutlich, worum es Frank Bauer tatsächlich geht, nämlich in den „Berichten über das deutsche Leben jenseits der Leitha“ aufzuzeigen, „welche Vorstellungen über den Charakter des ‚Deutschtums‘ zu bestimmten Zeiten in Deutschland Verbreitung fanden“ (S. 20). Darüber wird der Leser dieses Buches sehr umfassend informiert. In diesem Zusammenhang werden die in Einzelkapiteln untersuchten Topoi wie „Kulturbringer“, „Germanisierung“ (parallel dazu auch „Magyarisierung“) und „Assimilation“ im Umfeld der Zivilisations- und Kulturkritik dieser Zeit ausführlich behandelt. Besonders positiv hervorzuheben ist hier, da es die Forschung weiterführt, das Kapitel über die „Nationalisierung von Räumen“ und die Zuschreibung von „deutsch“ zu Wald, Städten

und Landschaften wie beispielsweise zum Banat und Siebenbürgen oder von „ungarisch“ zur Einöde der „Puszta“.

In einem solchen Rahmen wirkt es jedoch wie eine unnötige Fleißarbeit, wenn der Autor meint, im Zuge der Stereotypenforschung im Kapitel „Die Anderen – zur Darstellung von nichtdeutschen Sprachgemeinschaften im Königreich“ (S. 237–300) auch die Magyaren, Rumänen und Slowaken abhandeln zu müssen, zumal die auf westsprachliche Sekundärliteratur beschränkte Quellenbasis für dieses ehrgeizige Unternehmen als wenig ausreichend bezeichnet werden kann.

Im Folgenden sei auf einzelne Kapitel näher eingegangen: Es ist bedauerlich, dass der Autor in seiner historischen Einleitung das Stereotyp von den zerstörerischen Auswirkungen der Türkenherrschaft für die Zeit nach dem Frieden von Karlowitz 1699 übernimmt und meint, eine Infrastruktur sei „nicht vorhanden“ (S. 65) gewesen. Die südslawische Besiedlung, die der deutschen Kolonisation in den zuvor osmanisch besetzten Gebieten vorausging, hatte vielerorts die Infrastruktur bewahrt. Daher kann auch nicht von einer weitgehenden Vertreibung der Bevölkerung die Rede sein, denn diese Slawen blieben. Diese Entwicklung zum Vielvölkerstaat wird allzu oft mit der in diesem Zeitabschnitt vollzogenen Transformation der Gesamtbevölkerung nach ethnischen, sprachlichen und konfessionellen Kriterien in Zusammenhang gebracht, weil – vom nationalungarischen Standpunkt aus bewertet – der magyarische Anteil gegenüber geschätzten 70–80% am Ende des 15. Jahrhunderts auf unter 40% gesunken war. Über die Einwanderung der Deutschen nach 1711 sind sehr wohl genauere Statistiken vorhanden, auch wenn diese nicht alle Immigranten erfassten. Die vom Autor auch auf Siebenbürgen ausgedehnte Bezeichnung aller in Ungarn lebenden Deutschen mit dem Begriff „Deutschungarn“ missachtet die Tatsache, dass sich die Siebenbürger Sachsen niemals als solche identifizieren ließen. Wenn auf S. 91 alle möglichen aus Ost und West eingewanderten Siedlergruppen aufgezählt werden, so bleibt hier eine der wichtigsten unberücksichtigt, nämlich die Magyaren selbst, die in großer Zahl in die neu eroberten Gebiete zogen, weil sie dort die gleichen Privilegien erhielten wie die deutschen Kolonisten. Bei der Erörterung des Heiratsverhaltens (S. 139 f.) wäre es zweckdienlich gewesen, darauf hinzuweisen, dass in der Regel nur verheiratete Paare in das Königreich einwandern durften, was zur Vermehrung der Gesamtbevölkerung im Zeitraum von 1711 bis 1784 um das Doppelte erheblich beigetragen hat. Der Rezensent findet es problematisch, im Kapitel über die „Tugenden der Deutschungarn“ ein „bürgerliches Leben der Bauern“ auszumachen, auch wenn der Autor dieses auf ein Klischee der von ihm untersuchten Reiseschriftsteller zurückzuführen sucht. Das Klischee wird mit einem höheren Bildungsgrad deutscher Bauern im Vergleich zu ihrem Umfeld begründet. In den beinahe ausschließlich von den Kirchen unterhaltenen Schulen stand bis zur Schulreform Maria Theresias von 1777 die religiöse Unterweisung im Mittelpunkt. Lesen, Schreiben und Rechnen waren ein allzu oft gar nicht erreichtes Bildungsziel, so dass die Zuschreibung von „bürgerlich“ selbst bis zur Schulreform des Barons József

Eötvös 1868 als wenig zutreffend erscheint. Es hat auch mit einer Fehlinterpretation der Tatsache zu tun, dass einer Erhebung unter Kaiser Joseph II. aus dem Jahr 1780 zufolge 73% der schulfähigen Kinder aus deutschen Bauernfamilien die Schule besuchten gegenüber 37% der Kinder in nichtdeutschen Dörfern.

Der hier vorliegenden Monographie gelingt es, deutlich zu machen, in welchem Ausmaß die von den Reiseschriftstellern betriebene Fremdzuschreibung der Identitätsmerkmale einer Minderheit, nämlich der Deutschen in Ungarn, zur Identitätskonstruktion ihrer eigenen Nation beigetragen hat und wie sich der betreffende Diskurs im Laufe des 19. Jahrhunderts nicht zuletzt unter der Einwirkung des kolonialen Zeitalters verändert hat. Es geht in diesem Zusammenhang um die „Verknüpfung des Kulturbringer-Mythos“ mit den „Konjunkturen einer kolonialen Begeisterung in Deutschland“ (S. 310). Das Ergebnis fasst der Autor wie folgt zusammen: „Der vermeintliche Erfolg der deutschsprachigen Ungarn schien zu demonstrieren, wie sich ein Kolonist richtig zu verhalten habe, um effektiv von einem Land Besitz zu ergreifen.“ (S. 311) Warum sich die vom Autor so bezeichneten Deutschungarn plötzlich zu deutschsprachigen Ungarn gewandelt haben, wird hier nicht näher erläutert, auch wenn dies zumindest auf die bürgerliche Schicht der Deutschen in Ungarn durchaus zutrifft. Die zugeschriebene Besitzergreifung eines Landes wie Ungarn ist offenkundig auf ein tiefgehendes Missverständnis in den Reiseberichten zurückzuführen. Diese schreiben der tatsächlich erfolgreichen Integrationsleistung dieser Minderheit in die ungarische Gesellschaft aus ihrer geostrategischen Perspektive heraus einen Expansionscharakter zu, der niemals bestanden hat, offenbar jedoch unbedingt wahrgenommen werden musste. Der Satz „man sieht das, was man erwartet“ stellt sich hier als berechtigt heraus. Dem Autor ist schließlich zu dieser überaus ergebnisreichen Studie über den Konstruktcharakter von „Nation“, „Volksgemeinschaft“ und „Volkskörper“ nur zu gratulieren.

GERHARD SEEWANN

München

## **Baltisch-deutsche Kulturbeziehungen vom 16. bis 19. Jahrhundert. Medien – Institutionen – Akteure. Bd. 1: Zwischen Reformation und Aufklärung**

Hrsg. von Raivis Bičevskis, Jost Eickmeyer, Andris Levans, Anu Schaper, Björn Spiekermann und Inga Walter. Heidelberg: Winter, 2017. 508 S., Abb. = Akademiekonferenzen, 28. ISBN: 978-3-8253-6812-8.

Der Band dokumentiert eine erste von zwei Teilkonferenzen, die 2014/2015 von der Heidelberger Akademie der Wissenschaften als internationale Nachwuchstagungen durchgeführt wurden. Einleitend betonen die Herausgeber den „historisch hochinteressanten Sonderfall“, den das Baltikum mit seiner Entkoppelung von politischer und kultureller Sphäre darstellt: Den wechselnden politischen Herrschaften steht über Jahrhunderte eine prägende deutschsprachige Kultur gegenüber mit bedeutenden städtischen oder dezentralen Formen kultureller Vergesellschaftung. Das erfordere geradezu eine internationale Zusammenarbeit unter kulturgeschichtlicher Perspektive. Kein Ansatz sei geeigneter, um die Erforschung der baltischen Vergangenheit aus nationaler Befangenheit zu lösen und in einen europäischen Horizont zu rücken. Kultur wird hier nicht verstanden als ideelle Größe, sondern als „undogmatischer Oberbegriff für eine reichhaltige geschichtliche Empirie“, zugleich als „sozial- und strukturgeschichtlich fassbares Phänomen“. Leitperspektiven für die multidisziplinären Einzelbeiträge bilden die im Untertitel genannten Begriffe „Medien“ (vom Gesangbuch bis zum Reisebericht), „Institutionen“ (mit Pfarrhaus und Museen) sowie „Akteure“ (Initiatoren und Träger kulturellen Lebens bei Ausübung oft mehrerer Berufe). Sie sind in den einzelnen Kapiteln in unterschiedlicher Kombination präsent. Man wollte keine neuen Paradigmen der Baltikum-Forschung aufstellen, sondern bewusst an bestehende Forschungen anknüpfen.

Zu Anfang stellt KLAUS GARBER (Osnabrück) mit seinem Beitrag „Rückkehr nach Europa. Die baltischen Lande als Hort west-östlicher Geistigkeit“ die Raum und Zeit übergreifenden elementaren Aspekte baltischer Kultur- und Bibliotheksgeschichte dar. Überzeugend zeichnet er die „unerhört bewegte Geschichte“ sowohl des protestantischen Estland und Lettland als auch des polyethnischen und polyreligiösen Großfürstentums Litauen mit allen vergleichbaren und unterschiedlichen Entwicklungen nach.

Im ersten Abschnitt über „Reformation und lutherische Orthodoxie“ schildert SABINE AREND (Heidelberg) detailliert die unter Gotthard Kettler erfolgte Einführung der Kurländischen Kirchenordnung von 1570, indem sie die Kirchenreformation behandelt und im Vergleich mit anderen Kirchenordnungen die zeitgenössischen Verflechtungen und Besonderheiten des zweiteiligen Ordnungswerks herausarbeitet: Es rezipierte demnach Ordnungen bedeutender Territorialfürsten und Hansestädte ebenso

wie Schriften Wittenberger Theologen, wirkte aber auch seinerseits auf andere Territorialfürsten. – GUNTARS PRĀNIS (Riga) weist nach, dass sich anhand der musikalischen Marginalien im *Missale Rigense* aus dem 15. Jahrhundert das an der Kathedralkirche von Riga ausgeführte Repertoire an gregorianischen Gesängen rekonstruieren lässt. Zudem gewinnt man daraus Erkenntnisse über dessen Rezeption während der frühen Reformation. – Mit übersetzungswissenschaftlichen Fragestellungen befasst sich EGLĒ GREVERĒ (Klaipėda) in ihrem Beitrag zur Bedeutung der litauischen Bibelübersetzung des preußischen Pastors Johann Bretke, indem sie an Beispielen aus der Handschrift die translatorischen Entscheidungen des ersten litauischen Bibelübersetzers dokumentiert. Bretke folgte bewusst seinem Vorbild Luther, indem er sich an dessen Übersetzungsstrategie hielt und den Versuch wagte, eine litauische Kirchensprache zu schaffen. – Einen biographischen Schwerpunkt hat der Beitrag von UĢIS SILDEGS (Riga) über die Zentralfigur der lutherischen Orthodoxie Hermann Samson. Dessen theologisches Werk wird ebenso behandelt wie seine Haltung zur schwedischen Politik in Livland oder seine Hexenpredigten, womit eine Korrektur einseitiger Bewertungen dieses bedeutenden Theologen gelingt.

Zu Beginn des mit „Privates und Institutionelles“ überschriebenen zweiten Abschnitts behandelt ENIJA RUBINA (Riga) die Autorschaft und Rezeption einer zu Beginn des 17. Jahrhunderts in Livland entstandenen Chronik der Stadt Riga. Die Gotthardt Wiecken zugeschriebene Schrift kreist vor allem um die sogenannten Kalenderunruhen (1584–89) und hat in der zeitgenössischen Polemik über die sozialen Wandlungen erhebliche Bedeutung für die sich selbst reflektierende bürgerliche gelehrte Öffentlichkeit. Es handelte sich eben nicht nur um ein literarisches Werk, sondern ebenso um eine politische Waffe und die Möglichkeit, sich seine Identität und das historische Gedächtnis zu bewahren. – Die Autobiographie von Franz Nyenstede von 1607 dagegen diente in erster Linie der erzählerischen Selbstdarstellung, wie ANDRIS LEVANS (Riga) in seiner Untersuchung der Motive und Intention des Autors herausarbeitet. Sein Leben mittels autobiographischer Darstellung inszenierend und im Schreiben zugleich Erinnerung und Rechtfertigung suchend, erlaubt der Autor Rückschlüsse darauf, wie sich eine institutionell gebundene Individualität um ihr Verhältnis zur stadtbürgerlichen Umwelt bemühte. – Die autobiographischen Notizen des Revaler Gymnasialkantors David Gallus wiederum werden von AIGI HEERO (Tallinn) vorgestellt. Diese *Anotationes* geben Einblick in die Alltagsorgen des Pädagogen aus einer Innensicht, während im nächsten Beitrag MARIS SAAGPAKK (Tallinn) die Autorposition, also den „fremden Blick“, in zwei Berichten deutscher Pastoren über estnische Bauern analysiert. Fokussiert auf Aspekte der estnischen Sprache und des Weltbildes estnischer Bauern, charakterisiert sie die lutherische Missionsarbeit als eine „Stufe im Hybridisierungsprozess der Einheimischen“, wobei „Hybrid“ für neue transkulturelle Formen innerhalb der von der Kolonisierung verursachten Kontaktzone

steht. So zeigt sie detailliert auch Probleme der „fremdsprachigen“ Kirchenmänner mit ihren estnischen Schützlingen auf. In den damit erkennbaren Strategien stilisiert Johann Gutsclaff die Esten zu „Fremden“, „Wilden“ und „Heidnischen“, während Reiner Brockmann die Verbesserung des Estnischen bei deutschen Pastoren anmahnt. – JOST EICKMEYER (Berlin) beschreibt das Netzwerk deutscher und livländischer Humanisten im 16. Jahrhundert und beleuchtet, welche Akteure und Medien am Entstehen einer „sodalitas litteraria Rigensis“ beteiligt waren.

Die folgenden fünf Beiträge befassen sich mit sakraler und profaner Musik. ALEKSANDRA DOLGOPOLOVA (Tallinn) stellt unter dem Stichwort „Reglementierte Musikkultur“ dar, wie in Narva im 17. Jahrhundert bei Hochzeiten Musik eingesetzt, aber auch reglementiert wurde. Die Position der Musiker aus der schwedischen oder deutschen Gemeinde tritt in zahlreichen Konflikten hervor. Künftige Forschung habe zu klären, ob in Narva überkommene Traditionen mehr bedeuteten als neue „regulierende Rechtsdokumente“. – Anhand von Kurzanalysen prägnanter Beispiele in Musikhandschriften aus Riga und Uppsala umreißt ANNA-JULIANE PEETZ-ULLMAN (Greifswald, Braås) die Vielfalt, das Niveau und den Kontext der deutschsprachigen Rigischen Gelegenheitsmusik. Diese sei charakterisiert durch Einmaligkeit, Zweckgebundenheit sowie sozialen Zusammenhang. – Soziale, kulturelle und institutionelle Rahmenbedingungen für Kirchenmusik in livländischen Kleinstädten wiederum lotet IEVA PAULOVICA (Riga) aus. Nach Ausführungen zum Kantorenamt in der livländischen Kirche, über Schülergesänge sowie Orgeln und Organisten in den Kleinstädten gelingt ihr in Auswertung zahlreicher Archivquellen ein von der Forschung bislang nicht vorgenommener Vergleich mit Norddeutschland. – ANU SCHAPER (Berlin, Tallinn) behandelt mit einer Topographie der musikalischen Beziehungen den Transfer von Musik und Musikkultur im östlichen Ostseeraum und skizziert dabei Verbindungen zwischen estländischen, livländischen und nord- bzw. mitteldeutschen Städten ebenso wie jene innerhalb der baltischen Länder. Dabei zeigt es sich, dass aufrechterhaltende Mechanismen stadt- oder regionsspezifisch sind. – Anhand des ältesten bekannten lettischen Gesangbuches von 1621 untersucht MĀRA GRUDULE (Riga) die Anfänge des frühen lettischen Kirchenliedes im Spannungsfeld von geistlicher Überlieferung und profaner lettischer Volkskultur. Auch hier zeigt sich das typische Verfahren der Jesuitenmission, die Akzeptanz der katholischen Lehre durch Integration und Akkomodation regionaler Traditionen zu erreichen. Bei unbestreitbarer Bedeutung der Reformation für die Entstehung der lettischen Schriftkultur sollte auch der Beitrag der katholischen geistlichen Welt gewürdigt werden. Das erste lettische katholische Gesangbuch lasse die Anfänge der lettischen Lyrik als eine eigenartige Widerspiegelung der Spätrenaissance und des Frühbarock erscheinen „am Kreuzweg der christlichen und lettischen bäuerlichen Alltagskultur“.

Den letzten Abschnitt über „Gelehrtentum und Dichtung“ beginnt AXEL E. WALTER (Klaipėda, Eutin) mit einem Plädoyer für die Erforschung baltisch-deutscher Kulturbeziehungen unter Einschluss des territorial geteilten Litauens anhand von zwei Beispielen neuzeitlicher Gelehrtenmigration: Die Gelegenheitsgedichte Simon Dachs auf den nach Königsberg geflohenen Wilnaer Professor Simon Dilger zeigen Möglichkeiten und Grenzen einer überkonfessionellen Integration. Trotz mancher Unterschiede ist damit die Karriere des lutherischen Emigranten Jan Malina im Herzogtum Preußen vergleichbar, der es zum Superintendenten brachte. Beide Lebensläufe belegen die enge Verwobenheit personaler Netzwerke zwischen dem Herzogtum Preußen und dem Großfürstentum Litauen im 16. und 17. Jahrhundert. Zwischen beiden wie auch zwischen ihnen und Kurland oder Livland erfolgte Migration in beide Richtungen vornehmlich im Rahmen der lutherischen Religionsgemeinschaft, Migration hier als „Realisierung gelehrter Mobilität“. Dem Autor gelingt es mit diesen Beispielen, kulturelle Transfer- und Transformationsprozesse zwischen dem deutschen und dem gesamtlitauischen Kulturraum – als Teil des baltischen – zu rekonstruieren. – MARTIN KLÖKER (Osnabrück, Tallinn) interpretiert vier estnische Hochzeitsgedichte des Barockdichters Reiner Brockmann als Versuch, am Leitfaden des Opitz’schen Programms einer nationalsprachlich-gelehrten Kunstdichtung die Literaturfähigkeit der estnischen Sprache unter Beweis zu stellen. Dabei ordnet er das Wirken dieses Dichters in die generellen Bemühungen deutscher Gelehrter um das Estnische als Schriftsprache ein. Die auch als Sprache der städtischen Unterschichten verwendete ‚Bauernsprache‘ wird „programmatisch qualifiziert“ und damit als literaturfähig in die späthumanistische europäische Literatursprache aufgenommen. – Die Beiträge beschließt ŽIVILĒ NEDZINSKAITĒ (Vilnius) mit einem Vergleich der beiden Jesuitendichter des 17. Jahrhunderts Jakob Bidermann und Matthias Casimirus Sarbievius, indem sie Parallelen in Literaturtheorie und Werken sowie im Leben herausstellt. Sie kann Verbindungen zwischen dem epigrammatischen Werk Bidermanns und den literaturtheoretischen Überlegungen Sarbievius’ nachweisen und anhand von Quellenmaterial aus litauischen Jesuitenschulen illustrieren, wie präsent beide in der Unterrichtspraxis blieben; ihre Dichtung wurde „zur wahren Richtgröße“.

Abschließend werden für die weitere Fachdiskussion in einem Protokoll die Ergebnisse einer spontanen Podiumsdiskussion der Heidelberger Tagung wiedergegeben. Unter der Moderation von Andris Levans diskutierten hier offen und kritisch Māra Grudule, Peeter Järvelaid, Jaan Undusk und Axel E. Walter über „Die Forschungslandschaft Baltikum. Politische, institutionelle und methodische Perspektiven“. Dabei wurde sowohl das Niveau baltischer geisteswissenschaftlicher Forschung im internationalen Vergleich angesprochen als auch die mangelnde Vernetzung – erforderlich sei eine umfassende Zusammenarbeit statt Bilateralität – oder das Nachwuchsproblem und die Forschungsfinanzierung.

Einige Beiträge sind mit Abbildungen oder Listen versehen. Sie erleichtern zusammen mit dem Personenregister den Zugang zu diesem wichtigen Forschungsfeld, das zu Beginn überzeugend umrissen und begründet wird. Bei nicht immer stringenten Abschnittsüberschriften liefern die teils sehr detaillierten Beiträge ein Panorama solider kulturgeschichtlicher Forschung, indem sie nicht nur über deren aktuellen Stand umfassend informieren, sondern mit ihren einzelnen Bausteinen auch Neuland erschließen. Gern hätte man mehr Informationen über die meist jüngeren Autorinnen und Autoren, denn diese Nachwuchstagung hilft, das „wechselseitige Verstehen zu befördern“ (Klaus Garber). Der erste Band zeigt einmal mehr, wie unverzichtbar in dieser Form konzipierte Tagungen mit ihren am Einzelfall entwickelten Einsichten und Deutungen sind – er ist ein wichtiger Baustein in der Erforschung der so vielfältigen baltisch-deutschen Kulturbeziehungen.

MICHAEL GARLEFF  
Oldenburg

Martin J. Blackwell

**Kyiv as Regime City. The Return of Soviet Power after Nazi Occupation**

Rochester, NY: University of Rochester Press, 2016. XV, 239 S., 17 Abb.  
= Rochester Studies in East and Central Europe. ISBN: 978-1-58046-558-8.

Die Monographie beschäftigt sich mit der Stadt Kiew in den Jahren 1943 bis 1946. Es steht die Frage im Zentrum, wie die drittgrößte Stadt der Sowjetunion – und damit die größte sowjetische Stadt, die von den Deutschen über längere Zeit besetzt worden war – wieder in den bolschewistischen Herrschaftsbereich integriert wurde: „[...] this book explains the state-society relationship in Kyiv, Ukraine, after the Nazi occupation to provide context for understanding how the Stalin regime promoted its hegemony, in general, by the end of the 1940s.“ (S. 2) Den letztgenannten Anspruch kann das Buch nicht einlösen. Dafür fehlen ihm die theoretische und analytische Breite sowie die Einbettung in die jüngsten Forschungen zur sowjetischen Nachkriegszeit, nicht zuletzt aus ukrainischer Perspektive, deren Forschungsergebnisse ebenfalls nicht rezipiert werden. Die Stärke – und zugleich Schwäche – der Dissertation besteht darin, dass der Autor nahe an den Quellen arbeitet und diesen Quellenkorpus (zu) ausführlich vor dem Leser ausbreitet. Es handelt sich dabei ausschließlich um Dokumente von Partei- und Staatsorganen und damit um eine recht einseitige Perspektive auf das Geschehen, was aber nicht weiter kritisch reflektiert wird.



Das erste Kapitel hat die Wiederbesiedlung der Stadt, deren Einwohnerzahl bei der Rückeroberung durch die Sowjetarmee noch gut 20 Prozent des Vorkriegsstands betrug, zum Thema. Verschiedene, sich teilweise widersprechende Anliegen waren mit der Wiederbesiedlung unter einen Hut zu bringen: Die Sowjetarmee bedurfte immer noch neuer Soldaten; Einwohner und Zuzügler mussten nach der deutschen Besatzung auf ihre ideologische Zuverlässigkeit überprüft werden (Kollaboration); kriegswichtige Infrastruktur und Wohnungen waren erst noch wiederaufzubauen; auch sollten die Organe und das Personal von Partei, Regierung und Verwaltung, aber auch von Wissenschaft und Kultur ins kriegszerstörte Kiew zurücküberführt werden; zugleich war den rechtlich gesicherten Ansprüchen von Angehörigen der Armee und ihren Familien, in ihre Wohnungen in Kiew zurückzukehren, Rechnung zu tragen. Letztlich ordnete die lokale Parteiführung ideologische Prämissen einem gewissen Pragmatismus unter: Man ging angesichts der Erwartungen der kriegsmüden Menschen Kompromisse ein, um die Stadt erfolgreich ins Sowjetsystem reintegrieren zu können.

Im nächsten Kapitel beschäftigt sich der Autor näher mit den Herausforderungen der sowjetukrainischen Administration, gleichzeitig den Wiederaufbau von Industrie und Wohnraum im Rahmen des Fünfjahresplanes zu organisieren sowie den Zuzug von Menschen in die kriegsversehrte Stadt zu kontrollieren. Letzteres misslang weitgehend, und auch die Aufgabe des Wiederaufbaus erwies sich als kaum lösbar, weil dieser von Arbeitskräften hätte bewältigt werden müssen, die zuerst selbst des Wohnraums und der Versorgung bedurften. Deshalb erwiesen sich die deutschen Kriegsgefangenen als eine wichtige Ressource für die Rekonstruktion von Kiew – auch weil sich die lokale Bevölkerung und die Rückkehrer erfolgreich und konsequent dem durch die Behörden organisierten Arbeitseinsatz entzogen.

Das dritte Kapitel untersucht, wie die kommunistischen Parteieliten Kiews mit der Herausforderung des Wiederaufbaus umgingen. Sie waren dabei weitgehend von Entscheidungen abhängig, die in Moskau gefällt wurden, wo die Wiedereingangssetzung der kriegswichtigen und der Schwerindustrie in der Prioritätenliste höher eingestuft wurde als die Bedürfnisse der Bevölkerung. Da die Partei-Nomenklatura selbst bei der Versorgung mit Wohnraum und Lebensmitteln privilegiert war, verzeichnete die KP ein stark gestiegenes Interesse an der Mitgliedschaft in der Partei. Grundsätzlich blieb man bei der Wieder- oder Neuzulassung von Parteimitgliedern zurückhaltend. Zugleich vermied man es grundsätzlich – selbst bei der Überprüfung von Neumitgliedern – die persönliche Vergangenheit der Bewerber unter der Nazi-Besatzung näher zu untersuchen. Denn die Parteiführung wusste, dass ein allzu kritischer Blick auf diesen Zeitraum auch die Gefahr mit sich bringen würde, dass die Sowjetmacht und ihre Versäumnisse während des Kriegs thematisiert würden. Auf diese Weise konnten sich die Parteioberen bei den Massen als „faire und ausgewogene Führer“ inszenieren (S. 101).

Danach befasst sich Blackwell (ein weiteres Mal) mit der Zuteilung des knappen Wohnraums in der unmittelbaren Nachkriegszeit. Einmal mehr obsiegte hier ein gewisser Pragmatismus: Trotz aller anderslautenden Vorgaben scheint das Gesetz gegolten zu haben: „Wer zuerst kommt, mahlt zuerst.“ Dieses Prinzip war von Vorteil für jene, die während der deutschen Besatzung vor Ort ausgeharrt hatten, aber zum Nachteil für ehemalige jüdische Stadtbewohner und die demobilisierten Kriegsteilnehmer und deren Familien.

Eines der interessanteren Kapitel zeichnet nach, wie sich die Sowjetmacht nach dem Kriegsende in den Augen der Bevölkerung zu legitimieren versuchte. Der rasche Wiederaufbau der Prachtstraße Chreščatyk als Zeichen der „Größe der stalinistischen Epoche und ihrer Siege über den Faschismus“ (S. 136) sowie die Planung einer Metro, die jedoch erst 1960 umgesetzt wurde, dienten diesem Ziel. Gleichwohl misstraute die lokale Parteiorganisation der Bevölkerung und dokumentierte genau deren Stimmung, um darüber nach Moskau zu rapportieren und dort Verständnis für die vordringlichsten Anliegen zu schaffen: die Verbesserung der Lebensumstände, über die sich die Kiewer recht offen beschwerten. Im Sommer 1946 wurden die lokalen Parteistrukturen und die Bevölkerung auf den von Moskau verordneten Sowjetpatriotismus eingeschworen. Lokale Sonderwege fanden damit ein Ende, korrupte Kader wurden entfernt, nationalistische Abweichungen unterbunden.

Im letzten Kapitel stellt Blackwell die These auf, dass die ukrainische Sowjetmacht mit Unterstützung Moskaus gezielt den Antisemitismus bemühte, um sich bei den Kiewern Rückhalt zu verschaffen. Die antisemitische Rhetorik hatte angesichts der Knappheit des Wohnraums die Aufgabe, die eigenen Misserfolge beim Wiederaufbau zu überdecken: Man konnte sich mit Hilfe der antisemitischen Rhetorik in den Augen der ukrainischen Bevölkerung als Verteidiger gegen die Konkurrenz der zurückkehrenden Juden legitimieren. Fast zwei Jahre vor der Unionsebene setzte damit Moskau im März 1946 in Kiew auf die antisemitische Karte, so Blackwell. Die Zentrale vollzog einen Kurswechsel in einer Politik, die bisher die Interessen der jüdischen Bevölkerung durchaus geschützt hatte (S. 163 ff.). Der Kampf gegen die verbreitete Kriminalität – vorwiegend demobilisierter Soldaten und damit von „Kriegshelden“ – sowie gegen die Korruption in Partei, Administration und Wirtschaft bilden einen weiteren Schwerpunkt des Schlusskapitels. Auch diese Maßnahmen dienten dazu, das Ansehen der Sowjetmacht bei der Bevölkerung zu stärken, auch wenn diese Kämpfe teils dazu missbraucht wurden, um interne Machtkämpfe auszutragen.

Die inhaltlichen Wiederholungen, die damit einhergehende wenig durchsichtige Struktur des Buches sowie ein wenig ansprechendes Englisch ermüden den Leser bei der Lektüre: Immer wieder werden in den verschiedenen Kapiteln letztlich gleichlautende Quellen herangezogen, um einen bereits beleuchteten Sachverhalt nochmals in einer etwas anderen Hinsicht aufzurollen. Die Qualifikationsarbeit behauptet zudem etwas vorschnell, erklären zu können, weshalb das Stalin-Regime „die staatliche und

antisemitische Idee des ‚Sowjetpatriotismus‘ zu ihrer neuen Ideologie“ gemacht habe (S. 190, aber auch S. 2, 15).

CHRISTOPHE VON WERDT

Bern

### **Galizien und die Galziendeutschen (1914–1940). Kontext und Quellen**

Hrsg. von Katrin Boeckh. Herne: MOB, 2018. 267 S., 13 Abb., 3 Ktn., Tab.  
= Erinnerung und Biographie der Deutschen aus Polen, 9. ISBN: 978-3-923371-45-7.

Wie bereits in ihren früheren Publikationen und Forschungsprojekten setzt sich die Herausgeberin des zu besprechenden Sammelbandes zum Ziel, die Geschichte Galiziens bzw. der Galziendeutschen im Sinne des Konzepts der „Histoire croisée“ in den gesamteuropäischen Kontext einzuordnen und ihre Verflechtungen in transnationale Netzwerke aufzuzeigen. Der Sammelband besteht aus sieben Beiträgen und einem 27 Dokumente umfassenden Quellenteil. Während in den wissenschaftlichen Artikeln und Essays einzelne Aspekte der Geschichte der in Galizien ansässigen deutschen Minderheit behandelt werden, sollen die zur Veröffentlichung ausgewählten Quellen wenig beachtete Aspekte der galziendeutschen Geschichte beleuchten und neue Forschungsperspektiven eröffnen.

Im ersten Beitrag beschäftigt sich THOMAS WÜNSCH mit der Geschichte der deutschen Ostkolonisation im Mittelalter. Mithilfe einer kritischen Darstellung der weltanschaulichen Grundlagen der alten „Ostforschung“ wird deutlich gemacht, wie sich die in diesem Bereich geleistete Forschungsarbeit seit den 1950er Jahren weiterentwickelt hat. Vor allem habe sich der Beobachtungsrahmen von dem überholten Kulturträger-Paradigma in Richtung der Erforschung komplexer Austauschprozesse verschoben. Das Ziel bestehe inzwischen darin, mit Blick auf die nationale Komponente der mittelalterlichen Ostsiedlung einen für die künftige internationale Forschungsarbeit tragfähigen Konsens herauszuarbeiten. Kriterien wie Sprache und deutsches Recht seien dafür laut Wünsch nur wenig geeignet, da sich das Deutsche seit dem 15. Jahrhundert an den östlichen Grenzen des römisch-deutschen Reiches auf dem Rückzug befunden habe, während das deutsche Recht dazu tendierte, „sich vom deutschen Ethnicum zu lösen“ (S. 32). Im Vergleich zu den sichtbaren Folgen der Ostsiedlung wie Siedlungsstruktur und -formen oder Bevölkerungswachstum war der Transfer von Rechtsvorstellungen aus Sicht des Autors viel wichtiger, weil er viele Lebensbereiche grundlegend und dauerhaft

verändert und in der Summe das ausgemacht habe, was man unter „kulturellem Wandel“ verstehe.

Ungeachtet des anderslautenden Titels („Ukrainische Revolutionen“ im 19. Jahrhundert [...]“) geht es im Beitrag von OLEKSIY KURAYEV in erster Linie um die Rezeption der ukrainischen Autonomie- und Unabhängigkeitsbewegung in den Ländern Europas in der Zeit zwischen den Napoleonischen Kriegen und der sogenannten Bulgarischen Krise der Jahre 1885–1888. Kurayev konzentriert sich auf ganz unterschiedliche, zu unterschiedlichen Zeiten unter ganz unterschiedlichen Bedingungen entstandene Quellengattungen, deren Gemeinsamkeit einzig darin besteht, die ukrainische („kleinrussische“) Problematik zu thematisieren: im Kontext der polnischen Aufstände entstandene Denkschriften und Publikationen, die mögliche Loslösung ukrainischer Gebiete von Russland betreffende diplomatische Korrespondenzen Berlins und Wiens oder auch Interpretationen der Mazep(p)a-Figur in der französischen Malerei oder Literatur der Zeit der Romantik – ein in den letzten Jahren durchaus viel beachtetes Thema. Die in dieser zeitlichen und räumlichen Spannweite zum Ausdruck kommende Vielfalt ist zwar vielversprechend, sprengt aber den Rahmen eines einzelnen Artikels und zwingt den Autor, historische Kontexte weitgehend auszuklammern und viele aufgeworfene Fragen unbeantwortet zu lassen.

In seinem historisch-topographischen Essay konzentriert sich JURI DURKOT auf die zwischen der Mitte des 19. und dem Ende des 20. Jahrhunderts erfolgten Umbenennungen von Lemberger Straßen. Zum Ausgangspunkt seiner faktenreichen Übersicht wird die wichtigste Lemberger Flaniermeile (heute Boulevard Svobody), auf der mit den Denkmälern für Mickiewicz und Ševenko die beiden wichtigsten Symbolfiguren der polnischen bzw. ukrainischen nationalen Bewegung präsent sind. Stellvertretend für viele Lemberger Straßen beschreibt Durkot die Umbenennungen des heutigen Boulevard Svobody, von welchen es im Laufe der österreichischen, polnischen, sowjetischen und NS-deutschen Periode der Stadtgeschichte mehr als zehn gab.

In einem weiteren essayistisch angelegten Beitrag von BRYGIDA HELBIG geht es um die Erinnerungen von Zeitzeugen an das frühere deutsche Dorf Steinfels, das an der heutigen polnisch-ukrainischen Grenze liegt. In dem 80 Seiten umfassenden aus den Jahren 1968–1970 stammenden bislang unveröffentlichten Manuskript, dessen Inhalt Helbig wiedergibt, werden Geschichte und Alltagsleben der Dorfbewohner im Polen der Zwischenkriegszeit geschildert. Helbig's besondere Aufmerksamkeit gilt dabei den Bestrebungen der Menschen, „ihr „Deutschtum“ zu bewahren“ (S. 138).

Zwei weitere Beiträge wurden von den Sprachwissenschaftlerinnen STEFANIJA PTASHNYK und LYUDMILA BOYAROVA beigesteuert. Ptashnyk beschäftigt sich mit der Rolle der deutschen Sprache im österreichischen und polnischen Galizien, wobei die dynamische Sprachensituation in Lemberg im Vordergrund steht. Dabei knüpft sie an die von Thomas Wünsch vertretene These an, dass sich das deutsche Recht von der räumlichen Mobilität der Deutschsprachigen weitgehend losgelöst habe, und zeigt, dass

es angesichts des geringen deutschen Bevölkerungsanteils in Galizien in erster Linie die Gesetzeslage sowie die gesellschaftliche Funktion und das soziale Prestige waren, durch welche die dominante Rolle des Deutschen in Galizien gesichert wurde. Mit dem österreichisch-ungarischen Ausgleich von 1867 wurde aber eine neue, durch eine steigende Bedeutung der polnischen Sprache gekennzeichnete Etappe eingeleitet. In den späten 1860er und 1870er Jahren wurde das Deutsche in Verwaltung und Bildungswesen durch neue Sprachregelungen zurückgedrängt, deren Wirkung durch Abwanderung der Deutschsprachigen aus den Städten bzw. deren Assimilation noch verstärkt wurde. Lyudmila Boyarova setzt sich in ihrem Beitrag mit deutschen Lehnwörtern in der modernen ukrainischen Sprache auseinander. Nach einer Übersicht über die Geschichte der ukrainisch-deutschen Sprachkontakte seit der Zeit der Kiever Rus' zeigt sie anhand zahlreicher Beispiele, wie Wörter aus der deutschen Sprache und über das Deutsche aus anderen Sprachen (Latein, Französisch etc.) Eingang in die ukrainische Lexik fanden. Des Weiteren werden von Boyarova die Wege der Übernahme der deutschen Wörter, ihre Anpassung an das phonetische, graphische und morphologische System der ukrainischen Sprache sowie deren Bedeutungswechsel im Ukrainischen diskutiert.

ROMAN SMOLORZ unternimmt in seinem Beitrag den Versuch, den Spuren der Deutschen in und aus Galizien in polnischen Archiven nachzugehen. Dabei weist er völlig zu Recht darauf hin, dass die Galiziendeutschen – angesichts der in Ostgalizien bestehenden polnisch-ukrainischen Spannungen und der geringen Zahl der in Galizien lebenden Deutschen – im Vergleich zu den anderen auf dem Gebiet der Zweiten Polnischen Republik lebenden Gruppen der Deutschen in Warschau als zweitrangig betrachtet wurden. Nichtsdestotrotz lassen sich in den polnischen Archiven viele einschlägige Informationen finden, was Smolorz exemplarisch am Beispiel der Archivbestände des Verbandes deutscher Katholiken in Polen (Archiwum Państwowe w Katowicach), der Gesellschaft für den Schutz der *kresy* (Archiwum Akt Nowych w Warszawie) und des Ministeriums für Religiöse Bekenntnisse und Öffentliche Aufklärung (Archiwum Akt Nowych w Warszawie) demonstriert. Leider sind seine Überlegungen zu weiteren in Frage kommenden Provenienzen irreführend, da er von der falschen Annahme ausgeht, Galizien und seine deutsche Bevölkerung seien in der Zwischenkriegszeit auf Polen und die UdSSR aufgeteilt gewesen, und deshalb weitere einschlägige sowjetukrainische Provenienzen in den lokalen Archiven der Ukraine vermutet (S. 130, 134).

Die 27 Quellentexte sind in sechs thematische Blöcke aufgeteilt – „Erster Weltkrieg, Flucht und Besatzung“, „Politische Unruhen der 1920er Jahre“, „Organisationen und Institutionen“, „Konfessionelles Lebens- und Umfeld“, „Im Sog des Nationalen (1930er Jahre)“ und „Die sowjetische Besatzung 1939“. Jedem Text ist eine kurze Zusammenfassung vorangestellt, Fußnoten enthalten weiterführende Informationen zu den in den Texten erwähnten Personalien oder Institutionen. Die Quellen wurden deutschen, polnischen und ukrainischen Archiven sowie dem Vatikanischen

Geheimarchiv entnommen und in ihrer jeweiligen Originalsprache – Deutsch, Italienisch, Französisch, Latein, Polnisch, Russisch und Ukrainisch – publiziert.

Das Zusammenbringen von wissenschaftlichen und Quellentexten hat sich bereits oft bewährt und ist auch in diesem Fall erkenntnisfördernd. Die konzeptionelle Umsetzung durch das Herausgeberteam kann man als gelungen betrachten, und der Sammelband wird die den deutschen Minderheiten in Osteuropa gewidmete Forschung mit Sicherheit bereichern. Allerdings entsprechen nicht alle Texte wissenschaftlichen Ansprüchen, und ein fehlendes Lektorat hat leider viele Tippfehler, ungenaue Titelangaben in den Fußnoten sowie eine unvollständige Autorenliste zu Folge.

DMYTRO MYESHKOV

Lüneburg

### **Imja naroda. Ukraina i ee naselenie v oficial'nych i naučnych terminach, publicistike i literature**

[Der Name des Volkes. Die Ukraine und ihre Bevölkerung in offiziellen und wissenschaftlichen Bezeichnungen, in der Publizistik und Literatur]

Otv. red. Elena Ju. Borisenok. Moskva: Inslav RAN, 2016. 319 S.

ISBN: 978-5-4469-1002-1.

Die Debatten um die Stellung der Ukraine in Europa, welche die politische Diskussion seit 1991/2014 unübersehbar und ungebrochen prägt, schlagen sich auch ganz stark in der Frage nieder, wie Land und Leute denn überhaupt zu bezeichnen seien. Dieser Themenstellung geht der vorliegende Band nach, der auf eine im Jahr 2015 am Institut für Slawenkunde (*Institut slawjanovedenija*) der Russischen Akademie der Wissenschaften in Moskau abgehaltene Konferenz zurückgeht.

Konkret geht es der Herausgeberin dabei um den Versuch, die Ukraine terminologisch als Objekt zu fassen und den Wandel ihrer Bezeichnung zu „rekonstruieren“ (S. 5), wobei nach chronologischen, sozialen und ethnischen Aspekten differenziert wird. Zu Recht, wenn auch wenig überraschend werden ideologische und ethnopolitische Faktoren und Einflüsse für die Zuschreibung als grundlegend identifiziert. Hervorzuheben ist, dass es der Herausgeberin ausdrücklich um interne Zuschreibungen geht, also um Terminologien zur Bezeichnung ukrainischer Identität in russischen Diskursen.

Die Beiträge umfassen das 18. bis 21. Jahrhundert und sind chronologisch angeordnet. B. A. GAL' widmet sich dem Konstrukt „Malorossija“ in den *mental maps* des 18. und frühen 19. Jahrhunderts, O. B. NEMENSKIJ untersucht das politische Spiel mit

der Bezeichnung *Rus'* in Österreich-Ungarn anhand des 1882 geführten Russophilen-Prozesses gegen Ol'ga Grabar' resp. Hrabar. Daran anschließend behandelt I. V. ORLEVIĆ die von den galizischen Russophilen verwendete Terminologie, während M. V. LESKINEN den russländischen ethnographischen Diskurs unter die Lupe nimmt. K. S. DROZDOV geht dem Begriff *chochol* in Russland und in der RSFSR im späten 19. und im 20. Jahrhundert nach, E. V. BAJDALOVA analysiert die Bezeichnungen der Ukraine und ihrer Bevölkerung in den frühen Romanen V. K. Vinničenkos. M. È. KLOPOVA untersucht die Terminologie in der russländischen Presse während der ersten Monate des Ersten Weltkrieges, E. A. PROŠINA diejenige, die während der Pariser Friedensverhandlungen in polnischen Dokumenten verwendet wurde. CSILLA FEDINEC und M. JU. DRONOV behandeln die Diskurse in Ungarn und der Slowakei während der Zwischenkriegszeit, E. JU. BORISENOK nimmt die Bezeichnungen der Ukraine und ihrer Bevölkerung in den Identifikationsstrategien der *bol'seviki* in den Blick, und E. E. LEVKIEVSKAJA widmet sich der Verwendung des Begriffs „Malorossija“ in der post-sowjetischen Periode. Schließlich untersuchen O. A. OSTAPČUK und T. N. KUROCHTINA in ihrem gemeinsam verfassten Aufsatz die Bezeichnungen der Ukraine und ihrer Bevölkerung in der Post-Majdan-Zeit, wobei ihr Hauptaugenmerk dem Internet als Quelle gilt.

Wie bereits der Untertitel und die Auflistung der Beiträge deutlich machen, fokussiert der Band den Umstand, dass die Begriffe „Ukraine“ und „Ukrainer“/„Ukrainerin“ sehr unterschiedlich verwendet werden. Die Herausgeber und Herausgeberinnen unterscheiden und berücksichtigen „offizielle“, d. h. politische, wissenschaftliche, publizistische und literarische Funktionen und Verwendungen. Konsequenterweise entspricht der vorliegende Band daher sowohl historischen als auch philologischen Zugängen und Interessen. Entsprechend erfreulich vielfältig sind die unterschiedlichen Textsorten, die berücksichtigt wurden. So umfasst der Sammelband unter anderem Arbeiten auf der Grundlage von Prozess-Protokollen, von wissenschaftlichen, literarischen und von publizistischen Texten. Zudem ist die Berücksichtigung vornehmlich digitaler Informationen und Diskurse zu den ganz aktuellen Themen positiv hervorzuheben.

Derartig positiven Eindrücken sind aber doch auch Kritikpunkte gegenüberzustellen. Angesichts der konzeptuell eindeutig angesprochenen und eingeräumten russischen Perspektive auf das Thema muss umso mehr auffallen, wie sehr die Ukraine und ihre Identitätsträger in konzeptueller Hinsicht auf Objekte reduziert werden. Es ist somit konsequent, dass die Autoren und Autorinnen von zehn der insgesamt 13 Beiträge institutionell in Moskau, die übrigen in Dnipro, Lemberg und Budapest verortet sind. Abgesehen von der hohen Zentriertheit auf Moskau hinsichtlich des innerrussischen Diskurses fällt ganz signifikant das Fehlen eines Beitrages aus Kiev auf. Darüber hinaus fehlt in chronologischer Hinsicht – sieht man einmal von kurzen Ausführungen im Beitrag von Drozdov ab – eine Auseinandersetzung mit der sowjetischen Zeit ab den

1930er Jahren, in denen die Ukraine und ihre Bewohner doch unstrittig Objekte im (groß)russischen Sinne waren. Freilich ist es plausibel, dass relevante Themen des ukrainischen Gedächtnisses wie etwa der Holodomor oder auch die Katastrophe von Čornobyl' in der russischen Auseinandersetzung generell tabuisiert wurden und somit quellenteknisch nicht greifbar sind; wenn dies tatsächlich so ist, hätten externe Diskurse – etwa in der Presse oder den Wissenschaften – untersucht werden können, was allerdings ausdrücklich dem Konzept des Bandes widersprochen hätte. Dennoch: Wie gingen die sowjetische und insbesondere die stalinistische Politik mit der Identität der Ukraine um – etwa in der hochbrisanten Frage der wechselnden Zugehörigkeit der Krim? Sollte der Befund lauten, dass die Terminologie in dieser Zeit eindeutig und unmissverständlich war, so wäre ein Nachweis dieses Umstandes doch aufschluss- und hilfreich gewesen. Rein formal, aber doch auch als Konsequenz der genannten Tendenzen fehlt dem Band schließlich ein zusammenführendes und ausblickendes Resümee.

Während die einzelnen Beiträge durchwegs fundiert und – wenn auch in unterschiedlichem Maße – argumentativ präzise sind, ist die Gesamtkonzeption mangels perspektivischer Ausgewogenheit als problematisch zu betrachten. Wenigstens in diesem Zusammenhang tröstlich mag der Umstand sein, dass sich Gelegenheiten für Revisionen, weitere Differenzierungen und in diesem Sinne Optimierungen angesichts der anhaltenden Brisanz der Stellung der Ukraine in Europa zweifelsohne ergeben werden.

CHRISTOPH AUGUSTYNOWICZ

Wien

Marina Cattaruzza

### **Italy and Its Eastern Border 1866–2016**

Transl. by Daniela Gobetti. New York, London: Routledge, 2017. XI, 303 S., 8 Ktn. = Routledge Studies in Modern European History. ISBN: 978-1-138-79174-9.

Grenzfragen spielen in der europäischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts eine besondere Rolle, vor allem im Zusammenhang mit den Friedenskonferenzen nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg. Hierbei denkt man zuerst an die deutsch-französische, die deutsch-polnische und die polnisch-russische Grenze. Als durchaus gleichrangig ist freilich auch der Grenzkonflikt zwischen dem italienischen Nationalstaat und dem jugoslawischen Nationalitätenstaat zwischen 1918 und 1954 einzuordnen. Daher ist es äußerst begrüßenswert, dass die Berner Historikerin italienischer Herkunft, Marina



Cattaruzza, ihre Monographie *L'Italia e il confine orientale 1866–2006* (Bologna 2007) nun auch in englischer Übersetzung vorlegt.

Mit der Verbreitung des modernen Nationsprinzips seit der Französischen Revolution trat auch die Idee einer „nationalen Grenze“ in die europäische Geschichte ein und wurde immer mehr zu einer neuen Doktrin. Bereits die acht Karten in Cattaruzzas Buch veranschaulichen schlagartig die gesamte Spannweite der ethnisch-nationalen Auseinandersetzungen um das ehemalige österreichische Küstenland (Triest, Görz-Gradisca und Istrien) und das zwischen 1797/1815 und 1918 zu Österreich gehörende Dalmatien. Ende April 1915 sagten die Entente-Mächte Frankreich, Großbritannien und Russland dem Königreich Italien den Erwerb von Südtirol (bis zum Brennerpass) und des österreichischen Küstenlandes sowie der nördlichen Hälfte Dalmatiens (bis Sebenico/Šibenik) mit den davor liegenden Adria-Inseln für einen Kriegseintritt gegen Österreich-Ungarn zu. Auf der Pariser Friedenskonferenz 1919/20 entwickelte sich dann die Grenzziehung zwischen Italien und dem neu gegründeten Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen zu einer der umstrittensten Fragen, die besonders an der Frage der künftigen Zugehörigkeit der zuvor zu Ungarn gehörenden Hafenstadt Fiume/Rijeka zu einem schweren Konflikt zwischen dem US-Präsidenten Wilson und dem italienischen Ministerpräsidenten Orlando führte. Schließlich erfolgte die Grenzziehung im Vertrag von Rapallo vom 12. November 1920 zum großen Vorteil Italiens, das lediglich in Nord-Dalmatien nachgeben musste und „nur“ die Stadt Zara/Zadar sowie einige Inseln erhielt. Bereits eine Woche nachdem Hitlers Truppen am 6. April 1941 in Jugoslawien einmarschiert waren, entwickelte er einen Teilungsplan, der seinem Bündnispartner Mussolini die „Provincia di Lubiana“, ganz Nord- und Mitteldalmatien (bis Spalato/Split) mit den meisten Inseln, die Bucht von Cattaro/Kotor, Montenegro, den größeren Teil des Kosovo und Westmakedonien sicherte. Nach dem Sturz des Duce Ende Juli 1943 und dem Waffenstillstand Italiens griff Hitler nicht nur auf die Provinz Laibach, das ehemalige Küstenland und Deutsch-Südtirol zu, sondern auch auf Friaul und das Trentino und unterstellte die beiden „Operationszonen“ dem Kärntner bzw. Tiroler Reichsstatthalter. Ab April 1945 geriet das Küstenland erneut auf die Tagesordnung der Weltpolitik, da Titos Jugoslawien von Stalin, Italien von den USA und Großbritannien unterstützt wurde. Im Friedensvertrag vom 10. Februar 1947 gab es vorerst nur den Kompromiss des „Free Territory of Trieste“, das schließlich 1954 geteilt wurde.

Cattaruzza verweist mit Recht auf die ethnische Gemengelage im nördlichen Adria-Raum, die mit den modernen Nationsbildungen der Italiener, Slowenen und Kroaten bereits in der multinationalen Habsburgermonarchie zu verschiedenen Konflikten um die Amts-, Gerichts- und Schulsprache in Görz, Triest und Pola führte. Nach der österreichischen Volkszählung von 1910, die nach der Umgangssprache fragte, gab es in Triest unter 191 000 Einwohnern 62% Italiener (und 30% Slowenen), in Görz-Gradisca unter 250 000 Einwohnern 36% Italiener (und 62% Slowenen), in Istrien unter

386 000 Einwohnern 38% Italiener (sowie 43% Kroaten und 14% Slowenen), und in Dalmatien unter 635 000 Einwohnern 3% Italiener (sowie 80 % Kroaten und 16 % Serben). Außerdem lebten in Triest etwa 30 000, in Görz-Gradisca 9 000, und in Istrien 6 000 Reichsitaliener.

Bald nach der Abtretung Venetiens an Italien 1866 formierten sich in italienischen Städten „Irredentisten“, die von der Habsburgermonarchie auch die Abtretung von Triest und des Trentino verlangten. Diese waren in keiner Weise bereit, den plurinationalen Charakter der Venezia Giulia anzuerkennen und sahen die natürliche Grenze Italiens an der Gebirgskette der östlichen Julischen Alpen und am Schneeberg/Snežnik/Monte Nevoso. Auch führende Zeitungen wie *Corriere della Sera* und *La Stampa* betrachteten die Venezia Giulia und das Trentino als „unerlöste Länder“. Dennoch erreichte der Irredentismus nur eine kleine Zahl an Nationalisten und hatte niemals großes politisches Gewicht (S. 21). Dazu trug einerseits die gesellschaftspolitisch führende Stellung der Italiener im Küstenland und im Trentino wie auch der Respekt für den territorialen *status quo* zwischen Österreich-Ungarn und Italien bei, die beide in den Dreibund mit dem Deutschen Reich eingebunden waren. Außerdem konnte die *Lega nazionale* italienische Schulen und Kindergärten, Turn- und Klettervereine, Schützenvereine und Theatergruppen unterstützen. Vom wirtschaftlichen Standpunkt aus spielte Triest aber nur als bedeutendste Hafenstadt der Habsburgermonarchie eine internationale Rolle zwischen Mitteleuropa und Levante. Dennoch wurde auch Triest in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg von zunehmenden italienisch-südslawischen Spannungen eingeholt, sodass Cattaruzza eine „zunehmende Radikalisierung“ der Italiener an der östlichen Adria konstatiert (S. 44).

Noch vor dem Kriegseintritt Italiens gegen Österreich-Ungarn am 23. Mai 1915 wiesen die sich ausschließenden territorialen Forderungen des Londoner Geheimvertrags und des ebenfalls in London gebildeten Jugoslawischen Komitees auf die künftigen Auseinandersetzungen hin. Den schließlich mit Entente-Hilfe errungenen Sieg über die Habsburgermonarchie musste Italien, dem zwischen Mai 1915 und Oktober 1917 weder der Durchbruch nach Laibach noch nach Triest gelungen war, mit über 600 000 Gefallenen bezahlen. Doch unmittelbar nach dem Waffenstillstand in der Villa Giusti am 3. November 1918 rückten italienische Truppen in Triest, Görz, Pola, Zara und Spalato ein. Auf der Pariser Friedenskonferenz trat dem Siegerstaat Italien der Siegerstaat Serbien gegenüber. Sowohl die „Inquiry“ als auch Präsident Wilson unterstützten die jugoslawische Delegation, stießen freilich auf vehementen italienischen Widerstand. Schließlich konnte Italien seine Forderungen hinsichtlich des Küstenlandes und Südtirols durchsetzen. Aber der Handstreich des Dichters D’Annunzio mit seinen Legionären gegen die Hafenstadt Fiume führte vorerst nicht zu einer Annexion der mehrheitlich italienischen Stadt. Ministerpräsident Nitti akzeptierte im Vertrag von Rapallo vorerst den „Freistaat Fiume“. Immerhin gelang 1924 ein Kompromiss zwischen

Rom und Belgrad, der zur Teilung des Gebietes von Fiume führte, sodass die Stadt selbst an Italien fiel, der Hafen von Sušak an Jugoslawien.

Da die Faschisten auch an der neuen Ostgrenze Italiens einen totalitären Staat aufbauen wollten, versuchten sie eine gewaltsame Inklusion der slowenischen und kroatischen Minderheit, die im Vertrag von Rapallo keine Minderheitenrechte zugestanden erhalten hatten. Das bedeutete nicht nur die Einführung der italienischen Amts- und Gerichtssprache, sondern auch die Schließung von Schulen mit slowenischer oder kroatischer Unterrichtssprache, die im alten Österreich eingerichtet worden waren. Freilich, die Faschisten in der Venezia Giulia unterschätzten die Entwicklung der slowenischen und kroatischen Nationalbewegung und ihre Widerstandsfähigkeit. Bereits am 13. Juli 1920 war in Triest der *Narodni Dom* der Slawen Triests von italienischen Nationalisten und Faschisten niedergebrannt worden. Ab 1. Oktober 1927 wurde eine Reihe von slawischen Kulturvereinen aufgelöst, 1930 die Publikation von slawischen Periodika untersagt. Als die slowenisch-kroatische Untergrundbewegung „Tigr“ (für Trst-Istra-Gorska-Rijeka) Bombenattentate lancierte, wurden 1930 vier Aktivisten hingerichtet. Aber italienische Hoffnungen hinsichtlich einer ökonomischen Durchdringung der östlichen Adriagebiete und ihres balkanischen Hinterlands erfüllten sich nicht, da ab 1934 der Einfluss von NS-Deutschland in Jugoslawien deutlich zunahm.

Mussolini hatte bereits am 20. Juli 1941 gegenüber Ciano geäußert, dass es für Italien nur zwei Optionen gebe: entweder die Reduktion zu einem Satellitenstaat oder zu einer deutschen Kolonie. Tatsächlich hatte die Eroberung und Aufteilung Jugoslawiens zur unumschränkten italienischen Herrschaft entlang der östlichen Adriaküste geführt. Der neue Gouverneur von Dalmatien forcierte auch gleich die Italianisierung, während sich die italienische Armee bald aus den Besatzungszonen im dalmatinischen Hinterland zurückzog. Als immer mehr Juden vor der genozidalen Ustaša-Politik im „Unabhängigen Staat Kroatien“ flüchteten, verweigerten italienische Generäle deren Auslieferung an den deutschen Bündnispartner. Dazu Cattaruzza's zutreffender Kommentar: „The behavior of the Italian army toward the Jewish civilians in Dalmatia, Greece, France, and North Africa is one of the few bright pages of Italian military history during World War II.“ (S. 159) Im Gegensatz dazu geriet die italienische Besatzungspolitik unter General Roatta in den tödlichen Kreislauf von Partisanenüberfällen, Deportationen, Dorfzerstörungen und Geislerschießungen. Am Ende hatten beide Seiten eine Serie von Kriegsverbrechen begangen und Tausende Tote zu beklagen.

Der Waffenstillstand Italiens mit den Alliierten vom 8. September 1943 ließ auch in Slowenien, Istrien und Dalmatien Hunderttausende italienischer Soldaten ohne klare Befehle zurück, sodass sie „Beute“ der zur Küste stürmenden deutschen Einheiten wurden, die bald Konkurrenz seitens der Partisanen erhielten. Sowohl in Triest als auch in Fiume setzten die Deutschen italienische Verwalter ein, was die SS allerdings nicht daran hinderte, aus ihrer Operationszone 1 422 Juden (davon 708 aus Triest) nach

Auschwitz zu deportieren, von denen nur 83 überlebten. Im Hintergrund der schweren Auseinandersetzungen zwischen deutscher Besatzungsmacht und slowenischer „Befreiungsfront“ setzte schon 1944 ein „Nachfolgekrieg“ zwischen jugoslawischen und italienischen Partisanen ein. Aber der italienische KP-Chef Togliatti akzeptierte bis zum Kriegsende die jugoslawische Besetzung der Venezia Giulia. Als sich am 21. Februar 1945 Marschall Tito und der britische Feldmarschall Alexander in Belgrad trafen, kamen sie überein, dass die Alliierten zwar die Kontrolle über den Hafen von Triest und die Kommunikationslinien nach Österreich übernehmen sollten, Jugoslawien aber die Souveränität über alle Gebiete östlich des Isonzo erhalten sollte. Obwohl die Partisanen bereits am 1. Mai 1945 in Triest einmarschiert waren und die Briten erst einen Tag später ankamen, dauerte die jugoslawische Besetzung der Stadt nur 40 Tage, da Amerikaner und Briten ultimativ den Rückzug hinter die Morgan-Linie verlangt hatten. Doch in dieser Zeit wurden in der Provinz Triest etwa 3 000 Personen auf Befehl der kommunistischen Besatzungsmacht ermordet, meist in den Karsthöhlen (S. 220).

Der Rat der alliierten Außenminister legte im September 1945 fest, dass sich der Verlauf der neuen Grenze zwischen Italien und Jugoslawien soweit wie möglich an ethnischen Gesichtspunkten orientieren sollte. Nachdem die internationale Grenzziehungskommission 350 pro-italienische und 3 650 pro-jugoslawische Resolutionen erhalten hatte, legte sie vier verschiedene Vorschläge vor, fand aber schon am 15. Juni 1946 einen Kompromiss für ein „Free Territory of Trieste“, geteilt in zwei Zonen, unter der Verantwortung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen. Auf der Pariser Friedenskonferenz von 1946 gab Italien das Prinzip einer „strategischen Grenze“ auf und zog sich auf das Prinzip der „ethnischen Grenze“ zurück. Abgesehen vom Stadtgebiet von Triest und der Westhälfte von Görz-Gradisca wurde Italien praktisch auf die Ostgrenze von 1866 zurückgeworfen. Freilich bedeutete dies auch Flucht, Vertreibung und Aussiedlung von etwa 250 000 Italienern aus dem Küstenland und Dalmatien. Im September 1953 veröffentlichten die USA und Großbritannien eine Note, in der sie den Transfer der Zone A (mit Triest) an Italien ankündigten; gleichzeitig informierten sie Jugoslawien, dass sie keine Einwände gegen eine Annexion der Zone B (mit Capodistria/Koper) hätten. Das Londoner Memorandum vom 5. Oktober 1954 besiegelte diesen Kompromiss. Der Prozess der „Normalisierung“ begann erstaunlicherweise unter christdemokratischer Führung; Triest und Gorizia wurden Teile der autonomen Region Friuli-Venezia Giulia, und Triest entwickelte sich in den 1970er Jahren zum Einkaufszentrum jugoslawischer Touristen. Nach wechselseitigen Staatsbesuchen der beiden Staatspräsidenten Saragat und Tito wurde am 10. September 1975 in Osimo die Grenzziehung von 1954 bestätigt und ein beiderseitiger Minderheitenschutz beschlossen. US-Außenminister Henry Kissinger stimmte am 12. Dezember 1975 in einem Meeting mit seinem britischen, französischen und deutschen Kollegen überein, dass nun die Beziehungen zwischen Italien und Jugoslawien so eng geworden seien, dass sogar im Falle einer sowjetischen Invasion nach dem

Ableben Titos ein italienisches militärisches Engagement „unsicher“ geworden sei (S. 260). Nach der italienischen Anerkennung der Souveränität Sloweniens am 15. Januar 1992 übernahm Slowenien alle Verpflichtungen aus dem Vertrag von Osimo. Eine größere Unstimmigkeit gab es noch im Jahre 2004, als das italienische Parlament den 10. Februar als „Gedenktag“ in Erinnerung an die italienischen Opfer in den Karsthöhlen (*foibe*) und an die Vertriebenen aus Dalmatien, Istrien und Fiume einführte. Erst gemeinsame Gedenkkonzerte 2010 in Triest und 2014 in Redipuglia glätteten die Wogen. Noch wirksamer war die Entscheidung Sloweniens 2015, Reparationen an einige tausend italienische Exilanten zu zahlen, die von den slowenischen Kommunisten verfolgt worden waren.

Die sehr gut dokumentierte Synthese von Marina Cattaruzza ist vor allem aus der Sicht der italienischen politischen und kulturellen Eliten geschrieben. Gleichwohl bezieht sie in sehr objektiver Weise die Standpunkte der slowenischen und kroatischen Nationalbewegungen sowie der jugoslawischen Partisanenbewegung und des kommunistischen Regimes mit ein. Die Synthese stellt daher einen wertvollen Längsschnitt zu einer diffizilen europäischen Grenzfrage dar, deren Ergebnisse in einer europäischen Geschichte der letzten 150 Jahre nicht fehlen sollten.

ARNOLD SUPPAN

Wien

### **The Lysenko Controversy as a Global Phenomenon. Genetics and Agriculture in the Soviet Union and Beyond. Vol. 1–2**

Ed. by William deJong-Lambert and Nikolai Kremmentsov. London: Palgrave Macmillan, 2017. Vol. 1: XIV, 191 S., 9 Abb.; Vol. 2: XI, 243 S., 2 Abb.

= Palgrave Studies in the History of Science and Technology. Vol. 1:

ISBN: 978-3-319-39175-5. Vol. 2: ISBN: 978-3-319-39178-6.

This two-volume publication, edited by William deJong-Lambert and Nikolai Kremmentsov, represents what is probably the most comprehensive view, from a global perspective, of the reception of Lysenkoism to date. The book aptly refers to Lysenko as a “typical Soviet creature”, but the image that emerges from the two volumes is far from black and white. Quite the opposite, in fact. Trofim D. Lysenko and his legacy are brought to life in all their complexity and, in some places, even shown in a completely new light.

At the outset, a convincing explanation is provided as to how Lysenko’s myth came into being. His theories were in keeping with the prevailing environment and took into

consideration the dominant paradigms of the time. However, it was when the ruling powers started to promote Lysenko's methods that the phenomenon known today as 'Lysenkoism' came into being. The introductory study "Lysenkoism' Redux: Introduction" (pp. 1–34), authored by a team led by Nikolai Krementsov, sets the tone by deconstructing the image of Lysenko that was created in the 1990s, an image according to which Lysenko was, above all, a product of Stalinism. Once Lysenko is placed in a broader contemporary context, however, a much richer image emerges. In addition to strong political influences, we can also see that Lysenko is firmly rooted in the context of the history of science and institutional or intellectual history. Within these contexts, Lysenko and Lysenkoism suddenly appear to be products of numerous, frequently quite contrary phenomena (see OLGA ELINA's "Lysenko's Predecessors: The Demchinskys and the Bed Cultivation of Cereal Crop", pp. 37–66).

This publication comprises a collection of interesting papers that shed new light on Lysenko(ism) from different angles. Most of the contributions focus on the individual national contexts in which Lysenko and Lysenkoism are received. These papers range from the very beginnings of Lysenkoism – reflected, for example, in LUKAS JOOS's study – all the way to Lysenko's reception in the Soviet Union. In its evaluation of Lysenko's influence, Joos's contribution "State Officials and Would-Be Scientists: How the Ukrainian Ministry of Agriculture Discovered for Lysenko that He Had Made a Scientific Discovery" (pp. 67–96) particularly emphasizes the environmental changes which, at the time, brought his theories and methods into the limelight. According to this author, the environmental consequences of 'Black Frost' led to a revival of older, half-forgotten methods, which Lysenko used in his research. In combination with the promotion in the mass media, especially by the "Pravda" daily newspaper, which published news about his experiments, the myth of Lysenko's "fantastic successes" was born.

In the following chapter, "Pavel Pantelimonovich Luk'ianenko and the Origins of the Soviet Green Revolution" (pp. 97–127), MARK B. TAUGER presents his comparative perspective. It is one of the most interesting texts in the two volumes. Taking the Green Revolution as an example, similar to the author of the previous text, Tauger tries to firmly locate Lysenko within the then prevailing trends of agrobiological research. By doing so, he manages to highlight a phenomenon which, so far, had escaped most scholars, namely the replacement of genetics with methods. Lysenko's discoveries were not of a genetic nature. His innovation consisted of specific techniques which brought the genetic predispositions of plants to life.

Texts on Lysenko's influence on particular national communities are among the most comprehensive and detailed parts of this publication. They bring a fresh perspective on the short- and long-term impact of Lysenkoism, especially in Europe. For instance, in "Opportunism and Enforcement: Hungarian Reception of Michurinist Biology in the Cold War Period" (pp. 3–36), a team of authors led by GÁBOR PALLÓ arrives at the

conclusion that the influence of Lysenkoism on Hungarian postwar science was destructive in the short term, but, from a long-term perspective, led to the institutionalization and firm establishment of the biological sciences, which, in a long run, improved their position. Through the phenomenon of Lysenkoism, authors then also analyze the behavioural strategies employed by members of the scientific community when faced with dogmatic Lysenkoism.

The Romanian case, described by CRISTIANA OGHINA-PAVIE in her text “The National Pattern of Lysenkoism in Romania” (pp. 73–102), clearly demonstrates the importance of the identical infrastructures of scientific institutions and associations, based on the Soviet model and introduced throughout the Eastern Bloc, for the spread of the Lysenko cult. The Society of Soviet-Romanian friendship was nothing unique. Similar structures (societies of Soviet-Czechoslovak friendship, of Soviet-Polish friendship etc.) existed in all countries of the Eastern Bloc, all controlled by the Soviets. This led to a nearly faultless circulation of knowledge, which, in the absence of critical verification rather resembled indoctrination and facilitated such a spread of Lysenko’s theories that would have barely been possible in democratic states.

FRANCESCO CASSATA’s “Lysenko in Bellagio: The Lysenko Controversy and the Struggle for Authority Over Italian Genetics (1948–1956)” (pp. 37–72) analyzes Lysenko’s influence on the Italian scientific community, which had only limited knowledge of Lysenko. What is interesting about this text is that it describes Lysenko’s unprecedented impact as partly being shaped by the fact that basic research in Italy had been completely separate from applied research since the 1930s. Any scientist who managed to demonstrate – in any way possible – the practical applicability of his ‘discoveries’ thus almost automatically shot to fame.

The following author, SAITO HIROFUMI, adopts a similar perspective in his text “Why Did Japanese Geneticists Take a Scientific Interest in Lysenko’s Theories?” (pp. 137–157). He, however, focuses on the postwar development in more general terms, noting that highly developed countries did not need to put as much faith in Lysenko’s theories, while less-developed countries and societies perceived Lysenko as providing a much-desired and, above all, easily accessible way of quickly improving their postwar situation. In the context of the history of science, Hirofumi Saito then convincingly shows that, in his own way, Lysenko did manage to fit in with the general contemporary trends in biological sciences, which were incapable of explaining certain phenomena using the prevailing paradigm of chromosomal theory. This led to a temporary departure from genetics and increased interest in phenotypes and the influence of environment on biological individuals. Lysenko appeared just at this moment and offered a theory which fitted well into the general framework and the general feeling in society.

In addition to these texts, which focus on the reception of Lysenkoism in particular countries, the publication also includes contributions providing a general view of Lysenko, be it from the perspective of the history of science, particularly the history of

genetics, or from the perspective of the history of art. In his text “H.J. Muller and J.B.S. Haldane: Eugenics and Lysenkoism” (pp. 103–135), William deJong-Lambert, one of the editors, offers an interesting view on the links between Lysenkoism and eugenics, as well as a captivating story of anti-Lysenko propaganda, which in the West was as intense as pro-Lysenko propaganda was in the East. In his view, the rise of Lysenkoism was driven above all by Lysenko’s ingenious strategy after the Second World War to discredit genetics in order to promote his own theories.

LUIS CAMPOS’s “Dialectics Denied: Muller, Lysenkoism, and the Fate of Chromosomal Mutation” (pp. 161–184) explains the rise of Lysenko’s theories. He shares the approach of Hirofumi Saito, but goes deeper and further and points out that, while chromosomal theory is so limited that it cannot explain phenotypic changes, Muller’s discoveries led to completely different approaches in the USSR and the USA. While in the United States, further research focused on genetic mutations, in the Soviet Union, interwar genetics already tended to focus on mutations caused by environmental influences. In connection with the ‘prometheistic’ ethos implicitly present in the Communist regime, which was reflected in its promise to create a ‘new man’, this created a vast space that Lysenko was capable of politically exploiting in an exemplary fashion.

Alongside contributions which fall squarely into the history of science, the publication also includes texts dedicated to Lysenko and the arts, including, for example, PAT SIMPSON’s “Lysenko’s ‘Michurinism’ and Art at the Moscow Darwin Museum 1935–1964” (pp. 129–175). Simpson manages to effectively capture the transformation of scientific and cultural propaganda during the Cold War using the construction of Darwin’s Museum of Natural History, now the seat of the famous *Bol’shoi Teatr*, as his main example.

All of the above-mentioned contributions emphasize that, in Lysenko’s case, what can be seen is an unprecedented connection between science and politics, which automatically excluded the possibility of scientific dialogue. JOHN MARKS and EDUARD I. KOLCHINSKY then use current examples to show that “Lysenkovshchina”, i.e., “a social practice of fighting against competing research teams appealing to party-state administration” (p. 227) continues to exist in some aspects of the scientific community even now. In his “Lessons from Lysenko” (pp. 185–206), John Marks points to examples close to what Kolchinsky describes as “Lysenkovshchina”, even in cases such as climate change discussions, and speaks of ‘minimal scientific plausibility’. At the same time, Marks also notes that, even today, some important aspects of science, often aspects of eminently ethical nature, are discussed in purely ‘technical’ terms (e.g., biotechnology, neurosciences, etc.) and not in terms of their practical impact on society and its development. This is the main contribution of Marks’s text, which is then very naturally followed by E. I. Kolchinsky’s chapter on “Current Attempts at Exonerating ‘Lysenkoism’ and Their Causes” (pp. 207–236). Kolchinsky notes that, at the moment, we are witnessing a ‘revival’ of Lysenko and his theories in Russia and this is



accompanied by a massive wave of Russian nationalism. Since 2006, a number of publications have appeared in Russia which celebrate Lysenko, and their argumentation is based simply on the claim that all Lysenko's enemies are enemies of Russia. At the same time, Kolchinsky finds increasing instances of connection between science and politics, where the pseudoscientific foundation of proposed projects has led to huge economic losses (e.g., the Russian Clear Water project where the equivalent of approximately 500 million USD was invested).

The initial interest in Lysenko in the 1990s was fully understandable because biological sciences at that time focused on discoveries that could be interpreted as supporting Lamarckism. However, current political pressures and, above all, political demand for instant 'scientific miracles' has now led to Lysenko once again being hailed as a "great Russian scientist". Both Marks's and Kolchinsky's texts are utterly fascinating and poignant reminders of how easy it is to manipulate both scientists and the society.

Thanks to their current relevance, the texts published in this two-volume anthology bring new perspectives to discussions about the relationship between science and democracy. Despite some minor inconsistencies in the texts (e.g., the famous BBC discussion about Lysenko is dated 30 November 1948 in one place, while elsewhere it is said to have happened on 30 December of the same year), this publication represents what is the most comprehensive and detailed analysis of the phenomenon of Lysenkoism in the twentieth century to date.

DOUBRAVKA OLŠÁKOVÁ  
Praha, Tschechische Republik

### **SSSR i SŠA v XX veke. Vosprijatie „drugogo“ [Die UdSSR und die USA im 20. Jahrhundert. Die Wahrnehmung des „Anderen“]**

Otv. sost. Beate Fizeler i Roza Magnusdottir. Moskva: Rosspën, 2017.  
256 S., 17 Abb. ISBN: 978-5-8243-2175-3.

Die Beziehungen der zwei Großmächte im Kalten Krieg haben mehrere Generationen geprägt und werden lange ihre Nachwirkungen haben. Trotz Konfrontation befand sich die Bevölkerung in einem ständigen und vielfältigen Kommunikationsprozess. Damit einher ging ein ständiges (Neu-)Konstruieren des jeweiligen Gegenübers, dessen Ergebnisse über unterschiedliche Kommunikationsmittel verbreitet wurden. Wie man sich das Gegenüber vorstellte oder vorzustellen hatte und welche Auswirkungen diese Imaginationen hatten, ist das Thema des vorliegenden Sammelbandes.

Das Deutsche Historische Institut in Moskau veranstaltete im Juni 2009 eine internationale Tagung zum Thema „Wahrnehmung und Vorstellung ‚des Anderen‘. Die Sowjetunion und die USA im 20. Jahrhundert“. Daraus ging ein knapp 250 Seiten umfassender und inhaltsreicher Sammelband mit 13 Beiträgen hervor, den die Herausgeberinnen Beate Fieseler (Heinrich-Heine-Universität, Deutschland) und Rósa Magnúsdóttir (Aarhus Universität, Dänemark) für ein breites Publikum sorgfältig zusammengestellt haben. Gemeinsamer Nenner der Beiträge ist der Fokus auf die Perzeption ‚des Anderen‘ durch das Prisma der Kultur. Der Versuch, eine Balance zu schaffen zwischen Beiträgen zur Wahrnehmung der UdSSR durch die USA und Beiträgen zur Wahrnehmung der USA durch die UdSSR, ist nur bedingt gelungen, sind doch die letzteren ein wenig in der Überzahl. Die Beiträge decken das ganze 20. Jahrhundert ab, jedoch ist – wie die Herausgeber zurecht vermerken – ein Großteil des Bandes der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gewidmet. Dies ist mit Blick auf die Thematik nicht weiter verwunderlich, weil der kulturelle und akademische Austausch während der Entspannungsperiode deutlich intensiviert wurde.

Die ersten Beiträge von MICHAEL WALA (S. 11–27), TIMOTHY JOHNSTON (S. 28–46) und BERND BONWETSCH (†) (S. 47–59) betrachten die Auswirkung der politischen Beziehungen auf die gegenseitige Wahrnehmung in der Zeit vor, im und kurz nach dem Zweiten Weltkrieg. M. Wala zeigt, wie schwer sich US-amerikanische Politiker taten, ein konsistentes Bild der UdSSR zu konstruieren, und wie sie dieses immer wieder in Abhängigkeit von den sich wandelnden politischen Interessen der USA modifizierten. Schließlich war das US-amerikanische Bild von der Sowjetunion gekennzeichnet von Zwiespältigkeit – auf der einen Seite die machtsüchtige politische Elite, auf der anderen Seite das unterdrückte friedfertige Volk. Am Ende des Krieges wurde die UdSSR in US-amerikanischen Umfragen sogar mit dem nazistischen Deutschland verglichen. Interessant ist, dass B. Bonwetsch einen spiegelbildartigen Prozess in der UdSSR beschreibt. Während sich die Eliten nicht einig waren, welche Position sie einnehmen und welche Erwartungen sie an den Westen langfristig haben sollten, wurde situativ entweder eine positive oder eine negative Wahrnehmung in den Vordergrund gerückt. Bemerkenswert ist auch, dass die Bevölkerung der UdSSR die USA mit Nazi-Deutschland verglich. Die öffentliche Meinung in der UdSSR wurde entweder durch politische Kanäle kommuniziert oder, falls seitens offizieller Informationsquellen nichts geboten wurde, durch Gerüchte und Spekulationen bestimmt. T. Johnston unterstreicht, dass Gerüchte in der UdSSR in Bezug auf die Wahrnehmung des Westens eine große Rolle spielten. Das resultiert aus der Praxis der kommunistischen Partei, Informationen über Ereignisse und Sachverhalte solange zurückzuhalten, bis die politische Elite Einigkeit über deren Bewertung und Auslegung erzielt hatte. Allerdings räumt der Autor trotz der großen Zahl an untersuchten Lebensbereichen ein, dass Gerüchte sich nur bedingt für eine wissenschaftliche Untersuchung der öffentlichen Meinung eignen.

NATAL'JA I. NIKOLAEVA (S. 60–69) fasst die sowjetische antiamerikanische Pressepropaganda der 1940er, 1950er und 1960er Jahre zusammen. Im Blickfeld der Autorin sind große Zeitungen und Zeitschriften der UdSSR wie *Pravda*, *Bol'sevik* und *Literaturnaja gazeta*. Gegen die USA gerichtete Berichte, die zuerst nur im Zusammenhang mit konkreten politischen Ereignissen in den Druckmedien zu finden waren, erfuhren ab 1945/46 weitere Verbreitung. In der Folge wurden alle Themen aus den Bereichen Wirtschaft, Sozialleben, Literatur, Musik und Film aus einer negativen Perspektive betrachtet, um die US-amerikanische Lebensweise als solche abzuwerten. Erst Mitte der 1950er Jahre wandelte sich – synchron mit der Verbesserung der politischen Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA nach Stalins Tod – auch die sowjetische Presserhetorik dahingehend, dass zumindest über die amerikanische Kultur differenzierter berichtet wurde.

Auf der anderen Seite untersucht SIMO MIKKONEN (S. 130–154) die sowjetische Reaktion auf westliche Radiopropaganda im Kalten Krieg. Während diese seit den 1950er Jahren massiv zunahm, konnte die sowjetische Regierung dem wenig entgegensetzen. Sender wie *Radio Liberty* und *Voice of America* fanden einen großen Zuhörerkerkreis, weil sie interessante Radioprogramme boten, geeignete Sendefrequenzen sowie -zeiten nutzten und in den Sprachen sendeten, die in der UdSSR gesprochenen wurden. Deshalb begann die UdSSR Ende der 1950er Jahre damit, im großen Stil Funksignale zu dämpfen, was sich als eine wenig effektive Praxis erwies. Versuche, die eigenen Radioprogramme den westlichen Vorbildern anzugleichen, waren ebenfalls erfolglos. Trotz großen Aufwandes und hoher Ausgaben konnte die Bevölkerung nicht davon abgehalten werden, ausländische Radiosendungen zu bevorzugen. Die Frage, ob die propagandistischen Inhalte der US-amerikanischen Radiosendungen nennenswerte Kritik an der Politik und dem politischen System der UdSSR evozierten oder genau das Gegenteil bewirkten, wird vom Autor allerdings nur ansatzweise thematisiert.

Der Beitrag von SUSAN REID (S. 70–104) zur Reaktion der sowjetischen Bürger auf die Amerikanische Nationalausstellung in Moskau 1959 hebt sich besonders ab. Sie untersucht Einträge im Gästebuch der Ausstellung daraufhin, wie sowjetische Besucher und Besucherinnen, die – nach der Vorstellung der Ausstellungsmacher – hier ‚das amerikanische Leben‘ zum ersten Mal ‚von innen‘ sehen sollten, das Gesehene wahrnahmen und kommentierten. Zusätzlich wertet sie auch die Berichte amerikanischer Ausstellungsführer aus, wodurch ein Bild der gegenseitigen Wahrnehmung entsteht. Die Autorin bearbeitet ihren Untersuchungsgegenstand überaus gewissenhaft und berücksichtigt dabei in vorbildlicher Weise den historischen Kontext der politischen und ideologischen Systemkonkurrenz zwischen den Hauptkontrahenten des Kalten Krieges.

Im Anschluss an die Ausstellung besuchte Chruščëv auf Einladung Eisenhowers die USA. Zu diesem Anlass, den die sowjetische Presse popularisierte, verfassten die sowjetischen Bürger Briefe, die sie an die Regierung und an Zeitungsredaktionen schickten. Rósa Magnúsdóttir (S. 105–129) untersucht diese Briefe, die bis heute im

Archiv des Ministerrates aufbewahrt werden, allerdings größtenteils nie publiziert wurden. Viele spiegeln wider, dass ihre Autoren als echte Sowjetpatrioten gegenüber dem sozialistischen System, dem technischen Fortschritt, der kommunistischen Partei und Chruščëv selbst überaus positiv eingestellt waren. Dies ging mit der idealistischen Überzeugung einher, dass eine friedliche Existenz mit den USA und den Amerikanern, die man sicher „einholen und überholen“ würde, möglich ist.

Ein vergleichbares Resultat liefert der Beitrag von BEATE FIESELER (S. 155–170). Sie wendet sich den Berichten eines Schriftstellers und eines Journalisten aus der UdSSR über ihre Autoreise durch die USA in den Jahren 1935/36 zu. Ihre Reportagen und Fotografien – Material aus erster Hand – sollten die Frage beantworten, was das ‚echte Amerika‘ ist? Neben Bewunderung und positiven Eindrücken findet man vereinzelte Bewertungen des politischen Systems, die aber durchweg negativ ausfallen. Die Reisenden ziehen die Bilanz, dass die USA einem Sowjetbürger zwar als Reiseziel, nicht aber als Lebensmittelpunkt dienen können. Außerdem räumen sie ein, dass die UdSSR von den USA durchaus lernen kann und soll, allerdings nur mit dem Ziel, das sozialistische System der UdSSR zu verbessern.

Wie ein Amerikaner die Sowjetunion von innen sah und wahrnahm, untersucht CHRISTOPH RIBBAT (S. 171–186) anhand des Fotoalbums „Moscow“ (1964), aufgenommen vom amerikanischen Fotografen William Klein im Jahr 1961. Seine Bilder, die zum Teil auf dem Umschlag des hier rezensierten Sammelbandes zu sehen sind, zeigen den Alltag eines Moskauer Bürgers. Chr. Ribbat kann hier keine offensichtliche politische Aussageabsicht des Künstlers feststellen. Allerdings kann man – je nachdem, wie man diese Fotografien ‚liest‘ – durchaus einen kulturellen, ja sogar einen politischen Hintergrund ausmachen. So betrachtete H. E. Salisbury, der eine Einführung zur amerikanischen Ausgabe des Fotoalbums schrieb, die Aufnahmen aus kapitalistischer Sichtweise mit Fokus auf das Konsumverhalten. Aus dieser Perspektive betrachtet hat William Klein die abgebildeten Moskauer dem amerikanischen Publikum als ebenbürtige Konsumenten präsentiert, die sich kaum vom amerikanischen Durchschnittsbürger unterscheiden.

VIKTORIJA I. ŽURAVLEVA (S. 187–213) analysiert in ihrem Beitrag die Darstellung Russlands in der politischen Karikatur der USA vom Beginn des 20. Jahrhunderts bis heute. Sie argumentiert, dass sich – je nach politischer Lage – drei Szenarien des Russlandbildes etabliert haben: das positive „romantische Russland“, das negative „teuflische Russland“ und die „russische Karte“. Die ersten zwei Szenarien bedürfen keiner weiteren Erklärung, das dritte Szenario erläutert die Autorin so: Russland wird als bedeutendem Gegenüber eine wichtige Rolle im politischen Geschehen der USA zugeteilt, so dass die „russische Karte“ je nach Bedarf im innenpolitischen Machtkampf als ‚Trumpfkarte‘ ausgespielt werden kann. Als prominentes Beispiel führt die Autorin eine Karikatur zu den Präsidentschaftswahlen 2016 an, die Wladimir Putin beeinflusst haben soll. Der Sammelband beinhaltet 15 weitere Bildbeispiele zum Text. Die historisch

und kulturwissenschaftlich fundierten Ausführungen auf der Basis anschaulicher Beispiele machen diesen Beitrag sehr lesenswert.

DAVID ENGERMAN (S. 214–221) und HARTMUT RÜDIGER PETER (S. 222–233) widmen ihre Beiträge den russischen Emigranten in den USA. D. Engerman beschreibt anhand von handschriftlichen Aufzeichnungen und Memoiren, wie sowjetische Intellektuelle ihren Weg in die Russistik der amerikanischen Universitäten fanden und maßgeblich an der Ausbildung zukünftiger Russisten und Slavisten beteiligt waren. Im Vordergrund steht dabei, wie die Wissenschaftler einerseits vertiefte Kenntnisse der Geschichte und ein aktuelles Russlandbild unter dem wissenschaftlichen Nachwuchs verbreiteten, andererseits jedoch von den Universitäten und Instituten nicht in die Entwicklung der von ihnen bearbeiteten Wissenschaftsgebiete einbezogen wurden. H. R. Peter untersucht die *men'seviki* in der US-amerikanischen Emigration. Sein Ziel ist es, deutlich zu machen, wie diese kleine Gruppe das politische Geschehen in der UdSSR analysierte und versuchte, die öffentliche Meinung in den USA in Bezug auf die Sowjetunion in ihrem Sinne zu beeinflussen. Bis in die 1930er Jahre erfuhren die Analysen der *men'seviki* noch einige Aufmerksamkeit im amerikanischen Publikum. Die ohnehin zahlenmäßig kleine Bewegung spaltete sich jedoch in den 1930er Jahren aufgrund erheblicher Unterschiede bei der Bewertung der politischen Entwicklung der Sowjetunion. Mit dieser Spaltung verlor die Bewegung ihre Bedeutung, sodass in der Folge auch das Interesse der amerikanischen Sozialdemokraten an ihnen verschwand.

Der abschließende Aufsatz von JULIJA JU. CHMELEVSKAJA (S. 234–249) hat die Interpretation der humanitären Hilfe durch die American Relief Administration in den 1920er Jahren in der sowjetischen und postsowjetischen Periode zum Gegenstand. Die Sowjetbürger, die diese Hilfe erhielten, wussten von deren Herkunft, traten aber kaum mit Amerikanern in Kontakt. Obwohl ihre Erfahrung positiv war, kann man nicht davon ausgehen, dass dadurch politische oder kulturelle Präferenzen entstanden. Ende der 1920er Jahre forcierte die sowjetische Staatsführung eine politisierte Interpretation der humanitären Hilfe. Die Bewertung veränderte sich zunehmend zum Negativen – von „hinterhältiger imperialistischer Ausnutzung des Notstandes“ (S. 246) bis zur mythologisierten Interpretation, dass „die USA durch die Unterstützung der Oktoberrevolution maßgeblich dazu beigetragen haben, dass der Bürgerkrieg so große Ausmaße annahm, dass er zu einer Hungernot führte“ (S. 247). Die Autorin kommt zum Schluss, dass die politische Führung Russlands bis in die Gegenwart in Bezug auf die USA eine mythologisierte Art der negativen politisierten Interpretation vertritt.

ALENA VEGNER

Regensburg

## **Information and Empire. Mechanisms of Communication in Russia, 1600–1850**

Ed. by Simon Franklin and Katherine Bowers. Cambridge: Open Book, 2017. 433 S., 48 Abb. ISBN: 978-1-78374-373-5.

Medien- und Kommunikationstechniken zählen inzwischen zu den klassischen historischen Untersuchungsgegenständen. Historiker und Historikerinnen verstehen durch ihre Analyse, was Menschen über die Gesellschaften, Staatsräume und letztendlich sich selbst wussten. Osteuropahistoriker und –historikerinnen widmeten sich in den letzten Jahren zunehmend den Massenmedialisierungsprozessen der Moderne (Jeffrey Brooks: *When Russia Learned to Read. Literacy and Popular Literature, 1861–1917*. Princeton 1985; Matthew Lenoe: *Closer to the Masses. Stalinist Culture, Social Revolution, and Soviet Newspapers*. Cambridge 2004; Kristin Roth-Ey: *Moscow Prime Time. How the Soviet Union Built the Media Empire that Lost the Cultural Cold War*. Ithaca, London 2011; Stephen Lovell: *Stenography and the Public Sphere in Modern Russia*, in: *Cahiers du Monde Russe* 56 [2015], 2/3, S. 291–326). Umso erfreulicher ist es, dass Simon Franklin und Katherine Bowers im vorliegenden Sammelband Ergebnisse zum davorliegenden Zeitraum zwischen 1600–1850 präsentieren. Dementsprechend legen sie den Fokus nicht nur auf Medien, sondern auf Kommunikationsmechanismen, d. h. Institutionen und Strukturen, die Informationen übermittelten. Die einzelnen Beiträge gruppiert das Herausgeber-Duo in fünf Kapiteln unter den Überschriften „Map-Making“, „International News and Post“, „News and Post in Russia“, „Institutional Knowledge and Communication“ sowie „Information and Public Display“.

Diesen Kapiteln ist eine Einleitung von Simon Franklin vorangestellt, in der er die Konzeption des Sammelbandes darlegt. Der gewählte zeitliche Rahmen, argumentiert Simon Franklin, sei durch den Eintritt Moskaus in die Phase der „territorial and institutional expansion“ bedingt, in dem es sich zu einem Imperium wandelte. Das Imperium dient als Erklärung für die untersuchte Periode, es erscheint somit als zeitlicher Rahmen und nicht als ein analytischer Begriff. Fragen darüber, wie Kommunikationsmechanismen zum Aufbau des Imperiums beigetragen haben, waren für den Sammelband nicht leitend. Eine weitere Begründung für die Zäsursetzung stellt für den Herausgeber der eindeutige Bezug der Geschichte Russlands zur Geschichte Westeuropas dar. Somit wird das Konzept der Frühen Neuzeit auf die Geschichte Russlands übertragen, wie Franklin in seiner Einleitung selbstkritisch reflektiert (S. 10). Dies ist angesichts des im Buchtitel formulierten Themas bedenklich, zumal der Herausgeber selbst darauf verweist, dass die verbreitete Nutzung der Druckerpresse in Westeuropa zu einer „Verdichtung der Information“ (Frank Bösch: *Mediengeschichte. Vom asiatischen Buchdruck zum Fernsehen*. Frankfurt/Main, New York 2011, S. 48) und zu grundlegenden wirtschaftlichen und soziokulturellen Veränderungen führte; Russland

erlebte dagegen keine Revolution in den Informationstechnologien. Das Monopol auf Druckerpressen lag dort bis 1780 bei staatlichen Institutionen, was einen Markt dafür verhinderte und die Verbreitung der Technik unterband. Daher sei das Verhältnis zwischen dem vertikalen bzw. radialen und dem horizontalen Informationsfluss in Russland – der erste Begriff betont die Staatszentriertheit, der zweite den Austausch in der Bevölkerung – eher mit dem in China oder dem im Osmanischen Reich vergleichbar (S. 12–14). Ein Vergleich mit diesen Regionen oder Verweise darauf fehlen jedoch in den Texten. Diese Europa-Bezogenheit ist nicht nur das Problem des Sammelbandes, sondern der Osteuropa-Historie im Allgemeinen, die das Problem zwar spätestens vor zwei Jahrzehnten erkannt hat, sich jedoch bei seiner Behebung schwer tut (Donald Ostrowski: *The End of Muscovy. The Case for circa 1800*, in: *Slavic Review* 69 [2010], 2, S. 426–438). Trotz dieses generellen Hinweises auf die Pfadabhängigkeit der Forschung sei hier darauf verwiesen, dass dem Herausgeber-Duo ein in sich geschlossener Sammelband gelungen ist, der viele unerwartete Zusammenhänge deutlich macht und zu weiterführenden Fragen anregt.

Die zentrale Frage formuliert Simon Franklin im Vorwort: „How did the growing state inform itself about itself – its physical and human geography, its economic activities?“ (S. 15). Diese Formulierung und die bereits vorgestellten Kapitelüberschriften deuten an, dass staatliche Strukturen und der staatszentrierte Informationsfluss im Mittelpunkt der Untersuchungen stehen. Die Rolle der nichtstaatlichen Akteure wird vor allem in Texten thematisiert, die das Ende des Untersuchungszeitraums einbeziehen.

Die Themen in den jeweiligen Kapiteln sind aufeinander abgestimmt und ergänzen sich gegenseitig, so dass es dem Rezensenten leichtfällt, anstatt der Einzeltexte ganze Kapitel zu diskutieren. VALERIE KIEVELSON analysiert im ersten Kapitel Karten, die während der russischen Expansion nach Sibirien zwischen der Mitte des 16. und dem Ende des 17. Jahrhunderts entstanden. Auch wenn die russische Regierung den Umlauf der Karten zu kontrollieren versuchte, florierete der illegale internationale Handel mit ihren Kopien. Deutsche und schwedische Kartographen etwa verarbeiteten sie in ihren Werken. Anschließend fokussiert ALEXEI GOLUBINSKII das 18. Jahrhundert, indem er den Technologietransfer von britischen Sternhöhenmessern nach Russland untersucht. Damit betont er die Bedeutung (west-)europäischer Informationssammeltechniken für die Konstruktion des Russländischen Reichs. Beide Untersuchungen zeigen den Informations- und Technologietransfer zwischen Russland und Westeuropa, der buchstäblich zum Bild von neuen Provinzen sowie vom Imperium als Ganzem beitrug. Die imperiale Erweiterung Russlands diente als Grundlage für die Erweiterung der in Westeuropa gezeichneten Karten. Dies führt zu der Frage, ob westeuropäische Eliten die russische Expansion auch als eine Vergrößerung Europas wahrnahmen? Die Antwort könnte mehr Klarheit in die aufgeworfene Frage nach dem Verhältnis zwischen westeuropäischer und russischer Mediengeschichte bringen.

DANIEL WAUGH und INGRID MAIER beginnen das zweite Kapitel mit der Analyse des Imports westeuropäischer Zeitungen nach Russland. Sie zeigen, dass die Informationen europäischer Zeitungen nicht für ein breites russisches Publikum bestimmt waren, sondern von staatlichen Institutionen für nachrichtendienstliche Aufgaben genutzt wurden. Dieses Thema ergänzt Ingrid Maier mit einem eigenen Text, in dem sie analysiert, wie Moskau versuchte, Berichte über den Stepan-Razin-Aufstand in westlichen Zeitungen propagandistisch zu beeinflussen. Insgesamt demonstriert das Kapitel, wie stark Machthabende im Russland des 17. Jahrhunderts Druckerzeugnisse zu kontrollieren und zu manipulieren versuchten. Es unterstreicht die Funktion von Zeitungen als Gouvernance-Instrumente im Sinne staatlicher Kommunikationsmechanismen und betrachtet sie nicht unbedingt als Katalysatoren bei der Entwicklung einer Zivilgesellschaft in Russland. Dies ermöglicht eine neue Perspektive auf die Entwicklung der Massenmedien in der *moyenne durée*.

Das dritte Kapitel widmen die Herausgeber dem Thema „Nachrichten und Post in Russland“. Darin verweist JOHN RANDOLPH am Beispiel des Relay-Netzwerks auf Russlands Postwegen auf den Zusammenhang von „Communication and obligation“ (S. 158): Die Bevölkerung vor Ort sorgte für den Unterhalt der Relay-Stationen sowohl vor als auch nach der Einführung regelmäßiger Postverbindungen. Aus dieser Hinsicht führte die Einführung der regelmäßigen Post, d. h. der Auslandspoststrecke zwischen Moskau und Riga, zu keinen Veränderungen für die Bevölkerung. Damit kritisiert Randolph, die im Sammelband von Waugh und Maier vertretene These von der hohen Bedeutung der Auslandspost auf die Wirtschaft, Politik und Kultur (S. 162). Er betont eher die Kontinuität des russländischen Postwesens in Hinblick auf die Belastung für die Bevölkerung. ALISON K. SMITH analysiert im folgenden Beitrag, wie sich das Zeitungswesen in Russland im 18. und 19. Jahrhundert als ein Instrument der imperialen Führung entwickelte. Dabei stellt sie fest, dass die Zeitungen anfangs ausschließlich Regierungsinformationen aus dem Zentrum verbreiteten. Mit der Zeit teilten jedoch auch untere Verwaltungseinheiten und sogar Individuen Informationen in den Zeitungen mit, was dem Kontrollgedanken des imperialen Staates zuwiderlief. DANIEL WAUGH zeichnet in seinem Aufsatz die mündliche Informationsverbreitung am Beispiel der Zeugenberichte beim Stepan-Razin-Aufstand nach. Damit nähert er sich der Frage, welche Informationen im breiteren Publikum in Russland kursierten. Das Beispiel der Stepan-Razin-Revolution bringt freilich methodologische Probleme mit sich, weil aufstandsverwandte Themen in dieser politischen Krisenzeit eine höhere und oft überlebenswichtige Bedeutung hatten. Er unterstreicht jedoch die Funktion der mündlichen Informationsverbreitung im komplexen Kommunikationsmechanismus Russlands. Alle drei Texte verdeutlichen, wie Entwicklungen der (west-)europäischen Medienrevolution in Russland mit traditionellen landeseigenen Kommunikationsmechanismen interagierten, dort angepasst wurden und in eigene Entwicklungsprozesse



mündeten. Insbesondere dieses Kapitel verdeutlicht die Probleme bei der Verortung Russlands im westeuropäischen Geschichtsraum.

Das vierte Kapitel nimmt die staatlichen Institutionen in den Blick und analysiert ihre Rolle für die Verbreitung von Informationen. CLARE GRIFFIN untersucht die Wissenszirkulation im 17. Jahrhundert am Beispiel von Berichten des Apotheken-Prikaz. Sie verweist auf die Interdependenz von Institutionalisierung, Schreibkundigkeit und Informationsspeicherung und sieht – wie Daniel Waugh – die mündliche Informationsverbreitung als einen wesentlichen Teil des frühneuzeitlichen Kommunikationsmechanismus. ELENA KORCHMINA geht der Frage nach, „whether the Russian government in the middle of the eighteenth century had enough informational resources to conduct a sensible financial policy [...]“ (S. 288 f.). Hierfür untersucht sie die Eintreibung der Kopfsteuer und die anschließende Berichterstattung darüber durch regionale Beamte in der Mitte des 18. Jahrhunderts. Dabei stellt Sie fest, dass die Eintreibung der Kopfsteuer relativ gut funktionierte, dass jedoch die örtlichen Verwaltungsbeamten bei der Berichterstattung wegen der Vielzahl an Informationen überfordert waren, was zum Informationschaos im Zentrum führte. Im dritten Text untersucht ELENA BASARGINA die Zeitschrift des Bildungsministeriums. Diese diente unter der Leitung von Graf Sergej Uvarov nicht nur als ein Organ zur Verbreitung seiner Ideen zur Bildungsreform, sondern erfüllte auch einen Bildungsauftrag. Uvarov ließ etwa Quellen und Texte zur Geschichte Russlands veröffentlichen, um das historische Wissen in Russland zu erweitern (S. 334), was die damals üblichen Grenzen einer Ministerialzeitschrift sprengte. Alle drei Texte zeigen über die Interaktion von Institutionen und Informationen hinaus, welchen Gestaltungsspielraum einzelne Personen in den jeweiligen Behörden bei der Entwicklung von Kommunikationsmechanismen hatten. Spätestens die Lektüre dieses Kapitels macht klar, dass die Staatszentriertheit der Kommunikationsmechanismen, die naturgemäß zu metropolenfokussierten Untersuchungen führt, durch einen Blick auf die Peripherie – wie in den Aufsätzen von Kievelson, Waugh, Randolph, Smith und Korchmina – aufgebrochen wird.

Das letzte Kapitel bestreiten die Herausgeber mit ihren Beiträgen. Simon Franklin umreißt die Entwicklung der Aufschriften in Russlands öffentlichem Raum vom Ende des 16. Jahrhunderts bis ins 19. Jahrhundert. Durch diese zeitliche Spannweite kann Franklin in seinem Text an Themen aus anderen Sammelbandbeiträgen anknüpfen und zeigen, wie sich Aufschriften im öffentlichen Raum im Kontext der Einrichtung von Postruten und der Zunahme kartographischer Erzeugnisse verbreiteten. Anknüpfend daran geht Katherine Bowers durch Analyse von Vasilij Sadovnikovs Panorama-Darstellung des Nevskij-Prospekts der Frage nach, wie Schilder unterschiedlicher Geschäfte mit ihren Aufschriften die Kommunikation im Stadtraum veränderten. Das letzte Kapitel hebt sich von den anderen ab, weil es am stärksten Informationsmechanismen im öffentlichen Raum untersucht und sich zeitlich am weitesten, nämlich

bis in die 1850er Jahre, vorwagt. Durch diese thematisch-chronologische Anordnung und nicht zuletzt durch den zusammenführenden Charakter der Untersuchung von Franklin erweckt der Sammelband den Eindruck eines in sich geschlossenen Textes. Auch innerhalb der Kapitel sind die Texte chronologisch geordnet, was die Lesbarkeit erleichtert.

Am Ende des Sammelbandes sind eine Liste mit weiterführender Literatur sowie ein Begriffs- und ein Namensverzeichnis zu finden. Dies verstärkt den Eindruck eines einheitlichen Werks. Neben der Druckfassung des Buches gibt es auch eine frei zugängliche Version über den Verlag Open Book Publishers. Wegen dieser guten Verfügbarkeit des Bandes, seiner klaren Struktur und der Bedeutung des Themas kann das Buch sowohl dem Spezialisten als auch für die universitäre Lehre empfohlen werden. Die kontroversen, aber auch komplementären Thesen im Buch werden zu fruchtbaren Diskussionen in Kursen und Seminaren anregen.

ARKADI MILLER

Berlin

### **Die Beziehungen Herzog Albrechts in Preußen zu Ungarn, Böhmen und Schlesien (1525–1528). Regesten aus dem Herzoglichen Briefarchiv und den Ostpreußischen Folianten**

Bearb. von Christian Gahlbeck. Berlin: Duncker & Humblot, 2017. III, 774 S., 2 Abb. = Veröffentlichungen aus den Archiven Preußischer Kulturbesitz, 73. ISBN: 978-3-428-15191-2.

Das Königsberger Staatsarchiv wurde 1978 von Göttingen nach Berlin verbracht und als XX. Hauptabteilung dem Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz einverleibt. Seine Urkundenbestände bis zum Jahr 1525 wurden mit rund 29 000 Kurzregesten 1948, 1965 und 1973 im Druck erschlossen. Als nächster wichtigster Großbestand sollte das Herzogliche Briefarchiv (HBA) aufgearbeitet werden, doch geschah dies eher zögerlich. Erst in den 1990er Jahren ging es voran. Die Archivalien zu Ermland, zum Bistum Kulm, zu Westpreußen, zu Livland sowie zu West- und Südeuropa wurden in Form von Vollregesten vorgelegt, wobei der Großteil der Bände – nämlich 3 Bände zu Ermland und 6 Bände zu Livland – vom unermüdlichen Stefan Hartmann (1943–2016) erarbeitet worden sind. Leider erhält man auf der Homepage des Archivs dazu erst nach mühseliger Suche unter dem Stichwort „Erschließungsprojekte“ einen Überblick, leichter kommt man im Katalog der Deutschen Nationalbibliothek zum Ziel. Nun hat Christian Gahlbeck – bestens ausgewiesen vor allem durch seine Neumark-Studien sowie die

Edition des Livländischen Urkundenbuchs für die Jahre 1480–1483 – die Fortsetzung der Bestandserschließung – ebenfalls meist als Vollregesten – für die ersten vier Jahre der Beziehungen Herzog Albrechts zu Ungarn, Böhmen und Schlesien vorgelegt.

Der vorliegende Band spiegelt zwar den seinerzeit angelegten Bestand HBA A 5 wider, der die eingegangenen Stücke für die im Buchtitel genannte Region und Zeit umfasst. Er wurde jedoch ergänzt – zum einen durch thematisch zugehörige Stücke aus anderen HBA-Beständen und aus den Ostpreußischen Folianten, nämlich Kopien der ausgegangenen Korrespondenz, zum anderen durch wenige, für das inhaltliche Verständnis notwendige ältere Bezugsstücke. Dies kommt der inhaltlichen Aufarbeitung der Beziehungen Albrechts zu Ungarn, Böhmen und Schlesien sehr entgegen, zumal mit einer Erschließung der anderen Bestände mangels geeigneter Bearbeiter wohl noch längere Zeit nicht zu rechnen ist.

Gahlbeck hat der Edition eine ausführliche Einleitung vorangestellt, die auf 63 Seiten bereits eine äußerst lesenswerte Auswertung der Quellen enthält. Die Einleitung umfasst neben den Abschnitten über Ungarn (22 Seiten), Böhmen und Mähren (9 Seiten), Schlesien (15 Seiten) sowie Preußen, Polen, Deutschland und Europa (6 Seiten) auch einen eigenen Abschnitt über kulturelle Aspekte (9 Seiten). Es geht also keineswegs nur um Politik.

Es waren bewegte Jahre für Albrecht von Brandenburg-Ansbach, der sich gerade erst vom Hochmeister des Deutschen Ordens (1511–1525) in einen weltlichen Herzog in Preußen (1525–1568) gewandelt hatte und der zeitlebens eine Rekuperation seines Herzogtums durch den Deutschen Orden fürchtete und nicht zuletzt vor diesem Hintergrund eine umfangreiche diplomatische Aktivität mit dem Ergebnis enormer Schriftlichkeit entwickelte. Unter Ludwig II. von Ungarn und Böhmen hatte Albrecht die Funktion eines Rates angenommen, die ihn noch 1525 nach Ofen führte; Reiseroute und Rechnung sind erhalten. Doch mit der Schlacht bei Mohács und dem Tod Ludwigs 1526 endete im böhmisch-schlesischen und ungarischen Raum die Herrschaft der Jagiellonen zugunsten des Hauses Habsburg, wenngleich sich Ferdinand I. in Ungarn nur mühsam gegen Johann Zápolya von Siebenbürgen durchsetzen konnte. Gleichzeitig hatte sich das Osmanische Reich für lange Zeit auf dem Balkan etabliert, Ungarn wurde ein zweigeteiltes Land. Die Edition gibt ein facettenreiches Bild nicht nur für die Beziehungen Albrechts, sondern vor allem auch für die innerungarischen Verhältnisse.

Dahinter traten die böhmischen Verhältnisse deutlich zurück, wenngleich sich die dortige Situation nach der Wahl Ferdinands I. zum König erheblich änderte. Albrecht wurde u. a. eingeholt von seiner Vergangenheit als Hochmeister des Deutschen Ordens. Zum einen waren dies ausstehende Solforderungen aus dem „Reiterkrieg“ gegen Polen 1520/21. Andererseits suchte er im böhmischen Adel Verbündete gegen die Forderungen des Deutschmeisters Dietrich von Cleen auf Rekuperation Preußens, weshalb er an über 20 böhmische Adlige (von insgesamt 180) sein Verteidigungsschreiben schickte.

Umfangreiches Material gibt es zur Entwicklung in den vielen schlesischen Fürstentümern, wenngleich in unterschiedlicher Intensität. Dabei spielten Konfessionsfragen eine nicht zu unterschätzende Rolle. Die Korrespondenz Albrechts mit seinem in Schlesien regierenden Bruder Georg (Oppeln, Ratibor, Münsterberg, Jägerndorf u. a.) war verständlicherweise besonders intensiv. Sie beschränkte sich nicht auf Themen der regionalen Politik, sondern sie enthält auch Ausführungen zu allgemeinen Belangen des Hauses Hohenzollern bzw. der Familie. Besonders wichtig war dabei 1528 der Beitritt Georgs zum Krakauer Lehnsvertrag Albrechts von 1525, der dem Hause die Nachfolge in Preußen bei einem Aussterben der dortigen Linie sichern sollte. Darüber hinaus finden sich aber auch Bemerkungen zum Eheleben der beiden mit eindeutig sexuellem Inhalt.

Die von Gahlbeck äußerst sorgfältig gearbeitete Edition bietet ein vielfältiges, an neuen Informationen reiches Material für die regionale und allgemeine Historiographie, das durch ein umfangreiches Personen- und Ortsregister erschlossen ist. Man kann sich aber auch richtig festlesen, was bei solchen Quellenwerken eher selten der Fall ist.

UDO ARNOLD

Bonn

Harald Gilbert

### **Der Krieg in der Ägäis 1943–1944**

Ruhpolding, Mainz: Rutzen, 2018. 332 S., 66 Abb., 24 Ktn. = Peleus.

Studien zur Geschichte Griechenlands und Zyperns, 78. ISBN: 978-3-447-10913-0.

Zur Geschichte der deutschen, italienischen und bulgarischen Besatzungszeit in Griechenland (1941–1944) liegen in deutscher Sprache einige grundlegende Werke vor. An erster Stelle sind hier die Arbeiten von Heinz Richter und Hagen Fleischer zu nennen. Auch die Vorgänge, die zur Deportation und Vernichtung der griechischen Juden geführt haben, sind inzwischen von griechischen und deutschen Historikern bearbeitet worden. Hinzu kommen Studien über die Vergeltungsmaßnahmen bestimmter Einheiten der deutschen Truppen sowie über einzelne Landesteile (z. B. Makedonien). Der Bürgerkrieg und die Kollaborationsfrage bilden die Schwerpunkte weiterer Beiträge. Der Erinnerungskultur wird ebenfalls große Aufmerksamkeit geschenkt. Von einer deutschsprachigen Forschung über die Besatzung Griechenlands zu sprechen, ist insofern keine Übertreibung.

Trotz dieser Fortschritte bleiben verschiedene Aspekte der Besetzungsgeschichte nach wie vor unbeachtet. Mit seinem Buch über den Krieg in der Ägäis behandelt Harald Gilbert – bereits Verfasser eines Buches über Kreta im Zweiten Weltkrieg – ein bislang wenig erforschtes Thema, nämlich die britisch-deutsche militärische Auseinandersetzung über die Kontrolle der Ägäischen Inseln. Diese waren seit dem Sommer 1941 größtenteils von Italien besetzt. Als im September 1943 die Kapitulation der Regierung Badoglio folgte und Italien als Besatzungsmacht ausfiel, suchten deutsche und britische Heeresverbände das militärische Vakuum der italienischen Besatzungstruppen im Ägäischen und Ionischen Meer zu füllen. So entstand eine Konfliktkonstellation mit drei Akteuren, die sich gegenseitig bekämpften oder zeitweise miteinander verhandelten. Leittragende dieser Situation waren die griechischen Bewohner, die aus unmittelbarer Nähe erlebten, wie ihre Inseln zum Kriegsschauplatz wurden.

Gilbert beschreibt zunächst recht ausführlich die rasche Entwaffnung der italienischen Truppen durch die Wehrmacht („Fall Achse“). Meistens ließen sich die italienischen Einheiten kampflos entwaffnen. Auf Korfu und Kefalonia hingegen leisteten sie erbitterten Widerstand, der erst Ende September 1943 überwunden wurde. Tausende italienische Gefangene, Offiziere und Soldaten, wurden befehlsgemäß erschossen – ein abscheuliches Verbrechen, wie der Autor ohne Umschweife klarstellt. Auf diese brutale Weise gelang es der Wehrmacht, einer möglichen Unterstützung der italienischen Einheiten durch die Briten zuvorzukommen, italienische Waffen und andere kriegsrelevante Ressourcen zu sichern und das ehemalige italienische Besatzungsgebiet in die eigene Besatzungszone zu überführen.

Wegen der britischen Intervention verlief die deutsche Besetzung der Ost-Ägäis komplizierter. Die besondere militärstrategische Bedeutung des Dodekanes sah Hitler darin, Seeoperationen der „Angelsachsen“ im südosteuropäischen Raum und ein Umschwenken der Türkei in das alliierte Lager zu verhindern. Der Dodekanes war im Jahr 1912 vom Osmanischen Reich an Italien abgetreten worden. Seitdem war er italienisches Staatsgebiet und nach Mussolinis Machtantritt einer parallelen Faschisierungs- und Italienisierungspolitik unterworfen. Die griechische Bevölkerung hatte gute Gründe, mit der italienischen Administration unzufrieden zu sein, und wünschte sich die Vereinigung mit Griechenland. Zunächst aber kamen Deutsche und Briten, und die Vereinigung musste bis Februar 1947 verschoben werden.

Die britische Militäraktion in der Ägäis spannt Gilbert in die allgemeine östliche Mittelmeer-Strategie des Empires ein. Churchill war an der Besetzung von Rhodos höchst interessiert, wenn nicht von ihr besessen. Gilbert führt dieses Interesse des britischen Premiers auf dessen während des Ersten Weltkriegs entwickelten Dardanellen-Vorstellungen zurück. Durch die Besetzung der Ägäis erhoffte sich Churchill einen Kriegseintritt der Türkei auf Seiten der Alliierten und die Öffnung des Seewegs durch die Meerengen zur Sowjetunion. Während Rhodos in deutscher Hand blieb, besetzten die Briten und griechische Exilstreitkräfte wie die sogenannte Heilige Schar unter anderem

Kos, Leros und Samos. Fernab aller militärischen Überlegungen diente diese unzureichend vorbereitete Militäraktion dem politischen Zweck, der griechischen Bevölkerung Mut zu machen und die Legitimität der königlichen griechischen Exilregierung zu stärken. Auf Samos beispielsweise wurde die zivile Verwaltung einem Repräsentanten der Exilregierung übertragen. Bis Ende November 1943 aber vollzog sich die deutsche Rückeroberung der von britischen und griechischen Einheiten kontrollierten Inseln, und die Exilregierung verlor ihr einziges Staatsgebiet – allerdings nicht für lange Zeit: Ein Jahr später war ganz Griechenland befreit.

Gilbert steht das Verdienst zu, die umfänglichen und bislang kaum beachteten Unterlagen der „Sturm-Division Rhodos“ mühevoll ausgewertet und in seine Darstellung sinnvoll und effektiv eingebaut zu haben. Sein Augenmerk ist primär auf die militärischen Belange gerichtet. Der geduldige Leser wird mit vielen kleinen Details über den Verlauf des Ägäis-Konflikts und das Besatzungsverhalten einzelner Wehrmachtsoffiziere – beispielsweise des „Kommandanten Ost-Ägäis“ und überzeugten Nationalsozialisten Otto Wagener – belohnt. Weitere Ereignisse, die sich neben dem militärischen Geschehen abspielten, wie die Deportation und Vernichtung der Juden von Rhodos – eine Folge des Scheiterns der britischen Ägäis-Operationen –, die Behandlung der italienischen Kriegsgefangenen und der innere Zustand der deutschen Truppen runden seine faktenreiche Darstellung ab. Die politischen Entwicklungen hingegen werden, wenn überhaupt, nur gestreift; das erklärte Ziel des Autors aber war es, eine militärgeschichtliche Studie zu verfassen.

In diesem Zusammenhang sei eine letzte Bemerkung erlaubt. Zwar hatte das kurze Intermezzo in der Ägäis keinen Einfluss auf den Verlauf des Zweiten Weltkriegs. Für Griechenland jedoch waren die Auswirkungen immens: Nach der italienischen Kapitulation und den britischen Anfangserfolgen in der Ost-Ägäis schien für die griechische Bevölkerung die Stunde der Befreiung gekommen. Auch die prokommunistische Partisanenbewegung ELAS glaubte das und bereitete sich auf die Zeit danach vor. Im Oktober 1943 griffen ihre Einheiten die Kämpfer der republikanisch orientierten Widerstandsbewegung EDES in Epirus an. Zur gleichen Zeit marschierte die ELAS gegen die Guerillaeinheiten der bürgerlich-konservativen PAO in Makedonien und der royalistischen ES auf dem Peloponnes auf. Ein umfassender, blutiger und verlustreicher Bürgerkrieg stand unmittelbar bevor.

VAIOS KALOGRIAS

Mainz

Lukas Grawe

**Deutsche Feindaufklärung vor dem Ersten Weltkrieg. Informationen und Einschätzungen des deutschen Generalstabs zu den Armeen Frankreichs und Russlands 1904 bis 1914**

Paderborn: Schöningh, 2017. XII, 532 S., 9 Abb., 4 Kte., 3 Graph.

= Zeitalter der Weltkriege, 16. ISBN: 978-3-506-78789-7.

Beim vorliegenden Buch handelt es sich um eine Dissertation, mit welcher der Verfasser im Jahr 2016 an der Universität Münster bei Rolf Ahmann promoviert wurde. Lukas Grawe stellte sich die Aufgabe zu ermitteln, was die Ergebnisse der deutschen „Feindaufklärung“ gegenüber den beiden militärischen Hauptkonkurrenten Frankreich und Russland im deutschen Generalstab sachlich bewirkten und wie sie sich letztlich auf die deutsche Politik der Jahre 1904 bis 1914 auswirkten. Das ist ein wichtiges, zugleich bislang unbearbeitetes Thema. Die „Organe der Feindaufklärung“, das waren neben jenem zwerghaft kleinen militärischen Geheimdienst, über den Deutschland bis 1914 verfügte, der Sektion IIIb des Großen Generalstabs unter Wilhelm Heye bzw. später Walter Nicolai, vor allem die deutschen Militärattachés bzw. Militärbevollmächtigten in Frankreich und Russland, die offiziell zu kriegerischen Kampfhandlungen eingeladenen Militärbeobachter – hier ist vor allem die Beobachtung des Russisch-Japanischen Krieges 1904/05 zu nennen – und die nicht wenigen deutschen Generalstabsoffiziere, welche bei Auslandsreisen zielgerichtet die Gastländer ausspähten. Nach einer kurzen Betrachtung über die Methoden der Informationssammlung für den Generalstab widmet sich Grawe dem ebenfalls kaum behandelten Thema, wie und wo die über Frankreich und Russland gesammelten Informationen im Generalstab ausgewertet wurden. Immerhin waren damit zwei der vier Stellvertreter des deutschen Generalstabschefs, „Oberquartiermeister“ genannt, und 5 bzw. 6 große Generalstabsfachabteilungen beschäftigt. Grawe lässt erkennen, dass die Generalstabsoffiziere jener Auswertungsabteilungen sowohl in rein fachlicher als auch in sprachlicher und länderkundlicher Hinsicht hochqualifizierte Offiziere waren, die späterhin auf eine beachtliche militärische Karriere hoffen konnten. Trotz des generalstabseigenen (Mini-)Geheimdienstes und der regen Reisetätigkeit der Generalstabsoffiziere lag die Hauptlast der Nachrichtensammeltätigkeit vor allem bei den sorgfältig ausgewählten Militärattachés im Ausland. Diese häufig kaum bekannten Persönlichkeiten und ihre militärischen Karrieren werden von Grawe untersucht, wengleich gerade hier der Zweite Weltkrieg und die dadurch bedingten Akten- und sonstigen Aufzeichnungsverluste beachtliche Lücken gerissen haben. Insgesamt konnte Grawe jedoch über die Zweitüberlieferung in sächsischen, bayerischen und württembergischen Archiven und durch eine fleißige Archivarbeit insgesamt viele wichtige Dokumente neu erschließen und wichtige Informationen dokumentieren. Die rege Nachrichtensammeltätigkeit hatte auf jeden Fall, das geht aus dem Buch ganz

deutlich hervor, große Auswirkungen im Generalstab. Wegen der sehr dezentralen Auswertung flossen aber erst beim Generalstabschef, nicht etwa bei den Oberquartiermeistern und Abteilungsleitern, alle Ergebnisse der Feindaufklärung in Ost und West zusammen. Grawe versucht in seinem Buch den falschen Eindruck zu berichtigen, dass deutsche Generalstabschefs ihr erlangtes „Herrschaftswissen“ auf dem Gebiet der Gegnerkunde nicht mit den entsprechenden zivilen Instanzen geteilt hätten. Bereits Generalstabschef Schlieffen arbeitete hier eng mit dem Auswärtigen Amt zusammen, und auch sein Amtsnachfolger Moltke versorgte sowohl den deutschen Reichskanzler wie auch das Auswärtige Amt besonders in politischen Krisenzeiten durchaus rege mit militärischen Informationen und militärpolitischen Analysen der aktuellen Lage in Russland und Frankreich. Weniger möchte der Rezensent indessen an die auf S. 85 von Grawe behauptete Rivalität zwischen der vom Heer und der von der Marine durchgeführten Feindaufklärung glauben. Hier lassen sich durchaus Beispiele anführen, dass die Sektion IIIb in kollegialer Hilfe zeitweilig einige Informanten wie z. B. die Brüder Schnitzer an den Admiralstab abgab. Indessen hätte, und hier muss man Grawe Recht geben, die Zusammenarbeit zwischen Heer und Marine bei den militärischen Planungen enger sein müssen. Welche konkreten Auswirkungen die „Feindaufklärung“ des Generalstabs hatte, zeigte Grawe an den deutschen militärischen Planungen für den Kriegsfall, nämlich anhand des „Schlieffenplans“, der sich bis 1914 Grawe zufolge sehr deutlich zu einem „Moltkeplan“ wandelte. Der Verfasser macht in seinem Buch bemerkenswerterweise gleichfalls deutlich, dass wichtige Generalstabs-offiziere bei der Analyse der Gegnerlage und bei den deutschen militärischen Kriegsplanungen keineswegs hundertprozentig an einen durchschlagenden deutschen Sieg glaubten und sich der Begrenztheit ihrer Handlungsoptionen und ihres Wissens über Russland und Frankreich durchaus bewusst waren. Das Buch von Lukas Grawe erweitert unser Wissen über die Tätigkeit des Großen Generalstabs in den zehn Jahren vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs und während der Spannungsperiode im Sommer 1914 bezüglich der Bewertung der potentiellen deutschen Hauptfeinde Russland und Frankreich ganz erheblich.

JÜRGEN W. SCHMIDT  
Berlin



## Die russische Linke zwischen März und November 1917. Dokumente und Beiträge

Hrsg. von Wladislaw Hedeler. Berlin: Karl Dietz, 2017. 335 S. ISBN: 978-3-320-02329-4.

Mit einem Blick auf die zum hundertjährigen Jubiläum der Russischen Revolution von 1917 erschienenen Bücher lässt sich feststellen, dass vor allem Synthesen, die die Geschichte Russlands in einem Zeitfenster von einigen Jahrzehnten betrachteten, hoch im Kurs standen. Die Zahl der Titel, die den kurzen Zeitraum der Jahre 1917/18 fokussierten, ist sehr überschaubar. Zumeist handelt es sich um russischsprachige Bücher. (Vgl. z. B. Boris I. Kolonickij: „*Tovarišč Kerenskij*“. *Antimonarchičeskaja revoljucija i formirovanie kul'ta voždja naroda (mart – jun' 1917 goda)*. Moskva 2017; Sergej P. Kostrikov / Elena G. Kostrikova: *Lokomotivy istorii. Revoljucionnyj 1917-j*. Moskva 2017; *Rossija v 1917 godu. Ėnciklopedija*. Otv. red. Andrej K. Sorokin. Moskva 2017; Aleksandr V. Šubin: *Start Strany Sovetov. Revoljucija. Oktjabr' 1917 – mart 1918*. S.-Peterburg 2017; Konstantin A. Tarasov: *Soldatskij Bol'sevizm. Voennaja organizacija bol'sevikov i levoradikal'noe dviženie v Petrogradskom garnizone (fevral' 1917 g. – mart 1918 g.)*. S.-Peterburg 2017; Rustem R. Vachitov: *Revoljucija, kotoraja spasla Rossiju*. Moskva 2017. Eine Ausnahme gibt es allerdings: Tsuyoshi Hasegawa: *Crime and Punishment in the Russian Revolution. Mob Justice and Police in Petrograd, 1917–1918*. Cambridge, MA 2017.)

Das hier zu besprechende Werk nimmt in mehrfacher Hinsicht eine Sonderstellung ein – zum einen thematisch, weil die Geschichte politischer Parteien in der Forschung außerhalb Russlands kaum noch eine Rolle spielt, zum zweiten, weil sich die Masse der Beiträge auf die Jahre 1917/18 beschränkt, wobei der Schwerpunkt auf der Vor-Oktober-Periode liegt. Der Forschungstrend der letzten Jahre ging eher dahin, das Kontinuum der Gewalt von Krieg, Revolution und Bürgerkrieg der Jahre von 1914 bis 1922 zu betonen. Mit Blick auf das politische Spektrum wird hier zum dritten ein vermeintlich kleines Segment thematisiert: die politische Linke. Nimmt man allerdings die Resultate der Wahlen zu den lokalen Selbstverwaltungsorganen, insbesondere in den Städten, oder auch zur Konstituierenden Versammlung im November 1917 als Gradmesser, dann lässt sich festhalten, dass etwa vier Fünftel der abgegebenen Stimmen auf linke, sozialistische und – mit deutlichen Abstrichen – anarchistische Gruppierungen respektive Parteien entfielen. Viertens schließlich handelt es sich um eine Art Zwitter: Etwa ein Viertel des Gesamtumfangs nimmt ein Quellenanhang ein. Zum Teil werden hier erstmalig in deutscher Übersetzung Archivalien und Aufsätze aus zeitgenössischen anarchistischen und sozialistischen Organen veröffentlicht. Allerdings leuchtet nicht bei allen publizierten Quellentexten ein, warum sie ausgewählt worden sind. Dies gilt etwa für Texte Lenins, die auch in der vor der Wende 1989 im Dietz Verlag erschienenen Ausgabe seiner Werke enthalten sind. Zu den publizierten Quellen zählt auch Boris D.

Kamkovs *Wer sind die linken Sozialisten-Revolutionäre?* Diese Broschüre ließ die Partei zeitgenössisch u. a. in Petrograd und Moskau auf Russisch, in Genf auf Deutsch und Französisch drucken. Als Fundort hier das Privatarchiv des Historikers Leont'ev anzugeben, ist wenig hilfreich, noch dazu, da der Text im Internet frei über die Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung (URL: [http://kvk.bibliothek.kit.edu/view-title/index.php?katalog=KOBV\\_SOLR&url=https%3A%2F%2Fportal.kobv.de%2Fuid.do%3Fplv%3D2%26query%3Db3kat\\_BV027918206&signature=msTyQCSNByL30V4xHtpav3dfnYWgk1YmxfmC-\\_mIyXw&showCoverImg=1](http://kvk.bibliothek.kit.edu/view-title/index.php?katalog=KOBV_SOLR&url=https%3A%2F%2Fportal.kobv.de%2Fuid.do%3Fplv%3D2%26query%3Db3kat_BV027918206&signature=msTyQCSNByL30V4xHtpav3dfnYWgk1YmxfmC-_mIyXw&showCoverImg=1) [letzter Zugriff: 02.03.2020]) verfügbar ist.

Neben der Einleitung Wladislaw Hedelers, in der er zum einen auf die Rolle und die gesellschaftliche Bedeutung der politischen Parteien in der Russischen Revolution 1917, zum anderen auf neuere Quellenpublikationen und Darstellungen zu ihrer Geschichte eingeht, enthält der Sammelband zehn Beiträge. Von ihnen stammen sieben kürzere aus der Feder russischer Autoren, drei längere von deutschen.

Unter dem Titel „Was tun in Zeiten der Ohnmacht? Lenins Jahre in der Schweiz, September 1914 bis April 1917 – eine Skizze“ umreißt MICHAEL BRIE die Voraussetzungen des Oktoberumsturzes. Auch wenn sein Beitrag Schwächen in Lenins Gesellschaftsanalyse und seiner Revolutionstheorie benennt, übt der Text keine Kritik an Lenin, der nicht nur die Bauernschaft missverstand, sondern auch predigte, den Klassenkampf ins Dorf zu tragen. Brie enthält sich auch jedweden Kommentars zu Lenins Gewaltaffinität, zu dessen Verzicht auf Freiheit und Demokratie nicht nur für die Bourgeoisie, sondern auch für die politischen Kontrahenten im sozialistischen Lager, ja sogar für die eigene Partei. Der Beitrag ist hagiographisch, Lenin eine inappellable Instanz.

Auch ALLA JU. MOROZOVA beschäftigt sich mit den *bol'seviki*, nämlich mit A. Bogdanovs Perspektiven der sozialistischen Umgestaltung des Landes im Revolutionsjahr. Eine sozialistische Revolution bedeute nicht nur die Veränderung der Eigentumsverhältnisse, sondern habe auch eine kulturschöpferische Dimension. Da aber Sozialismus in den Augen Bogdanovs eine Frage der Organisation sei, sei Klassenspontaneität nicht ausreichend, um ihn zu verwirklichen, sondern er bedürfe einer methodischen, gesamtgesellschaftlichen Planung. Entscheidend für die Errichtung einer sozialistischen Ordnung sei nicht die politische Machtfrage, sondern die kulturelle Umgestaltung der zur Herrschaft berufenen Klasse, des Proletariats. Hier wird der fundamentale Unterschied zum Revolutionsverständnis Lenins deutlich. Allerdings beschränkte Bogdanov die potentiellen Träger eines „kommunistischen“ Blocks auf das werktätige Proletariat, Handwerker, den ärmsten Teil der Bauernschaft und die Soldaten. Letztere waren eine ebenso heterogene wie ephemere soziale Kategorie, die mit der Beendigung des Kriegszustands ihre Bedeutung schlagartig verlieren würde. Zugleich hielt er Teile des Proletariats, insbesondere einen Teil seiner Theoretiker und politischen Führer durch die Übernahme bürgerlicher Werte und der Psychologie der Bourgeoisie

für korrumpiert. Bogdanov prophezeite eine gewaltvolle Auseinandersetzung zwischen Stadt und Land, lehnte aber Gewalt als Mittel der Herrschaftskonsolidierung ab. Morozovas Ausführungen sind aufschlussreich, beschränken sich aber weitgehend auf eine Wiedergabe der Positionen Bogdanovs, ohne diese zeitgenössisch zu kontextualisieren, in den Forschungsdiskurs einzubinden, geschweige denn zu kritisieren. Dies ist zu bedauern.

Der russischen Sozialdemokratie sind zwei Aufsätze gewidmet, den jüdischen Bund behandelt einer. PETR JU. SAVEL'EV hebt im Wesentlichen auf die Heterogenität der politischen Ansichten ab, die sich in der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei fanden. Im Unterschied zu den *bol'seviki*, die sich im Verlauf des Jahres 1917 intensiv um die Konsolidierung ihrer Parteiorganisation bemühten, hätten die *men'seviki* vor allem der Arbeit in den Sowjets ihr Hauptaugenmerk gewidmet (S. 53). Unterschiedlich waren auch innerhalb der *men'seviki* die Aufgabenbeschreibungen für die Partei, die Mitte August auf dem Parteitag aufeinanderstießen: Während der „revolutionäre Vaterlandsverteidiger“ I. G. Cereteli die RSDRP vor allem als Regierungspartei betrachtete, fungierte sie in der Konzeption des Internationalisten Ju. O. Martov als eine proletarische Organisation (S. 67). Letztlich zahlte die Partei für ihre beträchtlichen Differenzen und unterschiedlichen Akzentuierungen im Spätsommer und Frühherbst mit dem Verlust ihrer Sowjetmehrheiten und der Agonie ihrer lokalen Organisationen einen hohen Preis. AL'BERT P. NENAROKOV erörtert auf wenigen Seiten Positionen führender *men'seviki* über das Verhältnis von Sowjetmacht und Konstituierender Versammlung und über ihre drohende gewaltsame Auflösung durch den Rat der Volkskommissare zum Jahreswechsel 1917/18. Den umfangreichsten Beitrag hat KAY SCHWEIGMANN-GREVE, der 2012 über Chaim Žitlovskij promoviert worden ist, über den jüdischen Bund in der Zeit von der Februarrevolution bis zur Auflösung der Konstituierenden Versammlung verfasst. Im Gegensatz zu den übrigen Aufsätzen handelt es sich weniger um eine auf intensivem Quellenstudium beruhende Detailstudie als vielmehr um einen konzisen, synthetisierenden Überblick, der aber gerade dadurch dem interessierten Nichtspezialisten, an den sich der Sammelband in erster Linie richten dürfte, entgegenkommt.

Zwei Beiträge thematisieren das *neonarodničestvo*. KONSTANTIN N. MOROZOV, der unbestritten beste Kenner der Partei der Sozialrevolutionäre [PSR], widmet sich deren Plänen für die politische, sozioökonomische und kulturelle Umgestaltung Russlands nach dem Februar 1917. Er zeigt, welche Bedeutung die PSR der individuellen und gesellschaftlichen Freiheit als unveräußerlichem Bestandteil des Sozialismus beimaß. Ohne sie, wie ihr wohl bedeutendster Theoretiker V. M. Černov ausführte, verkomme jede Herrschaft zu einem Zwangsregime. Insofern lehnte die PSR auch das Diktum Plechanovs, dass der Erfolg der Revolution oberstes Gebot sei, als undemokratisch bzw. als eine „revolutionäre Modifikation der Theorie eines aufgeklärten Absolutismus“ ab

(vgl. S. 80). Zu begrüßen ist, dass der Beitrag konzise und mit Sinn für das Wesentliche in die politische Geschichte der PSR im Revolutionsjahr einführt.

JAROSLAV V. LEONT'EVs Beitrag über den internationalistischen Flügel der PSR und dessen Differenzen mit dem „defensistischen“ Kern im ersten Halbjahr 1917 ist eine kondensierte Fassung eines in Russland publizierten Aufsatzes (Jaroslav V. Leont'ev: *Partija socialistov-revoljucionerov na putjach raskola v 1917 godu*, in: Russkij sbornik. 1917 god. Otv. red. Oleg R. Ajrapetov i drugie. Moskva 2017, S. 123–156). In die deutsche Fassung haben sich durch Kürzung und Übersetzung mehrere Fehler eingeschlichen (S. 100, 102). Auf der 2. Stadtparteikonferenz Petrograds Anfang April 1917 erhielt die Resolution der „Vaterlandsverteidiger“ 68 Stimmen, aber 56 – nicht 65, wie es fälschlicherweise heißt (S. 100) – internationalistische Delegierte votierten gegen sie, während 13 sich der Stimme enthielten. Mit anderen Worten, die absolute Mehrheit der an der Abstimmung teilnehmenden Delegierten unterstützte die Position der Parteiführung nicht. Von diesen Einwänden abgesehen arbeitet Leont'ev souverän neben der Friedensfrage die wesentlichen Punkte der innerparteilichen Differenzen heraus, wie z. B. den sozialrevolutionären Beitritt zur Provisorischen Regierung oder auch die Agrarfrage mit dem Ziel der Sozialisierung, d. h. der Abschaffung des Privateigentums an Grund und Boden.

Während DMITRIJ I. RUBLEV auf umfassender Materialbasis anarchistische Zukunftsentwürfe skizziert, thematisiert NATAL'JA B. SMOLJANSKAJA, Enkelin eines berühmten russisch-jüdischen Revolutionärs und Mitglieds des Exekutivkomitees des Sowjets von Kronstadt (Vgl. z. B. dessen Werk: Grigorij B. Smoljanskij [Kežemskij]: *Obrečennye – byl'*. Moskva 1927 [=Bibliothek „Ogonek“, 243].), die Rolle dieses revolutionären Zentrums in zwei Kontexten: zum einen die Entscheidung des lokalen Sowjets Anfang Mai 1917, nicht die Autorität der Provisorischen Regierung, sondern allein die des Petrograder Sowjets als maßgeblich anzuerkennen. Zum anderen thematisiert sie den sogenannten Juli-Putsch der *bol'seviki* in der Hauptstadt.

Den Abschluss bildet der Beitrag von ALEKSANDR JU. VATLIN über die Bedeutung der diplomatischen Vertretung Sowjetrusslands in Berlin in der zweiten Hälfte des Jahres 1918. Die finanzielle und organisatorische Unterstützung der *bol'seviki* für den Spartakusbund trug in nicht geringem Maße dazu bei, die revolutionäre Massenstimmung im Deutschen Reich zu befördern. Dieser These Ottokar Lubans pflichtet Vatlin bei. Ungeachtet aller sowjetischen Unterstützung war das Maß an Eigenständigkeit des Spartakusbundes ausgeprägt. Einflussreiche Kräfte wie Karl Liebknecht lehnten den von Gewalt charakterisierten „russischen Weg“ ab und verwarfen den Gedanken, eine Kaderpartei nach bolschewistischem Vorbild aus der Taufe zu heben, weil letztlich nur die Demokratie dem Proletariat eine wirklich nachhaltige Chance zur Veränderung der sozialen und politischen Verhältnisse böte (S. 184 f.). Eben diese Überzeugung von dem demokratischen Potential der proletarischen Massen und die damit verbundene Ablehnung des roten Terrors als

Mittel, die Revolution zu etablieren und zu stabilisieren, unterschied die Protagonisten der Novemberrevolution 1918 von Lenin, der einer Aktion des illegalen Untergrundes verpflichtet war.

Zwar ist zu bedauern, dass das Werk kein Sachregister enthält, dafür runden es zahlreiche Schwarz-Weiß-Photographien und ein Glossar ab. Es hat durch seinen Facettenreichtum mehr zu bieten als manches andere der im Jubiläumsjahr der Russischen Revolution veröffentlichten Bücher.

LUTZ HÄFNER

Bielefeld

Peter Herde

### **Die Achsenmächte, Japan und die Sowjetunion. Japanische Quellen zum Zweiten Weltkrieg (1941–1945)**

Mit umfassendem Dokumententeil in englischer Sprache. Berlin: De Gruyter Oldenbourg, 2017. XIX, 509 S., 9 Abb. ISBN: 978-3-11-052779-7.

Seit 1941 war die US-amerikanische Spionage in der Lage, Tokios Kommunikation mit den japanisch-kaiserlichen Auslandsvertretungen zu dechiffrieren. Bereits das quantitative Ausmaß dieser technischen Spionage, die mit der Chiffre „Magic“ verbunden ist, war eindrucksvoll: 1942 lagen amerikanischen Dienststellen monatlich rund 40 000 japanische Telegramme vor, der Umfang stieg bis 1945 auf das Zehnfache an. Dabei wurden keineswegs alle japanischen Funktelegramme und -sprüche abgefangen. Bis zu 25 Prozent des diplomatischen Verkehrs blieb den US-Spezialisten verborgen. Dass die USA von Pearl Harbor überrascht wurden, lag indes nicht an derartigen, durchaus signifikanten Lücken, sondern daran, dass die amerikanischen Stellen die täglichen Ergebnisse der Signal Intelligence (SIGINT) 1941 weder systematisch noch zentral auswerteten. Dies geschah erst ab Anfang 1942. Die Essenz wurde in Übersichten zusammengefasst, aus denen die politische Führung in Washington unter anderem profunde Einblicke in das komplexe diplomatische Viereck zwischen Japan, der UdSSR, Deutschland und Italien gewinnen konnte. Für die Geschichtswissenschaft sind diese Quellen auch deshalb von Bedeutung, weil wichtige japanische Akten zu diesem Themenfeld im Zweiten Weltkrieg vernichtet wurden. Peter Herde hat die für diese Aspekte relevanten Unterlagen aus den amerikanischen National Archives für die deutsche Forschung zusammengestellt. Insofern ist der Titel des Bandes etwas problematisch, da die genuin japanischen Quellen hier in amerikanischer Zusammenstellung, Auswahl und Übersetzung erscheinen. Generell wäre es

wünschenswert, für die einzelnen abgedruckten Quellen Informationen darüber zu erhalten, in welchen Arbeitsschritten diese Quellen auf amerikanischer Seite erfasst wurden, wie lange dies dauerte, wie sie bearbeitet, weitergeleitet und konkret perzipiert wurden. Mit diesen Hintergrundinformationen hätte die Sammlung zusätzliche Aufschlüsse über das Zusammenspiel von Nachrichtendienst, Militär und Politik im Zweiten Weltkrieg geben können. So wäre es sicherlich interessant zu wissen, wann genau Roosevelt aus diesen Quellen über den bevorstehenden Überfall NS-Deutschlands auf die UdSSR erfuhr und wie seine Administration diese Information einschätzte (S. 34). Es spricht im Übrigen einiges dafür, dass Moskau ab Herbst 1941 selbst den japanischen Funkverkehr mitlesen konnte.

Auch ohne die weiterführende Untersuchung von Sinn und Einsatz nachrichtendienstlicher Erkenntnisse in der internationalen Geschichte des Zweiten Weltkriegs bieten die Dokumente immer noch eine aufschlussreiche Quelle zur Kriegsdiplomatie vermeintlicher Partner. Die verfügten, dies machen die Kontakte wieder und wieder deutlich, über sehr unterschiedliche Prioritäten, Zielsetzungen und Fronten. Zudem zeigen die Akten, dass beispielsweise Tokio von seinen verschiedenen Auslandsposten gegensätzliche Informationen über Kriegsverlauf und -perspektiven erhielt. Es ist beeindruckend zu sehen, wie sehr insbesondere das Berliner bzw. Moskauer Umfeld bzw. politische Neigungen einzelner Spitzendiplomaten die Bewertungen der japanischen Beobachter vor Ort prägten. Der deutschlandbegeisterte Botschafter in Berlin, Hiroshi Oshima, unterlief dabei zugleich – illusionäre – Vorstellungen seiner Zentrale, einen deutsch-sowjetischen Frieden zustande zu bringen. Neben den Machtverhältnissen in Tokio mögen die weit auseinandergelagerte Berichterstattung sowie Loyalitätskonflikte der Gesandten ihren Teil dazu beigetragen haben, dass die japanische Diplomatie auf die dynamischen Kriegsentwicklungen wenig angemessen reagierte.

Der Herausgeber hat dies sowie Probleme und Unvereinbarkeiten, die sich aus fundamentalen Differenzen der Kriegspartner ergaben, in einer ausführlichen Einleitung beschrieben. Für diese Auswertung hat Herde neben dem geheimdienstlichen Material deutsche und italienische Akten herangezogen. Die detaillierte Einführung hat mit über 200 Seiten für sich genommen schon Buchcharakter. Vergleichsweise ausführliche Inhaltsangaben relevanter Spionageauswertungen werfen indes die Frage auf, warum man die abgedruckten Quellen in der Einführung so ausführlich referieren muss. In der Gesamtanlage der eigentlichen Dokumentenedition, die angesichts der extensiven Beschreibung ohne weitere Kommentierung auskommen muss, wird schließlich ein Sachregister schmerzlich vermisst.

Im japanisch-deutsch-italienischen Dreieck verbanden sich der pazifische und der osteuropäische Kriegsschauplatz auf widersprüchliche Weise. Für Japan war ab 1940 wichtig, sich für den Kernkrieg gegen die USA und ihre Verbündeten in Fernost den Rücken frei zu halten. Aufgrund der japanisch-sowjetischen Kämpfe war man in Tokio

offenbar 1939 zum Schluss gelangt, dass das sowjetische Heer einen nennenswerten Gegner darstellte. Der Neutralitätspakt mit der UdSSR vom April 1941 entsprach dieser japanischen Zielsetzung. Hitler dagegen hielt es nicht einmal für notwendig, etwa Tokio über seine Angriffspläne gegen die Sowjetunion zu unterrichten oder es zu den Planungen hinzuzuziehen. Herde betont in diesem Zusammenhang, dass der siegesgewisse Hitler ganz im Gegenteil nicht auf japanische Unterstützung drängte. Für Tokio erwuchs jedoch aus den queren Bündnisbeziehungen die Befürchtung, dass die UdSSR den USA Flughäfen für Angriffe auf Japan zur Verfügung stellen könnte.

Auf Dauer enthüllten die militärischen Entwicklungen im Pazifik und in Osteuropa endgültig die Unvereinbarkeit der japanischen und der deutschen Vorstellungen; dabei war Rom in der Wahrnehmung Tokios nicht mehr als ein deutscher Satellit (S. 54). Dennoch fanden sich ab 1942, vor allem ab 1943 einzelne italienische und japanische Diplomaten im Bestreben zusammen, in Berlin auf einen Sonderfrieden mit der UdSSR zu drängen. Rom und Tokio mussten jedoch erkennen, dass Hitler in seinem Krieg gegen den Bolschewismus keine großen Rücksichten auf italienische oder japanische Kalkulationen nahm. Kriegswirtschaftlich war das deutsch-japanische Bündnis für Tokio ebenfalls von überschaubarem Wert. Alliierten Berechnungen zufolge tätigte Japan 1942 in Deutschland Einkäufe für ca. 50 Millionen Yen. Dies entsprach ungefähr „der Hälfte der Summe, die die USA täglich im Rahmen der Lend-Lease-Hilfe ihren Alliierten zukommen ließ“ (S. 87).

Angesichts des Kriegsverlaufs bemühte sich Japan ab 1943 um bessere Beziehungen zu Moskau. Tokio setzte hier auf die Verlängerung des Neutralitätspakts, um auch ohne Deutschland militärische Chancen gegen die Westmächte zu haben. Japanische Bemühungen und Moskauer Reaktionen zeugten hier vom ständig schrumpfenden Handlungsspielraum Tokios. Moskau hielt sich 1944/1945 mit Ausweichmanövern, Fehlinformationen und diplomatischen Lügen gegenüber Japan schlicht alle diplomatischen und militärischen Optionen offen und sah keinen Grund, durch eine unbestimmte Vermittlerrolle die geopolitischen Früchte des eigenen Bündnisses mit den Westalliierten zu gefährden. Die Dokumentation kann neben den erwähnten grundsätzlichen Widersprüchen im japanisch-deutsch-italienischen Bündnis vor allem diese japanische Hilflosigkeit in der Endphase des Kriegs sowie die kühle Fähigkeit Moskaus, sich in Stellung zu bringen, eindrucksvoll belegen.

ANDREAS HILGER  
Hamburg

## **Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften 28 (2017) 1: Krimtataren**

Hrsg. von Ulrich Hofmeister und Kerstin S. Jobst. Innsbruck:

StudienVerlag, 2017. 244 S., Abb., Tab., Ktn. ISBN: 978-3-7065-5612-5.

Dieses Themenheft der Zeitschrift befasst sich mit der Geschichte der Krimtataren vom 14. bis zum 21. Jahrhundert. Die von den Spezialisten aus verschiedenen Wissensbereichen bereitgestellten Informationen erlauben es den Lesern dieses Heftes, sich mit dem modernen Forschungsstand zur Geschichte der Krimtataren vertraut zu machen. Die thematische Breite dieser Krim-Anthologie ist umfangreich wie auch die Vielfalt der hier präsentierten wissenschaftlichen Herangehensweisen zur Erforschung des Themas. Im Folgenden werden die einzelnen Aufsätze in der Reihenfolge ihrer Publikation im rezensierten Heft vorgestellt und diskutiert.

Der erste Aufsatz stammt aus der Feder von CLEMENS PAUSZ und ist den Beziehungen zwischen den Krimtataren und den Kosaken gewidmet. Im Jahre 1595 begab sich Erich Lassota, der Gesandte Kaiser Rudolphs II., auf die Reise in die *Zaporoger Sič*, um die Kosaken zur Teilnahme am Krieg gegen die Türken an der Seite der Österreicher zu bewegen. Er erfuhr jedoch, dass die Kosaken keine gemeinsame Führung hatten, mit der man einen Vertrag hätte abschließen können. Außerdem zeigten sie sich eher zu Raubüberfällen bereit als zu regelmäßigen Kriegszügen. So blieb die Mission des Erich Lassota ohne Erfolg. Sämtliche Schlussfolgerungen des Autors sind gut begründet, in zwei Fällen jedoch sind seine Behauptungen fragwürdig. Erstens schreibt er über irgendeinen Einfluss, den die Tataren auf die Kosaken ausgeübt hätten. In diesem Zusammenhang geht es jedoch nicht so sehr um irgendeinen unklaren Einfluss, sondern vielmehr um die tatarische militärische Bedrohung, die zum Zusammenhalt der Kosaken beigetragen hat. Weiter schreibt der Autor, dass die Kosaken-Raubzüge zum wirtschaftlichen Niedergang des Krim-Khanats im 17. Jahrhundert geführt hätten, kann diese Behauptung aber an keiner Stelle ernsthaft belegen. Ganz im Gegenteil beschreibt A. Fisher das Krim-Khanat gerade in diesem Jahrhundert jedoch als „one of the most important states in eastern Europe“ (A. Fisher: *The Crimean Tatars*. Stanford 1978, S. 17).

Der Beitrag von CASPAR HILLEBRAND über den Reisenden Evliyā Çelebî hebt sich von den anderen Aufsätzen des Hefts durch seinen gemischt literarisch-historischen Charakter ab. Am Anfang präsentiert der Autor detaillierte Informationen über Çelebî selbst, seinen spirituellen Hintergrund sowie sein „Reisebuch“ und behauptet, dass es in keine europäische Sprache übersetzt wurde. Das aber ist ein Irrtum, weil es schon im 19. Jahrhundert teilweise vom Orientalisten Joseph von Hammer ins Englische übersetzt und in drei Teilen veröffentlicht worden ist (*Narrative of Travels in Europe, Asia, and Africa in the Seventeenth Century by Evliyá Efendî*. Transl. from the Turkish by the Ritter Joseph



von Hammer. Vol. I, pt. I. London 1834; Vol. I, pt. II. London 1846; Vol. II. London 1850), es also auf Englisch früher in gedruckter Form vorlag als auf Türkisch. Am erkenntnisreichsten sind in diesem Aufsatz die Informationen über Çelebi selbst und über dessen ausführliche Beschreibung seiner Reisen, nicht nur auf die Krim. Weniger interessant ist der zweite Teil des Beitrags, weil er allgemein bekannte Informationen über das Osmanische Reich enthält. Dieser Teil endet naheliegenderweise mit den Angaben zu den Beziehungen zwischen der Krim und der Türkei. Der Autor lässt leider die Gelegenheit ungenutzt, auf den Status der Girays als Padischahs angemessen einzugehen.

Das Thema des Aufsatzes von MIESTE HOTOPP-RIECKE ist die Geschichte der tatarischen Soldaten im Dienst Preußens. Auf dieser Grundlage untersucht der Autor die Gestalt des Tataren im kollektiven Gedächtnis der Deutschen und bezieht dabei die „Tatarenfurcht“ sowie den „Orient“ insgesamt in seine erinnerungsgeschichtliche Untersuchung ein. Gleichzeitig mit der Entstehung und Verbreitung abstoßender Stereotypen fand auch eine islamisch-christliche Akkulturation statt, die ihre Spuren bis heute hinterlassen hat. Auf diese Weise überwandten Krimtataren und Deutsche auch traditionelle Unterschiede zwischen Ost und West. Klarer zu fassen ist die diplomatische Annäherung zwischen Preußen und dem Krim-Khanat, die dazu geführt hat, dass tatarische Einheiten in preußische Dienste traten und dann Seite an Seite mit polnischen Einheiten im preußischen Heer kämpften. Im Zuge dessen haben sich tatarische Soldaten und ihre Familien auch auf deutschem Boden niedergelassen. Erst in den 1780er Jahren kamen die jahrhundertelangen diplomatischen Beziehungen zwischen Preußen und dem Krim-Khanat an ihr Ende. Dessen ungeachtet setzten die krimtatarischen Kavalleristen ihren Militärdienst im preußischen Heer weiter fort. Zum Abschluss seines Aufsatzes berichtet der Autor von den Spuren, die die Tataren in Literatur und Kunst in Preußen hinterlassen haben.

Die Historikerin KERSTIN S. JOBST kommt in ihrem Beitrag zu dem Schluss, dass bis heute die meisten Geschichtswissenschaftler das erste Jahrhundert nach der Annexion der Krim durch das Russländische Reich für eine „dunkle Zeit“ und die Sowjetzeit vor dem Zweiten Weltkrieg für eine „goldene Ära“ halten. Auf diese folgte jedoch die dritte Periode der krimtatarischen Geschichte, als das ganze Volk – ohne Recht auf Rückkehr in seine Heimat – nach Zentralasien deportiert wurde. Im ersten Jahr nach der Deportation sind nach seriösen Schätzungen 40% der davon betroffenen Krimtataren gestorben, hauptsächlich die Alten und Kinder. In der Zarenzeit litten die Tataren auf der Krim am Mangel an Grundbesitz, der größtenteils an die Russen übergegangen war. Schlimmer noch waren aber für die Krimtataren die dominante Rolle der russisch-orthodoxen Kirche und der russische Militärdienst, so dass es letztlich zu drei Auswanderungswellen kam. Die Autorin nennt nur zwei davon, es gab jedoch auch eine dritte, die sich Ende des 19., Anfang des 20. Jahrhunderts entfaltete. Es wäre sinnvoll gewesen, darauf hinzuweisen, dass infolge der drei Emigrationswellen mehr als eine

Million Krimtataren allein in die Türkei gelangten, d. h. eine überwältigende Mehrheit der einstigen Bevölkerung der Schwarzmeerhalbinsel. Weiter schreibt die Autorin, dass die Zarenherrschaft für die Krimtataren nicht nur dunkle Seiten hatte. Sie begründet ihre Einschätzung damit, dass die russischen Kolonisatoren die krimtatarischen Volkstraditionen nicht vollständig ausgerottet, sondern die tatarische Elite sogar gefördert haben. Die Nennung solcher vermeintlicher Wohltaten als Argumente zugunsten der Zarenherrschaft über die Krim sprechen für sich.

In der Zusammenfassung seines Artikels über den großen krimtatarischen Aufklärer Ismail Gasprinskij stellt der Autor des nächsten Aufsatzes, ULRICH HOFMEISTER, die These auf, die von Edward Said behauptete Dichotomie von Ost und West treffe nicht auf die Krim zu. Diese These wird Ulrich Hofmeister zufolge von der gesamten Tätigkeit des Gasprinskij gestützt. Auf der einen Seite habe er das westliche Weltverständnis bis nach Zentralasien transferiert und sei ein aktiver Befürworter der Idee der russischen Aufklärungsmission in der islamischen Welt gewesen. Auf der anderen Seite sei er für den Schutz der nationalen Kulturen und Sprachen – insbesondere der turksprachigen Minderheiten – eingetreten und habe sich gegen die Assimilation der nichtrussischen Völker engagiert. In U. Hofmeisters Beitrag werden der Lebensweg von I. Gasprinskij sowie dessen Reformprogramme – vor allem auf dem Feld der islamischen Schulbildung, wo bis dahin die lebenspraktischen, säkularwissenschaftlichen Disziplinen fehlten – detailliert dargelegt. Er hielt die Bildung für die Grundlage des überfälligen gesellschaftlichen Wandels in der islamischen Welt des Zarenreichs. In groben Strichen skizziert der Autor, welchen Widerstand I. Gasprinskij bei seinen Reformbemühungen seitens einflussreicher zarischer Beamter erfuhr, während er jedoch nur ein einziges Mal beiläufig die einheimischen Reformgegner erwähnt. Es waren jedoch gerade sie, nämlich die Mullahs und Koranglehrten (*ulema*) auf der Krim, die den heftigsten Widerstand gegen die Reform des Schulwesens leisteten. Leider hat der Autor die Möglichkeit verpasst, seine Leser über die einzige, bislang noch unvollständige Druckausgabe des Gesamtwerks von I. Gasprinskij zu informieren (Siehe die ersten zwei Bände: *Polnoe sobranie sočinenij Ismaila Gasprinskogo*. T. I–II. Simferopol, Kazan' 2016/17.).

Im Beitrag über die İsmail und İbrahim Otar, den ZAUR GASIMOV auf der Grundlage des Privatarchivs der beiden Brüder verfasst hat, sind die wechselseitigen Verbindungen zwischen den tatarischen Aktivisten, die nach 1917 im Ausland lebten, dargestellt. Dabei hat der Autor Cafer Seydahmet Kırımer und Edige Mustafa Kırımal große Bedeutung beigemessen. Während ihre Biographien schon ziemlich bekannt sind, kann man dasselbe über Rüstem Abdurrahman İbrahim, dessen Lebensweg hier zum ersten Mal untersucht wird, nicht sagen. Dasselbe gilt auch für Yusuf Uralgiray und Mehmet Yurtsever, und gerade darin liegt der besondere Wert dieses Artikels. Jetzt kann die Liste der herausragenden Aktivisten der Tatarenbewegung um diese Persönlichkeiten ergänzt werden.

Im Aufsatz von MARTIN MALEK wird die Geschichte der Tatarenbewegung für die Zeit ab 1991 dargelegt. Zwischen 1992 und 1997 wurde sie im bekannten, vier Bände umfassenden, in Moskau erschienenen Werk von Svetlana M. Červonnaja und Michail N. Guboglo (*Krymskotatarskoe nacional'noe dviženie*) untersucht. Nun hat M. Malek die Geschichte der Tatarenbewegung bis in die Gegenwart fortgeführt und dabei vor allem die Schwierigkeiten der Krimtataren bei ihrer Rückkehr in die angestammte Heimat – insbesondere die Ablehnung der Heimkehrer nicht nur durch die lokalen Behörden, sondern auch durch die slawischen Bewohner der Halbinsel, die sich dort nach dem Zweiten Weltkrieg angesiedelt hatten, – herausgearbeitet.

Der einzige Beitrag des hier besprochenen Krim-Bandes, in dem nichts über die Krim gesagt wird, stammt aus der Feder von NATHANIEL REUL, obwohl es durch die Anwendung der komparativen Methode dazu durchaus die Möglichkeit gegeben hätte. Er schreibt über den Nationalsozialismus, der unter den Deutschen in Slowenien in den 1930er und später weit verbreitet war, und über die Unterstützung von Hitlers Annexionspolitik 1941 durch zahlreiche Sloweniendeutsche. Hier liegt der Vergleich mit den deutschen Krim-Kolonisten nahe, die sich von der Politik der Kooperation und demonstrativen Freundschaft zwischen der UdSSR und dem „Dritten Reich“, die auf die Unterzeichnung des Molotow-Ribbentrop-Paktes folgte, distanzieren. Zu einer Zeit, als Piloten von Hermann Görings Luftwaffe in der sowjetischen Stadt Lipetsk trainierten, als sowjetische und deutsche Panzersoldaten an einer gemeinsamen Parade in Brest teilnahmen und als sämtliche sowjetische Filme mit antideutscher Ausrichtung in der UdSSR nicht mehr öffentlich gezeigt wurden, beteiligten sich die Krim-Deutschen nicht an der von oben verordneten Explosion gegenseitiger deutsch-sowjetischer Sympathie. In diesem Zusammenhang sei an den Offizier der Roten Armee Heinrich Hoffmann, Sohn eines deutschen Krim-Kolonisten, erinnert, der nach Hitlers Angriff auf die Sowjetunion in der ganzen UdSSR bekannt wurde: Nachdem er gefangengenommen worden war, verriet er trotz schrecklicher Folterungen durch deutsche Militäranghörige nicht die von ihm verlangten Informationen, was in den sowjetischen Zeitungen (siehe *Bojevoj natisk*, 5.8.1941 und *Komsomolskaja pravda*, 28.8.1941) als beispielhafte Heldentat gefeiert wurde.

Eine weitere Lücke in der hier rezensierten Aufsatzsammlung stellt die Geschichte der Deportation der Krimtataren dar, die durch den Überblick über die schöngestige Literatur zu diesem Thema von SWETLANA CZERWONNAJA (Svetlana M. Červonnaja) und MARTIN MALEK nicht ersetzt werden kann. An anderer Stelle hat dieses Thema durchaus auch schon wissenschaftliche Beachtung erfahren. So wurde es – und zwar erstmalig auf der Grundlage von Selbstzeugnissen Hunderter von Deportationsopfern, die schon in den 1970er und 1980er Jahren interviewt wurden, – ausführlich im Werk des Rezensenten abgehandelt (Valerij E. Vozgrin: *Istorija krimskich tatar*. T. I–IV. Simferopol 2013). Weil es kaum noch lebende Zeugen dieser 75 Jahre zurückliegenden

Ereignisse gibt, wird auch in Zukunft der Historiker sich kaum auf andere Selbstzeugnisse stützen können.

VALERIJ E. VOZGRIN (†)  
S.-Peterburg/Tampere

### **Formirovanie territorii Rossijskogo gosudarstva XVI – načalo XX v. (granicy i geopolitika)**

[Die Herausbildung des Territoriums des russländischen Staates vom 16. Jahrhundert bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts (Grenzen und Geopolitik)]

Otv. red. Elena P. Kudrjavceva. Moskva: IRI RAN, 2015. 259 S., 20 Abb., 10 Ktn. ISBN: 978-5-91244-141-7.

The history of Russia's borders is part of the history of Russian foreign policy but also of the history of the composition and movement of its population. A volume that sheds light on these issues would be a valuable contribution, but unfortunately the present collection of essays does not rise to the occasion. The publication aims to demonstrate that Russian expansion was not the result of an overall 'urge' or plan but rather of a range of specific circumstances. This conclusion will come as no surprise to historians, though it might to journalists. To solidly back up this conclusion in relationship to the borders, however, would mean to integrate foreign policy, settlement and the specific history of the borders into the publication. The only essay in this collection that attempts to do that is N. I. NIKITIN's account of Siberia and its borders. The author raises some important issues including the relationship between peasant settlement and state goals, which did not always coincide. The Russian settlement of Siberia, originally the work of Cossacks and fur traders and eventually of peasants, only partly depended on the state. A good example that Nikitin does not mention comes from the Time of Troubles when Russians along the Siberian frontier continued to move east, trading and building forts, while the central government was submerged in a decade-long crisis. Other essays in the collection take a more conventional approach. A. V. VINOGRADOV surveys the Russian boundary with the Grand Duchy of Lithuania in the sixteenth century, listing the border treaties, published and unpublished, and providing some detail on the actual demarcation of borders. E. A. KOBZAREVA and G. A. SANIN conduct a useful review of the history of relations with Sweden and Crimea with reference to the borders, a story that we are largely already familiar with from their earlier work. Sanin also includes a good survey of the lines of fortresses in the southern steppe. M. IU. ANISIMOV provides something

slightly newer with his account of the endless border issues of Russia and Poland in 1686–1772. The border was a source of problems for Russia, not the demarcation itself so much as bandit raids carried out by Polish nobles in the Russian borderlands and Russian peasants crossing the border, often into the trackless forests along the frontier, to escape authority in Russia. Some Russian officials proposed the annexation of parts of the borderlands, but annexation only came in 1772 for quite different reasons, as the author admits. V. IA. GROSUL examines the Russo-Turkish conflict of 1806–12 that led to the annexation of Bessarabia, tracing the evolution of Alexander I's goals from non-annexation to annexation. This is another useful analysis but provides nothing by way of new explanation. E. P. KUDRIAVTSEVA's account of the Russian efforts to control the eastern coast of the Black Sea in the years between 1829 and the Crimean War provides interesting new material about the maritime problems involved. I. S. RYBACHENOK continues his earlier studies of the idea of the Russian annexation of the Bosphorus. He presents some new detail about the Chief Naval Staff's discussions and war games that led them to a negative conclusion about its feasibility and the Foreign Ministry's unwillingness to violate the treaties that regulated the straits.

This study of Russia's borders does not reveal as much as the reader might expect, perhaps because the topic remains ill defined. Was the intention to focus on the demarcation of borders, the story of particular cases of expansion or the general goals of Russian foreign policy? In any case, the use of the term 'geopolitics', besides giving the text a contemporary flair, does not add anything to the largely traditional perspectives on Russian foreign policy in this collection. Without actually using the word, the older literature that is the basis of almost all of these articles certainly addressed the issues involved in "geopolitics", the making of foreign policy in a specific geographical political environment. The collection would have been improved by systematic reference to historical work in languages other than Russian. This is particularly true for the contributions on the nineteenth and early twentieth century, where there have been numerous studies on the wars with France and the Ottomans, Balkan policy generally, a great deal on Central Asia and some useful work on Siberia, none of which is mentioned in this publication. The result is a volume that is useful mainly for its summary of earlier Russian scholarship on foreign policy, and for some detail about the demarcation of boundaries.

PAUL BUSHKOVITCH  
New Haven, CT

Leonid Luks

**Totalitäre Versuchungen. Russische Exildenker über die Ursachen der russischen Revolution und über den Charakter der europäischen Krise des 20. Jahrhunderts. Eine Aufsatzsammlung**

Berlin, Münster, Wien: LIT, 2017. 331 S. = Geschichte: Forschung und Wissenschaft, 52. ISBN: 978-3-643-13666-4.

Der zu besprechende Band versammelt zehn mehrheitlich bereits andernorts erschienene Aufsätze zur Geistesgeschichte der russischen Emigration. Die Essays analysieren und interpretieren quellennah Werke ausgewählter Exildenker, die – so Leonid Luks in der Einleitung – in der westlichen Totalitarismusforschung zu Unrecht kaum wahrgenommen wurden.

Dem Schaffen der *Vechi*-Autoren Petr Struve (1870–1944), Semen Frank (1877–1950), Nikolaj Berdjajev (1874–1948) und Sergej Bulgakov (1871–1944), die sich seit 1922 alle im Exil befanden, ist jeweils ein Beitrag gewidmet. Diese entfremdeten sich über der Frage voneinander, ob dem unmittelbaren militärischen, parteipolitischen und publizistischen Engagement gegen den Bolschewismus Vorrang gebühre (Struve) oder ob nicht stattdessen eine viel breiter gefasste geistige Erneuerung Russlands auf christlicher Grundlage der richtige Weg sei. Frank warnte eindringlich vor der „Häresie des Utopismus“, stelle doch die Vorstellung der Schaffung des Paradieses auf Erden durch revolutionäre Zerstörung der alten Ordnung eine Verzerrung der christlichen Erlösungsidee dar. Berdjajev propagierte 1924 ein „Neues Mittelalter“, das die aufgeklärte, individualistische Moderne, das Zeitalter der „bürgerlichen Mittelmäßigkeit“ ablöse. Bereits zuvor hatte er in seiner *Philosophie der Ungleichheit* die Kritik am demokratischen Staat mit einer Verklärung des aristokratischen Prinzips verbunden. Die Unterschichten hätten 1917 den moralisierenden Amoralismus der russischen *intelligencija* übernommen und letztere zum ersten Opfer der Revolution gemacht. In seinen vorrevolutionären Schriften warnte Bulgakov vor dem Götzenglauben der russischen *intelligencija* und kritisierte den Sozialismus als gottlosen Chiliasmus. Nach Priesterweihe und Emigration wandte er sich zwar explizit gegen den antichristlichen Rassismus der Nationalsozialisten, vertrat aber erstaunliche (Verschwörungs-)Theorien über den angeblich jüdischen Bolschewismus.

Fünf Beiträge beschäftigen sich mit den postrevolutionären Strömungen in der russischen Emigration. Die sogenannte eurasische Bewegung zeigt starke ideologische Parallelen zur deutschen „Konservativen Revolution“ und erweist sich dadurch als Teil der europäischen Geistesgeschichte, obgleich die Eurasier einen dritten Kontinent „Eurasien“ zwischen Europa und Asien mit innovativen wissenschaftlichen Methoden nachweisen zu können glaubten und mit ihrem Kulturmodell die Differenz zwischen Europa und Russland/Eurasien unterstrichen. Die Zeitschrift *Novyj Grad*, die 1931 bis

1939 in Paris erschien, positionierte sich als Verteidigerin der Freiheit gegen linke und rechte Angriffe, kritisierte aber auch den Liberalismus für sein Desinteresse an der sozialen Frage. In der „Gleichgültigkeit gegenüber der Wahrheit“ (S. 215) sahen ihre Autoren die Schwäche der parlamentarischen Demokratie und propagierten als Alternative eine Gesellschaftsordnung, die Freiheit und Wahrheit auf christlicher Grundlage vereinen solle. Anders als die überwiegende Mehrheit der Emigranten plädierte Georgij Fedotov (1886–1951) dafür, dass sich Russland von der Last des imperialen Vielvölkerstaats befreien solle. Ein posttotalitäres, auf seinen nationalen Kern reduziertes Russland könne Teil einer friedenssichernden europäischen Föderation werden. Fedor Stepun (1884–1965), ein weiterer Herausgeber von *Novyj Grad*, veröffentlichte zwischen 1924 und 1940 mehrere deutschsprachige Beiträge in der katholischen Zeitschrift *Hochland*, in denen er für eine Demokratie in Russland eintrat und die Ergebnisse der Februarrevolution 1917 verteidigte. Obwohl er den Führereid abgelegt hatte, wurde Stepun 1937 seines Lehramts an der TH Dresden enthoben. Die *Hochland*-Beiträge Stepuns nach 1933 beschäftigen sich vordergründig mit Russland. Einige Passagen, die die individuelle Freiheit gegen das Kollektiv und den Konformismus hochhielten, lassen sich aber auch als Kritik am nationalsozialistischen Deutschland lesen. Als Honorarprofessor in München ab 1946 blieb Stepun bis zu seinem Tod „Verfechter einer im Christentum verwurzelten, sozial sensiblen Demokratie“ (S. 291) und stellte sich gleichzeitig gegen totalitäre Systeme und gegen einen liberalen Relativismus der Werte.

Der einzige Beitrag des dritten Hauptabschnitts rekonstruiert den Wiederbeginn eines authentischen politischen Diskurses in der poststalinistischen Sowjetunion. Neben dem XX. Parteitag sieht Luks die öffentliche Protestkundgebung vom 5. Dezember 1965 auf dem Moskauer Puškin-Platz und die dort erstmals verfolgte Strategie, vom Sowjetstaat die Einhaltung seiner eigenen Gesetze zu verlangen, als entscheidende Etappe bei der Herausbildung der Bürgerrechts- und Dissidentenbewegung. Die Auseinandersetzungen innerhalb der *intelligencija* zwischen selbstkritischen Stimmen, die dem russischen Messianismus eine Absage erteilten, und ihren Widersachern wurden im *samizdat* und in der Exilpresse ausgetragen. Ebenso wie die Debatten zwischen Neoslavophilen und Neowesternern erlebten sie seit der Gorbačev-Ära eine fulminante Renaissance.

Blass bleibt aus zwei Gründen der Beitrag der vorliegenden Aufsatzsammlung zur Totalitarismustheorie: Zum einen erhoben die meisten hier untersuchten Emigrationsautoren keinen theoretischen Anspruch für ihre Analysen, zum anderen verzichtet Luks weitgehend auf die Einordnung der von ihnen vertretenen Positionen in die internationale Totalitarismusforschung ebenso wie auf die Problematisierung des Totalitarismusbegriffs an sich.

Keiner der hier besprochenen Exilautoren war in seinen Ansichten statisch. Die jeweiligen Denkgelände entwickelten sich. Dies gilt umso mehr für die um Zeitschriften,

Verlage und Ideen mehr oder weniger lose organisierten Bewegungen. In unterschiedlichem Ausmaß und unterschiedlicher Dauer sowie in unterschiedlicher individueller Konstellation unterschätzten manche russischen Emigranten mit antibolschewistischem Impetus den aufkommenden Faschismus und den Nationalsozialismus. Andere näherten sich dem Bolschewismus an, weil sie den Erhalt des imperialen Vielvölkerstaates als dessen Leistung anerkannten, und/oder kamen aufgrund des Sieges über Nazideutschland im Zweiten Weltkrieg zu einer positiven Einschätzung des Stalinismus. Die Kritik an Liberalismus und parlamentarischer Demokratie führte den einen oder anderen zu einer Höherbewertung sämtlicher diktatorischer Herrschaftsformen von links und rechts. Luks' Essays erlauben, dies in der intellektuellen Biographie einzelner russischer Exilautoren im Detail nachzuvollziehen. Darin liegt das Verdienst des vorliegenden Bandes.

STEFAN WIEDERKEHR

Zürich

### **Armee im Untergang. Württemberg und der Feldzug Napoleons gegen Russland 1812**

Hrsg. von Wolfgang Mährle und Nicole Bickhoff. Stuttgart: Kohlhammer, 2017. 276 S., Graph., zahlr. Abb., 1 beigelegte Kte. ISBN: 978-3-17-023382-9.

Anlässlich des 200. Jahrestages des napoleonischen Russlandfeldzugs organisierte das Landesarchiv Baden-Württemberg eine im Hauptstaatsarchiv Stuttgart vom September 2012 bis Januar 2013 gezeigte Ausstellung. Begleitend fand im Oktober 2012 eine Tagung des Arbeitskreises für Landes- und Ortsgeschichte im Verband der württembergischen Geschichts- und Altertumsvereine statt. Der hier vorzustellende, sorgfältig gemachte und mit zahlreichen Exponaten illustrierte Band ist etwa zu gleichen Teilen der Tagung und der Ausstellung gewidmet.

Beim Russlandfeldzug von 1812 handelt es sich in den Worten von Mitherausgeber Wolfgang Mährle um einen „württembergischen Erinnerungsort“ (Vorwort, S. 7–10). Dieser keineswegs selbstverständliche regionalgeschichtliche Bezug verweist auf dessen gesamteuropäische Bedeutung, da sämtliche Staaten des napoleonischen Hegemonialbereiches in Mittel- und Südeuropa in einen ungewollten Krieg gezwungen wurden. Dazu zählte auch das Königreich Württemberg, das anders als andere Rheinbundstaaten hatte vermeiden können, Truppen für den Krieg auf der Iberischen Halbinsel zu stellen; doch an den mitteleuropäischen Feldzügen von 1805–1807 und



1809 musste sich das Land beteiligen, und für die Invasion Russlands hatte es ein Kontingent von 15 800 Mann für die *Grande Armée* aufzubringen.

Der Zufall der Überlieferung und die Schreibaffinität der schwäbischen Offiziere haben dafür gesorgt, dass württembergische Erinnerungen an den napoleonischen Russlandfeldzug nach den bayerischen besonders zahlreich überliefert sind; gemessen am Verhältnis zur Truppenstärke handelt es sich sogar um das dichteste Korpus deutschsprachiger Ego-Dokumente zu diesem Krieg (Wolfgang Mährle, S. 95, 98). Dies erklärt, wieso württembergische Quellen in Darstellungen zu 1812 eine weitaus wichtigere Rolle spielen, als dies – gemessen an der Größe und militärischen Bedeutung der württembergischen Armee in Russland – zu erwarten wäre. Bei schwankenden Angaben ist davon auszugehen, dass höchstens 500 bis 1 000 Mann des württembergischen Kontingents den Feldzug überlebten; dieses liefert damit ein eindringliches Beispiel für das Ausmaß der militärischen und menschlichen Katastrophe von 1812, die vor dem Zeitalter der Weltkriege als einzigartig in der Kriegsgeschichte galt.

Der Aufsatzteil des Bandes umfasst sechs Beiträge. Zunächst gibt ERICH PELZER einen Überblick über die Vorgeschichte des Kriegs von 1812, der weitgehend der neueren westlichen Forschung folgt. Da Russland auf den Import britischer Fertigwaren und den Export eigener Rohstoffe angewiesen war, verstieß die antibritische Kontinentalsperre, der es sich im Frieden von Tilsit 1807 hatte anschließen müssen, gegen seine Wirtschaftsinteressen. Daher öffnete Kaiser Alexander I. Ende 1810 die russischen Häfen für Schiffe neutraler Staaten und damit für britische Waren, die fortan über Russland auch nach Deutschland gelangten. Napoleon reagierte mit der Annexion der Hansestädte und eines Großteils der norddeutschen küstennahen Gebiete, darunter des Herzogtums Oldenburg, dessen Souverän mit dem russischen Kaiser verschwägert war. Konfligierende ökonomische und geopolitische Interessen und das sich seit der nahezu enthusiastischen Begegnung in Tilsit rasch abkühlende persönliche Verhältnis zwischen Napoleon und Alexander ließen ab 1811 eine militärische Konfrontation immer unausweichlicher werden.

JOACHIM BRÜSER macht sich eine quantifizierende Untersuchung des württembergischen Offizierskorps zur Aufgabe. In zwei Schritten führte Württemberg 1806 und 1809 per „Militärkonskriptionsordnung“ eine Wehrpflicht ohne Ausnahmen ein. Die Offizierslaufbahn war in dem jungen Königreich kein Adelsprivileg, jedoch bei bürgerlichen Familien wenig beliebt. Bei zunehmender Heeresstärke und wachsendem Offiziersbedarf griff Württemberg daher zu der im Rheinbund einmaligen Regelung, die Offizierslaufbahn im Falle eines Aufstiegs in bestimmte Dienstgrade und bei Erhalt des Militärverdienstordens durch Verleihung des persönlichen oder erblichen Adels attraktiver zu machen. Weil der württembergische Kronprinz Friedrich Wilhelm zunächst den Befehl über das württembergische Kontingent innehatte, wahrte dieses innerhalb der *Grande Armée* eine gewisse Autonomie, zog deshalb die Kritik Napoleons

auf sich und wurde bei der Erteilung militärischer Aufträge, der Zuteilung von Quartieren und bei der Versorgung gegenüber anderen Kontingenten benachteiligt. Erst nachdem der Kronprinz Mitte Juli 1812 an der Ruhr erkrankt war und in Vilnius (Wilna) hatte zurückbleiben müssen, besserte sich die Lage der Württemberger in dieser Hinsicht. Grundlage für Brüser's Untersuchung ist die in Stuttgart aufbewahrte Stammliste, die 385 der insgesamt 423 württembergischen Offiziere des Kontingents aufführt. Die Fallstudie belegt nachdrücklich die im Vergleich zu den übrigen Dienstgraden merklich höheren Überlebenschancen der Offiziere: Während von den Mannschaften und Unteroffizieren gerade einmal fünf Prozent den Feldzug überstanden, waren es bei den Offizieren immerhin 65 Prozent. Brüser bilanziert, die überlebenden Offiziere hätten durch Beförderung während des Feldzugs und gleich im Anschluss daran gute Chancen auf einen Karriereschub und sozialen Aufstieg besessen. Unterdessen blieb die Schlachtfeldbeförderung von Unteroffizieren zu Offizieren eine seltene Ausnahme.

DENIS SDVIŽKOV befasst sich mit dem in Deutschland wenig bekannten und von der russischen Historiographie vernachlässigten General Eugen von Württemberg (1788–1857). Eugen stammte aus der schlesischen Linie des württembergischen Herrscherhauses und kämpfte ebenso wie weitere Abkommen der Familie in den Feldzügen von 1812 bis 1814 auf russischer Seite. Seinen Aufstieg zum Divisionskommandeur der russischen Armee verdankte er nicht allein seinem militärischen Talent, sondern auch seiner Verwandtschaft mit dem Kaiserhaus – die Mutter des russischen Kaisers Alexander I., Maria Fedorovna, geborene Prinzessin Sophie Dorothee von Württemberg, war seine Tante – sowie der Protektion durch Armeechef Michail Kutuzov. Mit dessen Tod im April 1813 schwanden vorläufig die Aussichten Eugens von Württemberg, weiter in der militärischen Hierarchie aufzusteigen. Eugen verkörperte den am französischen Vorbild orientierten, für die russische Armee neuen Offizierstypus des *ami des soldats*, der mit seinen Untergebenen am Biwakfeuer die Ration teilte. Auch exemplifizierte Eugen den im vernationalen Zeitalter geltenden Ausspruch „Fürsten kennen kein Vaterland“ (zit. auf S. 54): Seine Loyalität galt seinem Dienstherrn, nicht seinem Herkunftsland, und die Tatsache, dass er im Kampf mehrfach württembergischen Truppen gegenüberstand, bereitete ihm keinen Gewissenskonflikt.

Einem Zeitgenossen ganz anderen Schlages ist HELMUT MOJEMs Aufsatz zum „gefährlichen Leppich“ gewidmet. Franz Leppich (1778–1819), Musikinstrumentenbauer, Mechaniker, Projekteschmied, Geschäftemacher, Globetrotter und Abenteurer, könnte Stoff für Romane liefern, ist aber eher in die historische Fußnote verbannt. Mit dem Stuttgarter Verleger Johann Friedrich Cotta als Financier arbeitete er in Tübingen an einem lenkbaren Luftschiff, das er gegenüber dem württembergischen König vage als segensreiches Menschheitsprojekt bewarb, offenkundig aber als Wunderwaffe zum Bombenabwurf vorsah, mit der er die

napoleonische Herrschaft beenden und gleich die gesamte politische Ordnung in Deutschland umstürzen wollte. Als ihm der Boden in Württemberg unter den Füßen zu brennen begann – König Friedrich berichtete Napoleon loyal von Leppichs Aktivitäten –, setzte er sich incognito mit seinen Handwerkern nach Russland ab, wo er auf dem Landgut des Fürsten Repnin in Voroncov bei Moskau erneut eine Werkstatt für sein Luftschiff einrichtete; der Kontakt mit Russland war zuvor durch den russischen Botschafter in Stuttgart David M. Alopeus hergestellt worden, der auch Leppichs Schulden bei Cotta beglich. Der chimärische Aerostat sollte nie abheben, doch behauptete der französische „Moniteur“, Brand- und Sprengmittel aus Leppichs Werkstatt seien von dem Moskauer Militärgouverneur Rostopč'in ausgegeben worden, um die Stadt nach ihrer Besetzung durch die *Grande Armée* in Brand zu setzen.

Gleich zwei Beiträge von Wolfgang Mährle thematisieren die Überlieferung zum Russlandfeldzug in württembergischen Selbstzeugnissen. Seine tabellarische Chronik württembergischer Memoiren zu 1812 samt Neuauflagen, Varianten und fremdsprachigen Übersetzungen (S. 108–113) dürfte fortan den Ausgangspunkt für jede weitere systematische und vergleichende Forschung an diesem Quellenkorpus bilden, die Mährle als Desiderat formuliert. Dabei komme es nicht allein auf dessen weitere faktographische Auswertung an, es sollten vielmehr ebenso ihre Literarizität wie immanente und externe Quellenbezüge untersucht werden. Neben den retrospektiv niedergeschriebenen Erinnerungen haben sich zwei zeitgleiche württembergische Tagebücher erhalten.

Das wohl berühmteste württembergische Selbstzeugnis ist jedoch nicht schriftlicher, sondern visueller Art, nämlich die Zeichnungen und die auf ihrer Grundlage entstandenen Aquarelle und Lithographien des Artillerieoffiziers Christian Wilhelm von Faber du Faur (1780–1857). Wie Mährle feststellt, nutzt fast eine jede Darstellung zu 1812 Beispiele aus Faber du Faur's Werk zur Illustration, was dessen hohen Bekanntheitsgrad erklärt. Die 99 Lithographien der Serie „Bilder aus meinem Portefeuille ...“ entstanden zwischen 1827 und 1830 und wurden zwischen 1831 und 1843 erstmals veröffentlicht. Die Serie war nicht zuletzt eine künstlerische – wie vermutlich auch kommerziell motivierte – Reaktion auf Albrecht Adams kurz zuvor publizierte „Voyage pittoresque ...“, über die sie insofern hinausgeht, als Faber du Faur im Gegensatz zu Adam Augenzeuge auch des Rückzugs der *Grande Armée* war und diesen ebenso wie den Vormarsch nach Moskau illustrierte. Trotz ihrer Bedeutung als visuelle Dokumentation des Russlandfeldzugs fehlt, so Mährle, bislang eine Gesamtuntersuchung von Faber du Faur's Bildern aus historischer oder kunsthistorischer Sicht.

Umso mehr ist zu begrüßen, dass Mährle in seinem Beitrag etliche wichtige Hinweise auf mögliche Fragestellungen für eine solche Untersuchung gibt. Im Vergleich zu Adam stellt Mährle bei Faber du Faur eine weniger detailversessene, dafür häufiger symbolische, gestische oder mimische Repräsentation des Kriegsgeschehens fest, die gelegentlich Anleihen bei der christlichen Ikonographie macht. Anders als Adam betont

Faber du Faur die Kriegsgräuel und ihre schrecklichen Folgen für die russländische Zivilbevölkerung, für Orte und Architekturdenkmäler, die er häufig kurz vor oder im Augenblick ihrer Vernichtung zeigt. Persönliche Heldentaten treten bei Faber du Faur völlig in den Hintergrund, und auch wenn er gelegentlich Führungspersönlichkeiten wie Napoleon, Joachim Murat, Eugène des Beauharnais oder Kronprinz Friedrich Wilhelm in Erscheinung treten lässt, geschieht dies nicht in konventioneller Präsentation der sozial-militärischen Hierarchie, sondern „als Teile eines Geschehens [...], das einen transpersonalen Charakter aufweist“ (S. 131). Mährle geht so weit zu behaupten, es lasse sich im Gegensatz zu Adam bei Faber du Faur eine „tendenziell antifranzösische bzw. philorussische Position“ (S. 135) feststellen, weil letzterer auch russländische Bauern, Juden und Kriegsgefangene empathisch ins Bild setze. Im Vorwort zur lithographierten Serie erhebt Faber du Faur ausdrücklich einen Anspruch auf dokumentarische Wahrheitstreue, der jedoch nur sehr bedingt eingelöst wird. Denn Mährle kann zeigen, dass die Intention des Künstlers, den Feldzug als eine stetige Steigerung des Grauens darzustellen, nicht der Erfahrung des württembergischen Kontingents entspricht, weil dieses gleich zu Beginn die schwersten Verluste an Menschen und Pferden durch Krankheiten, Wetterunbilden und Mangelversorgung erlitt. Wie in den Schriftquellen gibt es auch in Faber du Fours Bildern bestimmte Themen des Unaussprechlichen und Unzeigbaren; dazu gehören etwa Selbstmorde, Alkoholexzesse und Desertionen. Trotz allem sieht Mährle bei dem später in den Generalsrang aufgestiegenen württembergischen Künstleroffizier keine eigentlich pazifistische Haltung, vielmehr habe dieser 1812 als kriegsgeschichtlichen Ausnahme- und Sonderfall betrachtet: die Auflösung einer Armee in totaler Anarchie, die letztlich für Faber du Faur die Notwendigkeit strikter Disziplin und sozialer Ordnung bestätigt habe.

ANDREAS R. HOFMANN

Leipzig

### **Politbjuro i Lev Trockij, 1922–1940. Sbornik dokumentov**

[Das Politbüro und Lev Trockij 1922–1940. Eine Dokumentensammlung]

Sost. Oleg B. Mozochin. Moskva: Istoričeskaja literatura, 2017. 788 S.

ISBN: 978-5-9908943-9-6.

Dass Lev Trockij eine der prägenden Persönlichkeiten der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts war, ist eine Feststellung, die geradezu an Banalität grenzt. Jeder, der sich für die Entstehung und Entwicklung des Sowjetkommunismus interessiert, kommt an dieser Person genauso wenig vorbei wie jemand, dessen Forschungs- und

Erkenntnisinteresse auf die Zeit der Durchsetzung und Etablierung der Stalinschen Diktatur oder die Evolution und Spaltung der internationalen kommunistischen Bewegung gerichtet ist. Dementsprechend wundert es niemanden, dass die Bücher über Trockij, seine Ideen und seinen Kampf gegen die Stalinsche Fraktion um die Macht nach Lenins Tod ganze Regale füllen. Viele Aspekte seines Lebens und seiner Tätigkeit als Revolutionär und seines Daseins als Oppositioneller sind mittlerweile gut erforscht. Und dennoch gibt es immer noch etliche Bereiche seines Lebens, Wirkens und auch seiner Verfolgung und Ermordung, die entweder weniger gut oder nur äußerst rudimentär dokumentiert sind. Einen dieser „weißen Flecken“, das Verhältnis des Politbüros der KPdSU zu Trockij und seinen Anhängern nach Lenins Tod, versucht die hier zu besprechende Quellenpublikation zu tilgen.

Der zum 100-jährigen Jubiläum des russischen Revolutionsjahres 1917 in Moskau unter der Leitung des bekannten Historikers Oleg B. Mozochin herausgebrachte 788 Seiten umfassende, großformatige Band setzt sich nach den Worten des Hauptherausgebers zum Ziel, die „politische Tätigkeit L. D. Trockijs sowie die Tätigkeit des Politbüros des ZK der VKP(b) und der Organe der Staatssicherheit bei der Bekämpfung der trockistischen Opposition in der UdSSR in der nachrevolutionären Periode“ dokumentarisch zu beleuchten (S. 17). Um diesem selbst gestellten Anspruch gerecht zu werden, wurden insgesamt 307 Dokumente in die Veröffentlichung aufgenommen, deren zeitliches Spektrum vom Juni 1922 (Brief von Trockij an Molotov über den Brief eines gewissen Mingulin an Trockij und dessen Antwort) bis zur Ermordung Trockijs im August 1940 in Mexiko (Entwurf des *Pravda*-Artikels über den Tod Trockijs mit dem bezeichnenden Titel *Tod eines internationalen Spions*) reicht. Wie der Titel der Publikation bereits andeutet, liegt der thematische Schwerpunkt der veröffentlichten Dokumente auf dem Verhältnis des höchsten Parteiorgans des sowjetischen Staates und den dort jeweils tonangebenden „Fraktionen“ zu Trockij und dessen Anhängern, wobei die mit der Zeit erfolgte Kräfteverschiebung innerhalb des Politbüros einen alternativen Titel *Stalin und Trockij* durchaus gerechtfertigt hätte.

Mit wenigen Ausnahmen entstammen die für die Publikation ausgewählten Dokumente zwei russischen Föederalarchiven: dem Russländischen Archiv der Neuesten Geschichte (RGANI) und dem Russländischen Archiv der sozial-politischen Geschichte (RGASPI), wobei vor allem die Bestände des Letzteren, und hier des Fonds 17, Findbuch 171 – *Die Beschlüsse des Politbüros und des Zentralkomitees der KPdSU über die Tätigkeiten antiparteilicher Gruppierungen* – eindeutig überwiegen.

Das Gros der Dokumente besteht aus Beschlüssen des Politbüros und des unter der Bezeichnung Zentrale Kontrollkommission fungierenden Parteischiedsgerichts, die in der einen oder anderen Weise Trockij und dessen Anhänger betrafen, aus Materialien des Geheimdienstes OGPU/NKVD über die „Entdeckung“ und Liquidierung „trockistischer“ Gruppierungen und deren „illegaler Druckereien“, über Parteiausschlüsse, Verhaftungen und Verbannungen von „aktiven Trockisten“ sowie aus

Briefen Trockijs an dessen treue Anhänger und aus seinen an Sympathisanten, an die Partei im Allgemeinen, an die Komintern und auch an das Stalinsche Politbüro adressierten Erklärungen und Erläuterungen bezüglich seiner oppositionellen Ansichten. Ergänzt werden diese Dokumente durch Protestbriefe und Erklärungen anderer führender Oppositioneller wie Preobraženskij, Smilga oder Radek, die Verhörprotokolle ausgewählter Personen, denen man vorwarf, Trockijs Ansichten zu teilen, sowie durch antistalinistische Flugblätter und Aufrufe, die von oppositionell Gesinnten oft unter akuter Lebensgefahr im Untergrund gedruckt und in den Fabriken und Hochschulen verbreitet wurden.

Die wissenschaftliche Qualität der publizierten Quellen lässt sich nicht eindeutig festlegen. Einerseits wird jeder enttäuscht sein, der auf Sensationen oder bahnbrechende Neuerkenntnisse hofft. Vor allem Briefe und Artikel Trockijs, in denen er beharrlich und wortgewandt seine Ansichten verteidigt und sowohl gegen die „rechte Gefahr“ in Gestalt der von Bucharin und Rykov angeführten wirtschaftsfreundlichen Fraktion als auch gegen den „bürokratischen Apparat“ mit Stalin an der Spitze wettet, wiederholen sich in ihrer Argumentation und ihrem Aufbau und sind in dieser Form schon längst durch andere Quellenpublikationen (man denke hier nur an die deutschsprachige Ausgabe der Schriften Trockijs im Neuen ISP Verlag) – zumindest im Westen – ausreichend bekannt. Auch die zahlreichen abgedruckten Flugblätter, die vom Geheimdienst beschlagnahmt und an das Politbüro zur Kenntnisnahme weitergeleitet wurden, wiederholen sich in ihrer Argumentation, so dass die Frage auftaucht, ob es seitens der Herausgeber berechtigt war, den ohnehin soliden Umfang des Quellenbandes durch deren Abdruck noch zu erhöhen.

Von großem wissenschaftlichem Interesse ist andererseits vor allem der Briefwechsel der sich in der Verbannung befindenden Oppositionellen untereinander, die der sowjetische Geheimdienst regelmäßig abfing und in Kopien an Stalin weiterleitete. So erfahren wir nicht nur von den unter den Verbannten anscheinend weit verbreiteten Verdächtigungen, Abweichter und Renegat zu sein, mit denen sich die Briefpartner von Zeit zu Zeit auseinandersetzen mussten, sondern auch davon, dass die 1928 erfolgte Verkündung der Zwangskollektivierung und beschleunigten Industrialisierung von vielen als verspäteter Sieg eigener Ideen verstanden wurde (siehe z.B. den Brief von Preobraženskij an Karl Radek, Dok. Nr. 172, S. 355–357 oder die „Überlegungen“ Radeks über die Lage im Staat und in der Partei vom Juli 1928, Dok. Nr. 157) und sie dazu bewog, aufrichtig an eine mögliche Rückkehr an die Macht zu glauben. Auch Trockij selbst war nicht gegen die Illusion einer möglichen Aussöhnung mit der Partei nach einem etwaigen Sturz Stalins und dessen Fraktion gefeit (siehe den Brief Trockijs an Smilga, Dok. Nr. 172) und träumte davon bis kurz vor seiner Verbannung und sogar noch danach.

Ungeachtet des unzweifelhaft vorhandenen historiographischen Wertes der Quellenedition gibt es eine Reihe von Mängeln, die nicht unerwähnt bleiben dürfen. So

fällt beim Lesen unangenehm die große Zahl von Schreibfehlern und Wortentstellungen auf, die auf ein eher unsauberes Lektorat hindeuten (zu den krassesten Beispielen dieser Art zählt Dok. Nr. 61, wo von „Levin“ statt von „Lenin“ die Rede ist). Noch schwerwiegender als die Vielzahl ärgerlicher Tippfehler ist das weitgehende Fehlen von Kommentaren und Erläuterungen bezüglich zahlreicher Personen und Ereignisse, die in den Dokumenten erwähnt werden, wodurch das Verstehen von komplexen Zusammenhängen, vor allem in Bezug auf die Komintern oder die anderen oppositionellen Gruppen in der Sowjetunion nicht gerade erleichtert wird.

Doch in der Gesamtschau überwiegt der positive Eindruck. Es ist davon auszugehen, dass der vorliegende Quellenband zum unentbehrlichen Instrumentarium künftiger Erforscher des Lebens Trockijs sowie der sowjetischen Geschichte der zwanziger und dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts insgesamt werden wird.

PETER KAISER

Freiburg im Breisgau

### **Kirche und Staat in Mittel- und Osteuropa. Die Entwicklung des Staat-Kirche-Verhältnisses in den Transformationsländern Mittel- und Osteuropas seit 1990**

Hrsg. von Stefan Mückl. Berlin: Duncker & Humblot, 2017. 263 S.

= Staatskirchenrechtliche Abhandlungen, 56/I. ISBN: 978-3-428-15314-5.

Die vom sowjetischen Parteichef Michail Gorbatschov 1989 eingeleitete politische ‚Wende‘ im kommunistischen Machtbereich hat die Religionsgemeinschaften aus dem gesellschaftlichen Ghetto befreit, in das sie von den jeweiligen Regimen nach ihrem Machtantritt verbannt worden waren: 1918 in der Sowjetunion und seit 1945 in Ost-, Ostmittel- und nicht zuletzt in Südosteuropa. Die ‚Wende‘ hat „nicht nur zu großen politischen, gesellschaftlichen und sozialen Umbruchprozessen geführt, sondern auch eine Neudefinition des Verhältnisses von Staat und Kirche erforderlich gemacht.“ (S. 5) Je nach den historischen, religionssoziologischen und aktuellen politischen Kontexten hat sich in den Transformationsländern das Staat-Kirche-Verhältnis zwar insgesamt zum Positiven, aber im Einzelnen doch unterschiedlich entwickelt.

Im Zuge der oft schwierigen Transformationsprozesse ist in allen Verfassungen und entsprechenden Gesetzen Religionsfreiheit festgeschrieben worden – meist mit direktem Bezug auf die Menschenrechte in der am 26. Juni 1945 in San Francisco unterzeichneten *Charta der Vereinten Nationen*. In der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* (Paris 1948) heißt es in Art. 18: „Jeder hat das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und

Religionsfreiheit. Dieses Recht schließt die Freiheit ein, seine Religion oder Überzeugung zu wechseln, sowie die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung allein oder in Gemeinschaft mit anderen, öffentlich oder privat durch Lehre, Ausübung, Gottesdienst oder Kulthandlungen zu bekennen.“

Durchgängig sind in den Verfassungen und Gesetzen der Transformationsländer dem Wortlaut nach Staat und Kirche getrennt. Die Religionsgemeinschaften besitzen innere Autonomie, erhalten staatliche Unterstützung – zum Teil für den Wiederaufbau der in kommunistischer Zeit enteigneten und devastierten kirchlichen Immobilien wie Kirchen, Klöster, Seminare, Verwaltungsgebäude usw. Überall gibt es ein breites Spektrum kirchlicher Medien. Eine unterschiedlich intensive Zusammenarbeit von Kirche und Staat hat sich in Kultur und Bildung, in der Seelsorge, im Krankenhaus- und Gesundheitswesen, in Strafanstalten, im Militär – man denke hier an Feldprediger, Feldkaplane usw. – entwickelt. In öffentlichen Schulen steht Religion auf dem Lehrplan, wobei die Religionslehrer vom Staat besoldet werden; meist sind theologische Fakultäten und andere Einrichtungen wieder in die Universitäten eingegliedert, und ihr Personal wird vom Staat besoldet. Repräsentanten der Religionsgemeinschaften sind in den Medien präsent.

In Staaten mit religiöser Vielfalt und in weitgehend säkularisierten Ländern wurde und wird in den Parlamenten um religionspolitische Neutralität des Staates gerungen. Hingegen tendieren Staaten mit katholischen und orthodoxen Volkskirchen dazu, diese gegenüber anderen Religionsgemeinschaften zu privilegieren; in orthodox geprägten Ländern wie Russland sind staatskirchliche Tendenzen unübersehbar.

Zwei umfassende Beiträge führen in die komplexe Materie ein: Der Aufsatz von Erzbischof NIKOLA ETEROVIĆ (Berlin) „Recht und Religion in europäischer Perspektive“ und der Artikel vom Herausgeber des Bandes STEFAN MÜCKL (Rom) „Perspektiven der Staat-Kirche-Beziehungen in Mittel- und Osteuropa“. An zehn Länderbeispielen demonstrieren die Autoren der Beiträge, wie Religionsfreiheit in der Praxis verwirklicht wird. Die Beiträge sind in vier Gruppen gegliedert: 1) Entwicklungen in überwiegend katholisch geprägten Ländern: Polen – MARCIN STRĘBELSKI (Warschau), S. 55–76; Kroatien – JOSIP BALABAN (Zagreb), S. 77–102; Litauen – VYGANTAS MALINAUSKAS (Kaunas), S. 103–116; 2) Entwicklungen in überwiegend orthodox geprägten Ländern: Russland – Archimandrit CYRIL HOVORUN (Los Angeles), S. 117–124; die Theorie des „Kanonischen Territoriums“ aus der Sicht der Patriarchate Russland und Serbien – ANARGYROS ANAPLIOTIS (München), S. 125–140; Serbien – ALEKSANDAR RAKOVIĆ (Belgrad), S. 141–164; 3) Entwicklungen in Ländern mit religiöser Vielfalt: Ungarn – BALÁZS SCHANDA (Budapest), S. 165–179; Rumänien – EMANUEL TĂVALĂ (Sibiu/Hermannstadt), S. 180–218; 4) Entwicklungen in Ländern mit einer weitgehend religionslosen Gesellschaft: Tschechien – DAMIÁN NĚMEC (Olomouc/Olmütz), S. 219–240; Estland – RINGO RINGVEE (Tallinn), S. 219–240.



Die meisten katholisch geprägten Länder haben nach der ‚Wende‘ an in der Zwischenkriegszeit abgeschlossene Konkordate und Verträge mit dem Heiligen Stuhl angeknüpft und die in der Zeit des Kommunismus unterbrochenen vertraglichen Bindungen wieder aufgenommen. Dabei wurden Abmachungen, in denen es um Kooperation zwischen dem Heiligem Stuhl und dem jeweiligen Staat geht, meist in Einzelverträgen paraphiert. Ein regelrechtes Konkordat besteht nur mit der Republik Polen.

Um die Paraphierung solcher Verträge gab es in den Parlamenten der einst kommunistischen Staaten oft kontrovers geführte Debatten, wobei die Nachfolgeorganisationen der früheren Staatsparteien größten Widerstand leisteten. In den Debatten ging es vor allem um die Neutralität des Staates und um die Trennung von Staat und Kirche. So lagen in Polen zwischen der Unterzeichnung des Konkordats im Jahr 1993 und seiner Ratifizierung 1998 fünf Jahre. Letztlich ist es in den katholisch geprägten Ländern – nicht nur in Polen – zu einer gedeihlichen Zusammenarbeit von Staat und Kirche gekommen. Auch die Beziehungen zwischen dem Staat und anderen religiösen Gemeinschaften sind dort in Anlehnung an die Abkommen mit dem Vatikan vertraglich geregelt.

Die Volksrepublik Jugoslawien hatte 1966 mit dem Heiligen Stuhl ein Protokoll unterzeichnet, das den Katholiken jedoch kaum etwas gebracht hat. An ihrer Unterdrückung hat sich dadurch bis 1990 nichts geändert. Die neue Verfassung Kroatiens von 1990 hingegen garantiert Religionsfreiheit: Das *Gesetz über die rechtliche Stellung der Religionsgemeinschaften* (1992) atmet den neuen Geist der Zusammenarbeit zwischen den Glaubensgemeinschaften und dem Staat und ihrer Wertschätzung. In diesem Sinne wurden von 1996 bis 1998 vier Staatskirchenverträge zwischen dem Vatikan und der Republik Kroatien abgeschlossen, in denen u. a. der Religionsunterricht, die Bildung, die Militär-, Gefängnis- und Spitalseelsorge, die Restitution einst konfiszierten kirchlichen Eigentums und die finanzielle Unterstützung durch den Staat geregelt wurden.

Das Baltikum war bereits 1940 von der Sowjetunion annektiert worden und unterlag seitdem der dort herrschenden Religionsverfolgung. Im Gegensatz zu Estland und Lettland, wo eine weitgehende Säkularisierung die Folge war, prägt die katholische Kirche in Litauen – ähnlich wie in Polen – weiterhin die Identität des Volkes. Das Land fühlt sich der westlichen Kultur zugehörig. Die Verfassung von 1992 ist das Ergebnis der Auseinandersetzung zwischen denen, die weiter vom sowjetischen Denken geprägt sind und dementsprechend antikirchliche Positionen vertreten, und jenen, die für eine Erneuerung der kulturellen und nationalen Werte eintreten. Die baltischen Regierungen sind jetzt um ein freundliches Staat-Kirche-Verhältnis bemüht. Dabei sind manche Bereiche noch nicht geklärt, in Litauen z. B. hinsichtlich der Rückgabe von konfisziertem Land. Dort ist das Bemühen der staatlichen Institutionen erkennbar, die katholische Kirche nicht zu stark und (finanziell) nicht zu unabhängig werden zu lassen. Während

das Verhältnis zur katholischen Kirche mittels Vereinbarungen mit dem litauischen Staat durch spezielle Kommissionen geregelt wird, gibt es keine vergleichbaren Vereinbarungen mit anderen Religionsgemeinschaften.

Gorbačevs *perestrojka* bildete besonders in der zerfallenden Sowjetunion – und dann in der Russländischen Föderation – die Voraussetzung für neue Beziehungen zwischen Staat und Kirche. Zwar wird es seitens des Staates und der Russischen Orthodoxen Kirche (ROK) bestritten, aber de facto ist die ROK heute wieder eine Staatskirche, obwohl der Verfassung nach Kirche und Staat getrennt sind. Als entscheidendes Bindeglied zwischen beiden erweist sich der russische Patriotismus. Putin stützt sich auf die ROK, diese unterstützt Putin bei Wahlen, im Krieg in der Ukraine und in der Außen- sowie in der Innenpolitik insgesamt. Die ROK erhält vom Staat jegliche Unterstützung. So wurden in den letzten 25 Jahren ca. 35 000 Kirchen, die in der Sowjetunion säkularisiert und devastiert worden waren, mit staatlichen Mitteln wiedererrichtet. Putin und der Patriarch zeigen sich gemeinsam bei Staatsanlässen, Putin selbst stellt bei jeder Gelegenheit zur Schau, dass er Mitglied der ROK ist; staatliche Einrichtungen, Gebäude und Waffensysteme werden von kirchlichen Würdenträgern gesegnet. Eine intensive Zusammenarbeit zwischen Staat und ROK hat sich im Bildungs- und Gesundheitswesen entwickelt. Die ROK ist in den Medien omnipräsent – orthodoxe Hierarchen haben in Radio und Fernsehen ihren festen Platz. Andere Glaubensgemeinschaften werden im Religionsgesetz von 1997 benachteiligt.

Die Verfassung Serbiens von 2006 betont zwar, das Land sei ein säkularer Staat, aber in der Praxis kooperiert der Staat mit „traditionellen“ Religionsgemeinschaften, also – in erster Linie – mit der Serbischen Orthodoxen Kirche, aber auch mit der römisch-katholischen Kirche, mit dem Judentum und dem Islam. 2006 verabschiedete die Nationalversammlung das Gesetz über Religionsfreiheit und ein Programm zur großzügigen Unterstützung religiöser Gemeinschaften und ihres Personals sowie ihrer Immobilien. Ein intensiver Dialog zwischen Vertretern des Staates und der Glaubensgemeinschaften findet statt. Der Feiertag des serbischen Nationalheiligen, des Hl. Sava (27. Januar), wird als Staatsfeiertag begangen; Ikonen des Hl. Sava hängen in serbischen Schulzimmern. Militär- und Krankenhauseelsorge sind institutionalisiert. Wie in Russland hat sich auch in Serbien seit 2006 eine Art *symphonia* zwischen Staat und orthodoxer Kirche entwickelt. In den orthodox geprägten Nachfolgestaaten Jugoslawiens Makedonien und Montenegro sind die Entwicklungen vergleichbar mit denen in Serbien.

Zwar wurde in Ungarn, einem Land mit religiöser Vielfalt, in der Verfassung von 2012 die Trennung von Kirche und Staat festgelegt, aber in der Praxis wird diese Trennung ausgesprochen kirchenfreundlich interpretiert. Die Verfassung enthält in der Präambel eine Anerkennung des Christentums als geschichtsprägender Faktor Ungarns. Religions- und Gewissensfreiheit sowie die Gleichstellung der traditionellen Bekenntnisse wird garantiert. Ein breites Netz religiöser Medien hat sich entwickelt. Das

ungarische Staatskirchenrecht ist durch das Bestreben gekennzeichnet, Konflikte zwischen Staat und Kirchen/Religionen zu vermeiden und den Ausgleich zu suchen; kirchliche Autonomie und Zusammenarbeit von Kirchen und Staat sind fester Bestandteil der Rechtswirklichkeit.

In Rumänien vollzog sich die ‚Wende‘ nach Ceausescus Sturz im Gefolge der rumänischen Revolution von 1989. Alle Bekenntnisse waren vor 1989 in ihren Lebensäußerungen stark behindert und rigide kontrolliert. Die Orthodoxie ist mit 85,9% der Einwohner des Landes die am weitesten verbreitete Konfession in Rumänien; im Vergleich dazu gehören der römisch-katholischen Kirche 4,6% und der griechisch-katholischen (unierten) Kirche 0,8% der Einwohner an. Daher ist es nicht ganz einsichtig, warum das Land den „Ländern mit einer religiösen Vielfalt“ und nicht den „überwiegend orthodox geprägten Ländern“ zugeordnet ist. Die Verfassung von 2003 garantiert Meinungs- und Religionsfreiheit. An allen öffentlichen Schulen findet Religionsunterricht statt. Der Verfassung nach gibt es keine „führende“ Konfession, aber die in Wirklichkeit „führende“ orthodoxe Kirche ist unübersehbar. Die Masse der Bevölkerung sieht Staat und orthodoxe Kirche als Einheit. Wohl deshalb verlassen viele Intellektuelle die Kirche. 1990 wurde die Rumänische griechisch-katholische (unierte) Kirche, die 1968 von der kommunistischen Führung für illegal erklärt worden war, wieder zugelassen. Viele unierte Gotteshäuser, die nach 1968 zwangsweise vom Staat an die orthodoxe Kirche übergeben worden waren, werden den Unierten zurückgegeben. Dabei kommt es zu Kirchenkampf-ähnlichen Auseinandersetzungen. Von staatlicher Seite wurde versucht, zwischen Orthodoxen und Unierten zu vermitteln, oft aber mussten Gerichte entscheiden.

Der Band vermittelt eine plastische Vorstellung vom heutigen Staat-Kirche-Verhältnis in den Transformationsländern; er enthält eine Fülle juristischer Informationen und Gesetzestexte sowie aktueller statistischer Angaben. Ein Wunsch bleibt offen: Man hätte gern etwas mehr erfahren, wie sich heute die Situation in Ländern mit starken muslimischen Bevölkerungsgruppen (z.B. Albanien, Bosnien-Herzegowina) gestaltet.

Die Beiträge haben unterschiedlichen Umfang – z. B. der Aufsatz über Russland umfasst gerade einmal acht Seiten, der Artikel über Litauen dagegen 28 Seiten – und sind dementsprechend unterschiedlich ausführlich; darunter leidet die Vergleichbarkeit etwas. Dennoch gehört dieser Band in die Hand eines jeden, der sich mit der Lage der Religionsgemeinschaften in den einst kommunistischen Ländern beschäftigt.

GERD STRICKER (†)  
Küsnacht

## **Fragmentierte Republik? Das politische Erbe der Teilungszeit in Polen 1918–1939**

Hrsg. von Michael G. Müller und Kai Struve. Göttingen: Wallstein, 2017. 400 S., 2 Tab. = Phantomgrenzen im östlichen Europa, 2. ISBN: 978-3-8353-1745-1.

Als 1918 Polen nach dem Zerfall der kontinentalen Imperien nach 123-jähriger Teilungszeit wiedererstand, musste der junge Staat nicht nur seine territoriale Gestalt durch Kriege im Osten finden, sondern auch im Inneren die ehemaligen Teilungsgebiete vereinigen – eine ungeheure Aufgabe angesichts der umfangreichen Kriegsverwüstungen im Osten des Staates und der unterschiedlichen Entwicklungen, welche die verschiedenen Landesteile im Laufe der langen Teilungszeit in infrastruktureller, politischer, ökonomischer und nicht zuletzt kultureller Hinsicht genommen hatten. So fand der Aufbau gesamtstaatlicher Institutionen und der inneren Ordnung als konfliktreicher Prozess statt. Letztlich konnten die unterschiedlichen Entwicklungen nur teilweise eingeebnet werden; in der gesamten Zwischenkriegszeit waren die nun entstandenen „Phantomgrenzen“ im Inneren erkenn- und spürbar.

Diesem Phänomen widmet sich der anzuzeigende Tagungsband. Als „Phantomgrenzen“ definieren die Herausgeber in der Einleitung knapp „frühere polnische Grenzen, [...] die völker- oder staatsrechtlich nicht mehr bestehen, aber in der Gesellschaft weiterhin wirksam sind“ (S. 10), so dass es sich letztlich um das Erbe der Grenzen zwischen den Teilungsgebieten handelt. Solche Differenzen sind in der Gestaltung des Raumes durch Grenzen zu erkennen, materiell im Bereich der Wirtschaft und im Recht ebenso wie bei den Infrastrukturen. Weiterhin werden die Erfahrungen der Akteure und deren Einfluss auf das politische Handeln als Handlungsroutrinen und die Institutionen innerhalb der unterschiedlichen Gebiete erkannt. Als dritten Punkt führen die Herausgeber die Konstruktion von gesellschaftlicher Differenz an, indem auf die früheren Grenzen Bezug genommen wird. Prämisse ist daher, dass in dem neuen polnischen Staat Akteure zusammentrafen, die obgleich sie eine gemeinsame Muttersprache und historische Traditionen sowie mit der Wiedererrichtung des polnischen Staates ein gemeinsames Ziel hatten, über sehr unterschiedliche Erfahrungen in Politik, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft verfügten.

Verweisen die Bezugnahmen auf die ehemaligen Teilungsgebiete auf transnationale und verschiedene imperiale Räume, zu denen sie bis 1918 gehörten, so wollen die Herausgeber somit die Geschichte der „Phantomgrenzen“ auch als eine Geschichte transnationaler Räume verstehen. Obwohl es zahlreiche ältere und neuere Studien zur Zweiten Republik gibt, fehlt bislang diese vergleichende Fragestellung, auch wenn die Forschung das Verhältnis dieser unterschiedlichen Gebiete untereinander erkannt hat.

Daher möchte der Band auf verschiedenen Ebenen den „Phantomgrenzen“ nachspüren und damit in vergleichender Perspektive ein Forschungsdesiderat füllen. So werden insgesamt die sehr unterschiedlichen Prägungen und Erfahrungen der Teilungsgebiete und deren Einfluss auf das Handeln der politischen Eliten hinterfragt, um die Gründe der politischen Fragmentierung der Zweiten Republik zu diskutieren. Die in vier Sektionen untergliederten 15 Beiträge erfüllen diese Zielsetzung – das sei an dieser Stelle bereits angemerkt – durchweg in gut lesbaren, gelungenen Beiträgen.

Die drei Beiträge der ersten Sektion behandeln die Entwicklung von gesamtstaatlichen Institutionen. Haben die ersten beiden Beiträge wichtige politische Institutionen zum Gegenstand, so fokussiert der dritte Beitrag exemplarisch nichtstaatliche Institutionen. CHRISTHARDT HENSCHEL untersucht die Integration der Soldaten in die polnischen Streitkräfte bis zum Jahr 1921, dem Jahr des Friedensschlusses von Riga, durch den die Grenzkriege im Osten formal beendet wurden. JERZY ŁAZOR und WOJCIECH MORAWSKI machen das Erbe der Teilungszeit im Finanzsystem der Republik deutlich, und schließlich analysiert SABRINA LAUSEN die Netzwerke polnischer Studenten im 19. und frühen 20. Jahrhundert, aus denen sich spätere Eliten entwickelten. Dagegen werden Folgen der „Phantomgrenzen“ beispielsweise für die regionalen und kommunalen Institutionen nicht angerissen. So wäre beispielsweise zu fragen, wie es sich auf das regionale politische Gefüge auswirkte, dass 1919 in ‚Kernpolen‘, nicht aber in den umstrittenen Grenzgebieten Kommunalwahlen stattfanden, und wie sich die unterschiedliche kommunale Verfasstheit der Teilungsgebiete auf das spätere politische Leben und die Entwicklung von politischen Institutionen auswirkte.

Die fünf Aufsätze der zweiten Sektion thematisieren Parteien und Politiker. Zunächst diskutiert GRZEGORZ KRZYWIEC pointiert die Entwicklung der Nationaldemokratie zwischen 1905 bis 1914 als Entwicklung von der Massenpolitik zum ‚kalten‘ Bürgerkrieg. KAI STRUVE untersucht anschließend das Erbe der Teilungszeit und deren Folgen für die parlamentarische Demokratie aus Perspektive der Bauernparteien zwischen 1918 und 1926. Die Geschichte des polnischen Agrarismus unter dem autoritären Regime der Sanacja wird für die Jahre 1931 bis 1939 durch TADEUSZ JANICKI beschrieben. Dass die Prägungen der Teilungszeit zwar weiterwirkten, aber letztlich nicht zwangsweise die Handlungen von einzelnen politischen Akteuren beeinflussen mussten, zeigt WŁODZIMIERZ SULEJA anhand von Józef Piłsudski, dessen Staatsstreich 1926 nicht durch politische Erfahrungen aus dem russischen Teilungsgebiet motiviert worden sei. Die Erfahrungen und den Einfluss der Krakauer Konservativen fokussiert anschließend HANNA KOZIŃSKA-WITT, um innere „Phantomgrenzen“ im vor Beginn des Ersten Weltkriegs quasi autonomen Galizien deutlich zu machen. Auch wenn die Beiträge die wichtigsten Strömungen behandeln, verbleiben sie letztlich auf der obersten staatlichen Ebene. Die Frage, ob bzw. wie sich die „Phantomgrenzen“ auch im regionalen Rahmen auf Parteien und politische Akteure sowie auf die politische Partizipation der

Bevölkerung auswirkten, wird nicht gestellt – gerade dies wäre eine wichtige neue Fragestellung gewesen.

Die dritte Sektion widmet sich mit vier Beiträgen den Grenzgebieten, ohne jedoch wirklich die regionale oder gar die lokale Ebene zu behandeln. Zunächst geht ARMIN MITTER auf die Rolle der sogenannten polnischen Frage für die Beziehungen zwischen den Teilungsmächten vom Ende der 1880er Jahre bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges ein, bildete doch diese einen wichtigen Kitt innerhalb der imperialen Außenpolitiken. Dass trotz der Russifizierungspolitik das polnische Denken deutlich beeinflusst wurde, zeichnet MARTIN MÜLLER-BETZ am Beispiel der Wilnaer Konservativen nach 1918 nach. BENJAMIN CONRAD rückt dagegen die polnischen Westgebiete der Zweiten Republik in den Fokus, indem er deren Repräsentanz im Sejm untersucht. Der Aufsatz von BERNARD LINEK über die alten und neuen kulturellen Eliten im polnischen Oberschlesien schließt die Sektion ab. Alle vier Beiträge verdeutlichen, wie schwierig es war, die multiethnischen Grenzgebiete in einem Staat zusammenzubinden, jedoch wäre es wichtig, die aufgeworfenen Fragen auch hinsichtlich der östlichen Grenzgebiete zu stellen, z. B. hinsichtlich der politischen Partizipationsmöglichkeiten der Ukrainer.

Schließlich hat die vierte Sektion in drei Beiträgen das Verhältnis der Minderheiten zum neuen Staat und deren unterschiedliche Prägungen während der Teilungszeit zum Thema. MARCOS SILBER differenziert zwischen galizischen und polnischen Zionisten und zeigt auf diese Weise, dass die „Phantomgrenzen“ selbst innerhalb des polnischen Judentums spürbar waren. BEATA LAKEBERG und INGO ESER widmen sich dagegen in ihren Beiträgen einerseits dem politischen Leben der Deutschen bzw. der Bildungspolitik der deutschen Minderheitsparteien. Jedoch beschränkte sich die Multiethnizität der Zweiten Republik nicht auf diese Gruppen, sondern umfasste etwa auch Ukrainer, Litauer und Belarussen, so dass der Fokus der Beiträge die Forschungslage sowie das gängige Forschungsinteresse widerspiegelt und suggeriert, dass die „Phantomgrenzen“ nicht für die übrigen Nationalitäten von Bedeutung gewesen seien.

Als Gesamtergebnis der Einzelbeiträge stellen die Herausgeber in ihrer Einleitung fünf, letztlich nicht durchweg innovative Befunde heraus. So seien die Haltungen in den politischen Eliten trotz unterschiedlicher Ausgangserfahrungen anscheinend nicht dauerhaft, sondern bis ca. 1930 durch die Teilungszeit beeinflusst gewesen, weil die jüngere Generation andere Erfahrungen einbringen konnte. Dagegen hätten die gesellschaftlichen Strukturen eine deutlich dauerhaftere prägende Rolle für die politischen Präferenzen der Bevölkerung eingenommen. Auch seien die Differenzen innerhalb der gesellschaftlichen Eliten nachhaltig von den verschiedenen „Phantomgrenzen“ bestimmt worden. Außerdem seien die Teilungsgebietsgrenzen durchaus politisch instrumentalisiert worden. Als letzten Befund halten die Herausgeber fest, dass der die Gesellschaft prägende Gegensatz zwischen Pilsudski-Lager und Nationaldemokratie über alle „Phantomgrenzen“ hinweg spürbar gewesen sei. Diesen

letztlich nicht neuen Befund politischer Fragmentierung interpretieren sie als Erbe des Russländischen Imperiums und dessen schwacher Institutionen.

Insgesamt ist festzuhalten, dass der anzuzeigende Band unter der Perspektive „Phantomgrenzen“ wichtige Strukturen und Entwicklungen neu fokussiert darstellt. Die für die einzelnen Sektionen exemplarisch in dieser Rezension aufgeworfenen Fragen zeigen aber, dass die Beiträge des vorliegenden Werkes zahlreiche wichtige Aspekte nicht erschöpfend abhandeln, da sie eher „klassische“ Themenfelder der obersten staatlichen Hierarchie zum Gegenstand haben. Obwohl die unteren Ebenen der staatlichen und damit gesellschaftlichen Entwicklung in der Einleitung zumindest skizzenhaft dargestellt werden, würden Studien zur regionalen und kommunalen Ebene sicherlich neuere Erkenntnisse über die „Fragmentiertheit“ des polnischen Staates und den Einfluss von „Phantomgrenzen“ hierauf erbringen. Auch fehlt dem Band – etwa in einem kommentierenden abschließenden Beitrag – eine grundlegende Diskussion des Konzepts der „Phantomgrenzen“ und seiner Fruchtbarkeit für die Entwicklung einer „neuen“ Geschichte der Zweiten Republik, wird doch in den Aufsätzen deutlich herausgearbeitet, dass zwar die alten Grenzmarkierungen zwischen den Teilungsgebieten (formal) eingerissen worden waren, dass aber die Grenzen (z. B. in der Entwicklung des Schulsystems oder der kommunalen Selbstverwaltung) weiterhin real spürbar waren. Insofern bejahen die Beiträge durchaus die im Titel gestellte Frage nach einer durch „Phantomgrenzen“ „fragmentierten Republik“.

HEIDI HEIN-KIRCHER  
Marburg/Lahn

### **Exploring Loyalty**

Ed. by Jana Osterkamp and Martin Schulze Wessel. Göttingen:  
Vandenhoeck & Ruprecht, 2017. 240 S., Abb. = Veröffentlichungen des  
Collegium Carolinum, 136. ISBN: 978-3-525-37317-0.

Loyalitäten im Wandel werden in diesem Band aus der Sicht sowohl der Imperiumsforschung, bezogen auf das Russische und das Habsburgerreich sowie die Warschauer-Pakt-Staaten unter sowjetischer Dominanz, als auch der Nationalismusforschung untersucht. Nicht berücksichtigt wird hingegen der Wandel von Loyalitäten im Zuge der sozioökonomischen Teilmodernisierung einer von langer Erbuntertänigkeit geprägten Großregion, in der sich traditionale Dienstverhältnisse und Marktbeziehungen überlagerten.

Ausgangspunkt ist für die Herausgeberin und den Herausgeber die vormoderne persönliche, nur im Singular existierende „Treue“. Sie wird teilweise transformiert in oder abgelöst von Loyalitäten (im Plural) zur Nation, zur Klasse oder – in den sozialistischen Ordnungen – zur Partei (S. 4). Allerdings konserviert absolutistische und imperiale Herrschaft die personale Beziehung zum Monarchen auch im Zeitalter der Formierung moderner Nationen (S. 8 f.).

Letzteres zeigt PETER BUGGE am Fall der tschechischen Nationalbewegung: Der Konstitutionalismus in Österreich ab 1861 räumte vor allem den Deutsch-Österreichern durch die Schaffung eines Zentralparlaments reale Partizipationsrechte ein, infolge dessen sich die Tschechen diskriminiert sahen. Dadurch geriet das tradierte reziproke Verhältnis zwischen einer sich geradezu rituell als loyal zum Kaiser etikettierenden tschechischen Elite und dem nun nicht mehr absoluten Monarchen aus dem Gleichgewicht.

Die vormoderne Treue und ihr Transformationsprozess bis zum 19. Jahrhundert bleiben in diesem Band allerdings diffus. Dadurch kann nicht voll eingelöst werden, was das eindrucksvolle Titelbild, eine Darstellung des Treueids ungarischer Adliger gegenüber Maria Theresia (1741) aus dem Vormärz, verspricht. Auch die Verknüpfung zwischen dem 19. Jahrhundert und der späten Moderne bleibt schwach. Zum Beispiel hätte eine Analyse rückwärtsgewandter, an imaginerter „Treue“ orientierter Loyalitätsanforderungen in Institutionen und Organisationen des 20. Jahrhunderts eine stärkere Integration der Beiträge gewährleisten können. TODD H. WEIRS auf Theoriebildung zu Loyalitäten im Sowjetblock angelegte Skizze nimmt Rückbezüge auf das 19. Jahrhundert jedoch nur sporadisch vor.

Die konzeptionelle Verbindlichkeit ist in diesem Buch also eher gering. Das läuft stellenweise auf eine Wiederholung von Bekanntem hinaus, das sich an die Frage nach konkurrierenden Loyalitäten anbinden lässt. Dies gilt etwa für ALEXEI MILLERS Beitrag, der wichtige, aber nicht neue Erkenntnisse zu den disparaten Referenzgrößen nationaler Selbstdefinition der Ukrainer im Zarenreich und in der Habsburgermonarchie und deren Nachwirkungen zusammenfasst. Der Band enthält aber auch innovative, mindestens jedoch experimentelle Beiträge.

MIKHAIL DOLBILOV untersucht für die Zeit vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis in die 1870er Jahre die Repräsentation „wahrer“, sprich: gefühlter Loyalität zum Zaren, zum Reich und zur russischen Nation, und zwar in Werken von Dichtern und Publizisten sowie in Äußerungen sowohl der Herrscher selbst als auch aus ihrer Umgebung. Dabei macht er die Bedeutung der Formel „in der Seele russisch“ für die Profilierung eines extremen, exkludierenden russischen Nationalismus deutlich. Problematisch ist, dass der Autor die Einforderung emotionalen Engagements von denen, die dem Herrscher Loyalität schuldeten, zwar bei Peter dem Großen ansetzt, zur Entwicklung bis zum Ende des 18. Jahrhunderts aber schweigt. So entgeht ihm in seinem Exkurs in die Religionsgeschichte, dass die ideologische Konstruktion und



institutionelle Gestaltung „wahrer“ (sprich: aufgeklärter), auch nichtchristlicher Religiosität als Garant für Loyalität zum Herrscher bzw. zur Herrscherin und zum Staat nicht erst im 19. Jahrhundert erfunden wurden. (Vgl. dazu wenige Seiten weiter FRANZISKA DAVIES' Bezugnahme auf den gut bekannten „Staatsislam“ unter Katharina II. der Großen.) Gelegentlich weicht Dolbilov zugunsten eigener Einschätzungen „echter“ Emotionalität und Nüchternheit von der Diskursanalyse ab. So sieht er einen Widerspruch zwischen regulärem Staat und Emotion (S. 39), der für die Zeitgenossen vielleicht gar nicht bestand.

Ähnlich erweckt MARTINA NIEDHAMMER in ihrer Analyse zweier wertvoller Zeugnisse zur Haltung von Prager Juden gegenüber dem habsburgischen Kaiser in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts bisweilen den Eindruck, als könne sie anhand zweier komplementärer Quellen aus dem Gezeigten das Gefühlte ableiten und den Beweis für tatsächlich subjektiv empfundene und damit objektiv „wahre“ Loyalität erbringen. Dieser wäre aber auch einer breiteren Quellenbasis nur schwer abzurufen.

Der Band ist naturgemäß dort am besten, wo die Autoren und Autorinnen auf sicherer Quellengrundlage ein klar umrissenes Sozium, bestimmte Institutionen oder deutlich definierte soziale Praktiken untersuchen. Auf FRANZISKA DAVIES' Aufsatz über die Krimtataren und die Militärreform von 1874 in Russland trifft das zu. Dieser Beitrag gibt Einblick in die Versuche zur Etablierung einer Staatsbürgerschaft unter den Bedingungen eines autokratisch regierten Vielvölkerreiches, ist aber auch militärgeschichtlich von Interesse. Mit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht betrieb die Regierung neben der Effizienzsteigerung der Armee auch die Integration der Untertanen in den Staatsverband und ihre – begrenzte! – Transformation zu Staatsbürgern. Die Krimtataren stellten dabei angesichts der langjährigen Abwanderung aus ihren Reihen ins Osmanische Reich eine besondere Herausforderung dar. Über Jahrzehnte hatte die zarische Obrigkeit in der Absicht, die Krim zu christianisieren, die Emigration der Muslime durchaus begrüßt. Seit den 1860er Jahren manifestierten sich jedoch in Rechtssetzung und Politik des Zarenreiches Ansätze eines von konfessionell geprägten Vorstellungen unabhängigen Verständnisses vom Staatsbürgertum, das zu einer negativen Bewertung dieser Abwanderung führte. Folgerichtig wurde der Versuch unternommen, die Krimtataren, wie auch andere Muslime, über die Einbeziehung in die allgemeine Wehrpflicht zu loyalen Staatsbürgern zu machen. Der Widerstand der Betroffenen dagegen sollte mit der Einrichtung einer eigenen krimtatarischen Schwadron und der Rücksichtnahme auf die religiösen Belange der Rekruten aufgeweicht werden. Hier wiederholt sich das bei den Reformen Alexanders II. zu beobachtende Muster der gezielten Separation und der Herstellung institutioneller Diversität zur Abfederung der Modernisierungsmaßnahmen. Die krimtatarische Schwadron war weniger dauerhaft als beispielsweise die separate Bauernjustiz oder die gesonderten Gerichte für Muslime im späten Zarenreich, politisch aber ebenso zweischneidig. Davies präsentiert auch Narrative über die Beteiligung von Tataren am Krieg gegen Napoleon. Es wäre

interessant, deren Kompatibilität mit der Meistererzählung vom „Volkskrieg“ gegen den „Antichristen“ zu vermessen.

Mit Militärangehörigen als einer Gruppe, an die höchste staatliche Loyalitätsanforderungen gestellt werden, beschäftigt sich JENS BOYSEN in seinem Beitrag über Offiziere im sozialistischen Polen und der DDR. Die Frage nach der Loyalität der Soldaten und Offiziere stellte sich hier im besonderen Maße, weil der sozialistische Staat unter Verzicht auf Gewaltenteilung Einfluss und Zuständigkeit des Militärs wuchern ließ. Vertreter der militärischen Eliten Polens und der DDR gehörten gleichermaßen den Führungsgremien von Seestreitkräften und Luftverteidigung des Warschauer Pakts an. Beide Eliten unterstanden sowjetischer Dominanz. Ähnlichkeiten zwischen der polnischen Armee und der NVA bis in die Formeln zur Vereidigung von Rekruten standen jedoch diametral gegenläufige historische Erfahrungen bzw. deren Konstrukte – z. B. die selektive Rezeption preußischer militärischer Tradition in der DDR – gegenüber. Boysen erklärt schlüssig die Hyperloyalität der DDR-Elite, die auf der Suche nach Vereinbarkeit der eigenen Legitimation mit den historischen Narrativen der Partner im Warschauer Pakt und insbesondere der Sowjetführung über den Zweiten Weltkrieg transnationale Klassenloyalität konsequent umzusetzen bestrebt war. Für die Polen hingegen blieb die Nation die dominierende Referenz – ein Gegensatz, der bis heute nachwirkt.

MARK CORNWALL zeichnet am Beispiel Kroatiens in den Jahren 1908–1910 den Weg von einem sich verdichtenden Verratsdiskurs in der Öffentlichkeit zu einem Verratsprozess nach, der letztlich auch der Weg in den Ersten Weltkrieg war. Im öffentlichen Raum rivalisierten in Kroatien drei politische Gruppen, von denen eine für die Loyalität Kroatiens zu Ungarn stand, eine weitere für die exklusive Loyalität zur kroatischen Nation, welche das Ende der ungarischen Präsenz verlangte und zudem jede Übereinkunft mit den Serben ausschloss, während die dritte gerade für eine kroatisch-serbische Allianz stand. Die Regionalregierung war den extremen Gegensätzen nicht gewachsen. Der königliche Statthalter (*ban*) versuchte, Loyalitätsbekundungen der kroatischen Bevölkerung einzuholen, die dann aber mehrdeutig ausfielen, so dass er nicht imstande war, sie zu interpretieren. Von der Eskalation der öffentlichen Diffamierung vermeintlicher Verräter, welche die Befürworter einer kroatisch-serbischen Allianz traf, ließ er sich einerseits treiben. Andererseits heizte er diese Eskalation selbst an und entsprach damit dem Wunsch Wiens, die Annexion Bosniens und der Herzegowina zu rechtfertigen. Kritische Stimmen geißelten den Verratsprozess gegen kroatische Serben, zu dem es schließlich kam, als Gipfel einer neuen Dreyfus-Affäre. Das Verfahren wurde jedoch vom österreichischen Rechtsstaat durchkreuzt: Wegen gefälschter Beweise wurde der Schuldspruch aufgehoben. Zu denken gibt allerdings Cornwalls Beobachtung, dass in diesem Prozess auch einer der späteren Beteiligten am Attentat von Sarajevo vor Gericht stand – Weitsicht seiner Feinde oder Beweis für die

radikalisierende Wirkung, die solche Verfahren dort entfalten, wo sie nicht (mehr) einzuschüchtern vermögen?

HELÉNA TÓTH begibt sich in ihrer Langzeitstudie auf die in diesem Band sonst kaum erreichte Ebene der „interaction between ordinary people and regime“ (S. 201). Im ersten Teil befasst sie sich mit dem Wechsel von Nachnamen in Ungarn von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs, im zweiten Teil mit dem Ritual der Verleihung des Vornamens an Neugeborene. Dies ist etwas inkonsequent: Das erste Thema passt nicht in die beabsichtigte Analyse von Übergangsriten, beim zweiten verzichtet die Autorin auf die Analyse der verliehenen Namen selbst, die ohne aufwändige Datenerfassung auch kaum möglich wäre. Tóths Argument, das Ritual der Namensgebung sei im Zeichen der Konkurrenz zwischen sozialistischem Regime und Kirche zu einem vorrangigen Indikator für Loyalität geworden (S. 181), ist aber akzeptabel. Tóth zieht in ihrem Beitrag auch die Statistik heran. Diese untersucht sie nicht nur als historische Quelle zur Verbreitung der hier interessierenden Namensgebungspraktiken, sondern auch in ihrer Funktion als Informationsquelle der sozialistischen Regierung und als Manifestation zählebiger Konkurrenz von Weltanschauungen. Der dominierende Bezugspunkt für politische Loyalität war zu Beginn des Untersuchungszeitraums, so Tóth, die ungarische Nation, das entscheidende Kennzeichen der Zugehörigkeit dazu waren die Sprache und entsprechend auch der ungarische Nachname. Die Autorin untersucht, in welchem Maße und mit welchen Begründungen Personen ihre Nachnamen ändern ließen, und stellt fest, dass noch nach dem Zweiten Weltkrieg „nationale Gefühle“ der meistgenannte Grund waren. Das Prozedere der Namensänderung wandelte sich indessen: Konnten Juden zu Beginn des Untersuchungszeitraums relativ leicht einen ungarischen Nachnamen annehmen, so wurde dies auch für getaufte Juden mit dem sich ausbreitenden Rassismus in den 1930er Jahren extrem erschwert. Unter der kommunistischen Regierung trat an die Stelle der Nation als Bezugspunkt für Loyalität die Klasse. „Klassenloyalität“ spiegelte sich in der Bereitschaft der Bevölkerung, die Namensgebung von Kindern statt mit einer Tauffeier mit einem neuen, sozialistischen Ritual zu begehen. Die Botschaft, welche die Statistik den kommunistischen Machthabern zutrug, war jedoch wenig befriedigend: Noch Mitte der 1980er Jahre erfreute sich das nun längst nicht mehr neue Namensgebungsritual deutlich geringerer Beliebtheit als die Taufe. In dem insgesamt ungleichgewichtigen Band ist dies einer von mehreren sehr anregenden Beiträgen.

ANGELA RUSTEMEYER

Köln

**Posle Stalina. Pozdnesovetskaja sub'ektivnost' (1953–1985). Sbornik statej**

[Nach Stalin. Die spätsowjetische Subjektivität (1953–1985).

Aufsatzsammlung]

Pod red. Anatolija A. Pinskogo. S.-Peterburg, Moskva: Izdat. Evropejskogo universiteta, 2018. 453 S., Abb. ISBN: 978-5-94380-242-3.

Der russischsprachige Sammelband ist Ergebnis einer internationalen und interdisziplinären Konferenz „Nach Stalin: Spätsowjetische Persönlichkeit (1953–1985)“, die im April 2014 an der Europäischen Universität in St. Petersburg stattgefunden hat. An der Konferenz nahmen über 30 Geschichts-, Kunst-, Literatur-, Sprach-, Sozial- und Politikwissenschaftler und -wissenschaftlerinnen teil, darunter auch Igal Halfin und Jochen Hellbeck, die die Erforschung der sowjetischen Subjektivität vor zwei Jahrzehnten angestoßen und bis heute maßgeblich geprägt haben.

Der Sammelband wurde von einem der Organisatoren und Teilnehmer der Konferenz, Anatoli Pinsky, herausgegeben, der an der Europäischen Universität lehrt und über die Geistes- und Kulturgeschichte des Zarenreiches, der UdSSR und Westeuropas forscht. Das Buch erschien in einem dramatischen Augenblick, als einer der besten Universitäten Russlands unter dem Druck des Staates das Recht auf universitäre Lehre vorübergehend verloren hat. Die unbeugsame Bereitschaft der Lehrenden und Forschenden der Universität, für ihre Rechte zu kämpfen, fand in der Widmung des Sammelbandes „An die Studenten der Europäischen Universität“ ihren Niederschlag.

Der Sammelband fragt erstens nach dem Schicksal des sowjetischen Projekts der Erschaffung eines „neuen Menschen“ nach Stalins Tod und zweitens nach dem Potenzial des Konzepts „Subjektivität“ für eine effiziente Beantwortung der ersten Frage. Die erste Antwort der Autoren des Sammelbandes darf man vereinfachend mit einem Paradoxon beantworten: Der sowjetische Staat hat sich nach Stalins Tod dank Abschwächung der Repression durch die politische Polizei und dank Einschränkung des Terrors stabilisiert, was den Sowjetmenschen – trotz des stärkeren Drucks des Parteistaates – potenziell verhalf, autonomer und schöpferischer zu werden. Der Grund dafür war die Intention des Staates, den Terror durch neue Formen der Kontrolle zu ersetzen. Dies förderte für eine bestimmte Zeit unter anderem das Neue und Experimentierfreudige, das Unvollendete und Nichteindeutige, das Nichterstarrte und Fragmentierte, das Jugendliche und Nichtautoritäre, das Nichtprofessionelle und Nichtoffizielle, das Periphere und Kleinformatige in verschiedenen Bereichen des sowjetischen Alltags und der russischen Kultur.

Laut der zweiten zentralen These des Bandes erlaubt die analytische Kategorie *subjectivity*, komplexe, aber adäquate Kenntnisse über die Sowjetmenschen der Epoche nach Stalin zu gewinnen. Dabei wird von drei in den aktuellen Studien (und im

Sammelband) vorhandenen und sich überlappenden Konzepten der Subjektivität ausgegangen. Es geht erstens um die Einwirkungen der staatlichen Diskurse und Praktiken auf die Formierung der Identität der historischen Akteure, zweitens um ihr Subjektsein (*subjecthood*) und Möglichkeit, autonom zu denken und zu agieren, drittens um ihre Weltanschauung und moralische Haltung.

Der Sammelband besteht aus dem Vorwort des Herausgebers (S. 9–37) sowie den zwei Teilen zugeordneten 11 Beiträgen der Experten und Expertinnen für Geschichte, Kunstgeschichte, Philosophie, Soziologie und Literaturwissenschaft aus Belgien, England, Frankreich, Kanada, Russland und USA. Zeitliche und räumliche Schwerpunkte der Aufsätze spiegeln den aktuellen Forschungsstand wider: Sie sind vorwiegend den russischen gebildeten Stadtbewohnern der Epoche Chruščëvs gewidmet.

Die Beiträge des ersten Teils des Sammelbandes thematisieren – der Konzeption des Herausgebers zufolge – einige makrogeschichtlich geschilderte Diskurse und Praktiken des Parteistaates, die große Verbreitung fanden. Der Teil setzt ein mit dem Aufsatz von CYNTHIA HOOPER (College of the Holy Cross, Worcester; Davis Center for Russian and Eurasian Studies, Harvard University, Cambridge, MA) (S. 39–74), in dem sie sowjetische fiktionale Literatur und Spielfilme der 1960er bis 1980er Jahre analysiert, in denen die sowjetische Persönlichkeit konstruiert wird. Der nachstalinistische Sowjetmensch, so Hooper, durfte jetzt, im Unterschied zur Stalinzeit, selbstständig nach Glück suchen, Entscheidungen treffen und dabei Fehler machen. Der Aufsatz von MARIA MAIOFIS (Schule der Kulturwissenschaften der Moskauer Hochschule für Wirtschaft, Moskau; Schule der aktuellen geisteswissenschaftlichen Forschung an der Russischen Akademie der Volkswirtschaft und des Staatsdienstes, Moskau) thematisiert die Entwicklung der Chorkunstschulen für Kinder in den 1950er bis 1980er Jahren in der UdSSR (S. 75–107). Ihrer Meinung nach mussten sie einen neuen Typ des sowjetischen Subjektes erziehen, das Selbstdisziplinierung und Verantwortung mit ästhetischer Ausbildung und der Verbundenheit mit der russischen Kultur des 19. Jahrhunderts verband. MICHAÏL ROZHANSKY (Zentrum der unabhängigen sozialen Forschungen, Irkutsk) arbeitet in seinem Aufsatz (S. 108–144) die hervorragende Rolle Sibiriens in Spielfilmen des Jahres 1959 und in schriftlichen und mündlichen Erinnerungen von Personen heraus, die an der Realisierung poststalinistischer „Großbauten“ beteiligt waren. In seiner Interpretation wurde die östliche Peripherie Russlands nach Stalin zum geografischen Symbol einer unbestimmten Situation, in der ein sowjetischer Idealist nach dem richtigen Weg, nach Glück, Authentizität und der Kombination von Aufrichtigkeit und sozialer Nützlichkeit sucht – und das Gesuchte ab und zu auch findet. ANATOLI PINSKY (Europäische Universität, St. Petersburg) erforscht die große Verbreitung von Tagebüchern und dokumentarischen Skizzen als Literaturformen in Chruščëvs „Taufwetter“ (S. 145–178). Er deutet die große Popularität dieses Genres als Widerspiegelung der neuen sowjetischen Subjektivität, die nach Authentizität und Offenheit suchte und nach Orientierung strebte. Der Beitrag von ILJA

KUKULIN (Schule der Kulturwissenschaften der Moskauer Hochschule für Wirtschaft, Moskau; Schule der aktuellen geisteswissenschaftlichen Forschung an der Russischen Akademie der Volkswirtschaft und des Staatsdienstes, Moskau) schildert Versuche der „Tauwetter“-Literatur, Sowjetbürger auf den nach Stalins Tod verbreiteten Auslandsreisen als harmonische und universale neue sowjetische Subjekte zu konstruieren (S. 179–218). Diese Versuche blieben, so Kukulin, im Großen und Ganzen erfolglos, weil sie am Widerspruch zwischen den neuen Tendenzen der Offenheit und der stalinistischen Tradition der Xenophobie scheiterten. Teil I des Sammelbandes schließt der Beitrag von ALEXEI GOLUBEV (University of Houston, Houston, TX) ab. Hier wird gezeigt, wie der Blick des westlichen Beobachters auf die Sowjetunion in sowjetischen Diskursen zum einen in den 1920er und 1930er Jahren und zum anderen in den 1950er und 1960er Jahren konstruiert wurde (S. 219–253). Dieser Blick als Form der sowjetischen Repräsentation nach außen wirkte sich auf die sowjetische Gesellschaft stärker aus als auf die Außenwelt – so die Schlussfolgerung des Autors.

In Teil II des Sammelbandes sind die Beiträge zusammengefasst, die dem Mikroniveau der parteipolitischen Diskurse und Praktiken gewidmet sind, die im Vergleich zu den in Teil I geschilderten Diskursen weniger verbreitet blieben. OLEG LEIBOVICH (Staatliche Hochschule für Kunst und Kultur, Perm?) beleuchtet die Unbestimmtheit und Fassungslosigkeit in den Straflagern im Gebiet Molotov (Perm?) nach Stalins Tod (S. 255–282). In dieser Situation, so Leibovich, entwickelten einzelne Offiziere des Wachpersonals dieser Straflager Elemente eines neuen Selbstbewusstseins. Im Beitrag DARIA BOCHARNIKOVAS (Katholische Universität Leuven, Belgien) wird das von einer Gruppe junger sowjetischer Architekten Mitte der 1960er Jahre vorgeschlagene experimentelle Projekt der „neuen Siedlungen“ thematisiert (S. 283–312). Die Autorin interpretiert es sowohl als eine räumliche Widerspiegelung als auch als Produktionsstätte der neuen sowjetischen Subjektivität. BELLA OSROMOUKHOVA (Universität Paris-Sorbonne) untersucht in ihrem Aufsatz die in den 1950er bis 1970er Jahren sehr populären (vorwiegend Moskauer) studentischen Amateurtheater (S. 313–351). Sie analysiert, wie ihre Teilnehmer und Teilnehmerinnen die von der sowjetischen Gesellschaft und von der Theatertruppe angebotenen Elemente der Persönlichkeit und Modelle des Auftretens wahrnahmen, selektierten, internalisierten oder zurückwiesen. SUSAN REID (Loughborough University, London) widmet ihren Aufsatz der Gestaltung des Interieurs der neuen Einfamilien-Wohnungen durch ihre Einwohner (S. 352–397) in der Zeit Chrusčëvs. Sie interessiert, welche Einwirkungen auf die Gestaltung der privaten Räume der vom Staat propagierte Neue Stil hatte. Im letzten Beitrag des Sammelbandes interpretiert BENJAMIN NATHANS (University of Pennsylvania, Philadelphia, PA) die Popularität der Niederschrift von Memoiren unter den sowjetischen Dissidenten als Verkörperung und Instrument deren Suche nach eigener Identität und Stimme (S. 398–443).

Die Aufsätze des Sammelbandes enthalten viele wichtige Beobachtungen. In einzelnen Fällen scheint aber der Wunsch, die Originalität des Projektes eines neuen sowjetischen Menschen nach Stalin zu beweisen, zu stark. So betont Maria Maiofis die Einmaligkeit des in den Chorkunstschulen für Kinder seit den späten 1950er Jahren realisierten Modells der „disziplinierten emotionalen Solidarität“ (S. 75), obwohl die experimentellen Amateurtheater der 1920er Jahre und das System der stalinistischen Amateurkunst seit der Mitte der 1930er Jahre deutliche Züge des hier vorgestellten Modells aufwiesen. Maiofis selbst bestätigt dies impliziert, als sie die Herkunft und die Vorläufer der von ihr untersuchten Chorkunstschulen für Kinder erwähnt (S. 84, 88, 91, 93, 95, 99). Es wäre interessant, auch die anderen Phänomene der nachstalinischen Sowjetunion in größere Kontexte einzuordnen und im Hinblick auf eventuell länger zurückreichende Traditionen zu betrachten. Dies gilt beispielsweise für Reisetagebücher sowjetischer Literaten oder für die Frage, welche Rolle westliche Beobachter während des „Tauwetters“ in der russischen Selbstwahrnehmung vor dem Hintergrund der entsprechenden Tradition in der russischen Literatur des 19. Jahrhunderts spielten.

Dem Sammelband ist eine siebenseitige Literaturliste der in den letzten Jahren regelrecht explodierten Forschungsarbeiten über die sowjetische Subjektivität beigelegt, die vor allem für Studierende bestimmt ist. Russische Veröffentlichungen stellen dabei knapp ein Fünftel der verzeichneten Titel und sind meistens Übersetzungen aus dem Englischen. Das spiegelt den Stand der Forschung wider. In Russland ist das Interesse an der sowjetischen Subjektivität eher marginal geblieben, wobei die Europäische Universität in St. Petersburg eine der wenigen russischen Hochburgen dieses Arbeitsfeldes bildet. Skeptische Einstellungen dieser Forschungsrichtung gegenüber wurzeln sicherlich nicht nur darin, dass das Wort Subjektivität (*sub'ektivnost'*) auf Russisch die Konnotationen Parteilichkeit und Unwissenschaftlichkeit hat (S. 11) oder die Forschungskultur der russischen Historiker von „methodologischer Sorglosigkeit“ gekennzeichnet ist (S. 259). Die Unschärfe des Begriffes, der unterschiedlich verstanden wird und dessen Inhalt jedes Mal eine Präzisierung braucht, lässt Raum für ein bestimmtes Misstrauen in der Historikerzunft. Der Sammelband ist an sich auch ein Beispiel dieser begrifflichen Unschärfe. Nur wenige seiner Autoren und Autorinnen benutzen den Begriff „Subjektivität“ im poststrukturalistischen Sinn, dem zufolge Menschen gemäß der Foucault'schen Diskursanalyse als Hervorbringungen von Diskursen interpretiert werden (Pinsky, Golubev, Bocharnikova, Reid). Die anderen Beiträge und Beitragenden des Sammelbandes gehen von dem überaus breiten Verständnis der Subjektivität als einer moralischen und emotionalen Einstellung aus (Hooper, Maiofis, Kukulín, Ostromoukhova). Die Akzeptanz der kantianischen Vorstellung vom einheitlichen Subjekt kennzeichnet auch einige Beiträge des Sammelbandes (Rozhansky, Leibovich, Nathans). Auf diesem Hintergrund kann die Frage durchaus legitim sein, ob der neue Begriff mehr für das bessere Verständnis der

sowjetischen Menschen zu leisten vermag, als dies die Begriffe „subjektive Realität“, „Lebenswelt“ oder „Habitus“ bisher schon konnten.

Eines der wichtigen Anliegen mehrerer Autoren und Autorinnen des Sammelbandes ist es, neue Quellen für die Erforschung der sowjetischen Subjektivität vorzuschlagen. Neben Tagebüchern und Memoiren werden in einzelnen Beiträgen des Bandes auch Filme (Hooper, Rozhansky), Akten von Straflagern (Leibovich) und Architekturprojekte (Bocharnikova, Reid) analysiert, wie dies übrigens ganz ähnlich auch schon in den 1970er bis 1990er Jahren die Erforscher der Selbstzeugnisse gemacht haben. Ein wichtiger Verdienst der Autoren und Autorinnen des Bandes stellen mehrere erfolgreiche Versuche dar, die Wichtigkeit nicht nur des vertikalen Drucks seitens des Parteistaates, sondern auch die Bedeutung der horizontalen Einwirkungen durch Kollegen, den Freundeskreis, die Familie und die Nachbarschaft für die Ausbildung und Stabilisierung der brüchigen sowjetischen Identitäten zu beweisen. In diesem Zusammenhang waren die Entwicklungen der – wie auch immer verstandenen – Subjektivität in der Sowjetunion und im „Westen“ gar nicht so unterschiedlich, wie man immer noch oft denkt. Der Sammelband ist für alle empfehlenswert, die sich für die Kulturgeschichte der späten Sowjetunion interessieren oder sich eine Vorstellung von den Schwierigkeiten ihrer Erforschung bilden möchten.

IGOR' NARSKIJ  
Čeljabinsk/Oldenburg

### **Konec épochi. SSSR i revoljucii v stranach Vostočnoj Evropy v 1989–1991 gg. Dokumenty**

[Das Ende einer Epoche. Die UdSSR und die Revolutionen in den Ländern Osteuropas in den Jahren 1989–1991. Dokumente]

Otv. sost. Michail Ju. Prozumenščikov. Sost. I. V. Kazarina, T. M. Kuz'mičeva i Peter Ruggenthaler. Red. koll. S. Karner, E. I. Pivovarov, N. G. Tomilina i A. O. Čubar'jan. Moskva: Rosspën, 2015. 951 S.  
ISBN: 978-5-8243-1996-5.

Der auf Beständen aus dem Russischen Staatsarchiv für Neueste Geschichte (Rossijskij gosudarstvennyj archiv novejšej istorii, RGANI) beruhende Band ergänzt die beiden in deutscher Übersetzung erschienenen Dokumentationen zu den revolutionären Vorgängen des Jahres 1989/90 in Osteuropa (Stefan Karner / Mark Kramer / Peter Ruggenthaler / Manfred Wilke [u. a.] [Hrsg.]: *Der Kreml und die Wende 1989. Interne Analysen der sowjetischen Führung zum Fall der kommunistischen Regime. Dokumente*. Innsbruck



2014; Stefan Karner / Mark Kramer / Peter Ruggenthaler / Manfred Wilke [u. a.] [Hrsg.]: *Der Krenl und die deutsche Wiedervereinigung 1990. Interne sowjetische Analysen*. Berlin 2015.). Diese veränderten nicht nur dort die politischen Verhältnisse von Grund auf, sondern zogen auch die Vereinigung Deutschlands, das Ende des Kalten Krieges sowie die Auflösung zuerst des Warschauer Pakts und dann auch der UdSSR nach sich. Der russische Band enthält fast durchweg andere Dokumente und setzt einen anderen Themenschwerpunkt, indem er sich primär den Innenbeziehungen des östlichen Bündnisses zuwendet, weswegen er wie folgt gegliedert ist: „1. Sozialistisches Lager“ (Beratungen im Warschauer Pakt, im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe [RGW] und in multilateralen Parteigremien), „2. Polen“, „3. DDR“, „4. Ungarn“, „5. Tschechoslowakei“, „6. Bulgarien“, „7. Rumänien“, „8. Jugoslawien“. Insgesamt handelt es sich um eine – hervorragend edierte und mit allen nötigen Angaben, Erläuterungen und Verzeichnissen versehene – Sammlung wichtiger Dokumente über die Entwicklung des Ostblocks in den letzten Jahren seines Bestehens.

Es werden auch einige Vorgänge vor 1989 berücksichtigt, so die Ost-Berliner Tagung des Warschauer Pakts Ende Mai 1987, auf der erstmals der grundlegende Konflikt offen zutage trat zwischen Gorbatschows neuer kooperationswilliger Westpolitik und dem Beharren vor allem der Führer Rumäniens und der DDR auf dem ideologischen Konzept unbedingter Feindschaft. Das war eine entscheidende Zäsur: Politische Veränderungen, die den östlichen Staaten aus der Krise helfen sollten, stießen bei denjenigen Parteichefs auf Ablehnung, die wähten, die Verhältnisse mit den alten Repressionsmethoden fest unter Kontrolle zu haben. Damit ergab sich unter den Warschauer-Pakt-Staaten ein Dissens, der die Grundlage des Bündnisses, das einheitliche Bekenntnis zum kommunistischen System, in Frage stellte.

Im RGW hatte es schon geknirscht, bevor Gorbatschow 1985 im Krenl an die Macht kam und sein Bestreben darauf richtete, den wirtschaftlich und technisch immer weiter hinter den westlichen Ländern hinterherhinkenden sozialistischen Staaten durch Reformen auf die Beine zu helfen. Sein Ziel war, die Stärke des Westens – die ökonomische Produktivität und die technische Innovationskraft – mit der Stärke des sozialistischen Systems zu verbinden, die es der Führung erlaubte, alle Ressourcen nach ihrem Willen einzusetzen. Die Konzentration auf staatliche Prioritäten würde, so meinte er, dem Sozialismus eine strukturelle Überlegenheit über den Kapitalismus mit seinen zahllosen Entscheidungsträgern verschaffen. Das Konzept scheiterte jedoch: Je länger, desto mehr gerieten die UdSSR und die anderen RGW-Länder infolge sinkender Produktion noch weiter ins Hintertreffen; ihre Versorgungsnöte mehrten sich; unter dem Druck des fortgesetzten Mangels nahmen ihre Konflikte zu. Der RGW wurde zusehends zu einer leeren Hülse, auf welche die Beteiligten keinen Wert mehr legten.

Erfolg hatte dagegen die sicherheitspolitische Kehrtwende. Gorbatschow gelang es, das seit 1945 verfolgte und Anfang der 1960er Jahre erreichte Ziel, dass die UdSSR im Fall eines militärischen Konflikts in Europa nicht wieder wie im Zweiten Weltkrieg einer

massiven Zerstörung ausgesetzt sein dürfe, mittels des INF-Vertrags mit den USA im Dezember 1987 dadurch abzusichern, dass er für den Verzicht auf die schon eingeleitete Nachrüstung der NATO die Bedrohung Westeuropas durch die SS 20 beendete. Im Zusammenhang damit gab das atlantische Bündnis auch die – im Kreml gefürchtete – Option des nuklearen Ersteinsatzes auf. Dies erschien deswegen akzeptabel, weil Gorbatschow zuvor von der früher beanspruchten Fähigkeit zur raumgreifenden konventionell-militärischen Offensive auf dem europäischen Schauplatz abgerückt war. All das lief auf eine Stabilisierung der sowjetischen Sicherheit und eine Minderung der ökonomischen Überlastung hinaus, die mit der bisherigen Hochrüstung der UdSSR verbunden gewesen war.

Gorbatschow konnte diese Früchte der *perestrojka* nicht lange genießen, weil – neben dem fortgesetzten Abwärtstrend der sowjetischen Wirtschaft – die Revolution in Osteuropa zur Krise des Imperiums führte. Der Anstoß dazu ging von ihm selbst aus. Nicht nur angesichts des Widerstands, den Honecker, Ceaușescu und andere seinem Kurs entgegensezten, sondern auch um zu verhindern, dass seine heimischen Opponenten durch mit ihnen sympathisierende Regimes in weiteren Warschauer-Pakt-Staaten gestärkt wurden, unterstützte er, als in Polen und Ungarn innere Konflikte ausbrachen, die veränderungswilligen Kräfte auch dann, wenn sie statt einer sozialistischen Reform eine volle demokratische Umgestaltung anstrebten. Im Falle des SED-Chefs dagegen war er peinlich bemüht, jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten des verbündeten Landes zu vermeiden. Das Ergebnis war, dass Ende 1989 nicht nur Polen und Ungarn zur Staats- und Gesellschaftsordnung des Westens konvertiert waren, sondern sich auch die kommunistische Herrschaft in den anderen verbündeten Ländern auflöste. Damit war überall die Systemgrundlage entfallen, welche die Gemeinsamkeit mit der UdSSR geschaffen und damit die Begründung für den Warschauer Pakt und den RGW geliefert hatte. Besonders wichtig war, dass der Zusammenbruch auch die DDR erfasste. Ihr finanzieller Bankrott, ihr wirtschaftliches Desaster und die Öffnung der Berliner Mauer destabilisierten ihre inneren Verhältnisse. Ihr Schicksal lag in der Hand der Bundesrepublik.

Gorbatschow verfügte weder über die materiellen Mittel, die eine Alternative zur Vereinigung Deutschlands ermöglicht hätten, noch wollte er auf das Zusammengehen mit dem Westen verzichten, das er seiner Sicherheitspolitik zugrunde gelegt hatte und von dem er ökonomisch immer mehr abhing. Daher musste er widerstrebend nachgeben, als Bundeskanzler Kohl mit nachdrücklicher Unterstützung von US-Präsident Bush auf Wiederherstellung der deutschen Einheit drang. Damit war letztlich das Ende des „äußeren Imperiums“ der UdSSR besiegelt: Der Warschauer Pakt konnte, nachdem seine Mitglieder nicht mehr durch das gemeinsame System miteinander verbunden waren, die DDR als geostrategische Klammer nicht entbehren, die vor allem das notorisch widerspenstige Polen im östlichen Bündnis hielt. Nachdem Gorbatschow die Vereinigung der DDR mit der Bundesrepublik akzeptiert hatte, forderten die

westlichen Regierungen, das künftige Gesamtdeutschland müsse der NATO angehören. Aus ihrer Sicht war das unerlässlich, denn nur so lasse sich verhindern, dass diese wichtige Macht in der Mitte Europas zu einem Herd permanenter Unruhe werde. Wohin das führen könne, habe sich in der Zwischenkriegszeit gezeigt. Gorbatschow scheiterte mit dem Versuch, seine Partner im Westen davon zu überzeugen, dass man statt der beiden gegeneinander gerichteten Militärblöcke ein gemeinsames System kollektiver Sicherheit schaffen solle. Wieder hatte er nichts in der Hand, was er für seine Sache in die Waagschale hätte legen können – und so blieb ihm kaum etwas anderes übrig, als auch die NATO-Mitgliedschaft des vereinigten Deutschlands zu akzeptieren.

Währenddessen rückten die Verbündeten der UdSSR zusehends von den Verpflichtungen ab, die ihnen auferlegt worden waren. Während Polen zunächst noch ein Druckmittel behalten wollte, um die Deutschen zur abschließenden Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze nötigen zu können, drangen die beiden anderen Stationierungsstaaten, die Tschechoslowakei und Ungarn, auf einen möglichst baldigen Abzug der sowjetischen Truppen – ein Verlangen, dem sich Gorbatschow nicht verweigern konnte und wollte. Der Wille zur Lösung der Bindungen kam weiter darin zum Ausdruck, dass die – bis dahin selbstverständlich für alle Verbündeten verpflichtende – sowjetische Militärdoktrin nicht länger akzeptiert und mehrfach durch eigene Konzepte ersetzt wurde, die sich sogar gegen andere Paktmitglieder richten konnten. Faktisch bestand daher das östliche Bündnis schon nicht mehr, bevor es Mitte 1991 offiziell aufgelöst wurde.

GERHARD WETTIG

Kommen

### **The Europeanized Elite in Russia, 1762–1825. Public Role and Subjective Self**

Ed. by Andreas Schönle, Andrei Zorin, and Alexei Evstratov. DeKalb, IL: Northern Illinois University Press, 2016. XI, 371 S., 10 Abb. ISBN: 978-0-87580-747-8.

Die Europäisierung der Elite des Russischen Reiches zwischen dem Manifest Peters III., das den Adel 1762 vom Zwang zum Staatsdienst befreite, und dem Aufstand der Dekabristen sei keinem Skript gefolgt (S. 320). Dieses Fazit der Herausgeber überrascht zwar nicht, doch ist der soziale und kulturelle Wandel, den der russische Adel durch die Europäisierung erlebte, noch nie so aspektreich und so anschaulich dargestellt worden wie in den Beiträgen dieses Bandes, der sich damit als eine anregende Grundlage für den

akademischen Unterricht und erst recht als Ausgangspunkt für weitere Forschungen empfiehlt.

Schnelle Antworten sind dem Buch hingegen nicht zu entnehmen, und selbstverständlich kann nicht jede der Fragestellungen und der Einsichten neu sein. Unter den einflussreichen Interpretationen der sich europäisierenden russischen Elite halten die Herausgeber mit Recht vor allem zwei im Geltungsanspruch für zu pauschal, die allerdings auch schon früher kritisch erörtert worden waren, nach manchen Einwänden in Rezensionen zuletzt in den Untersuchungen von Elena Marasina und in den Adelforschungen des Deutschen Historischen Instituts Moskau: Marc Raeffs These vom „entfremdeten“ Adel, der durch den Ausbau der Bürokratie für die sich modernisierende Monarchie entbehrlich geworden sei und sich nicht mehr mit dem Staat identifizieren können, sowie die vornehmlich aus literarischen Quellen geschöpfte Deutung Jurij Lotmans, Russlands Adlige hätten die Verwestlichung nur nachgeahmt und öffentlich zur Schau getragen, aber in ihrer privaten Sphäre eine traditionale Identität gewahrt.

Nicht zuletzt aus dieser Kritik leiten die Herausgeber ihren weiterführenden Ansatz ab. Aus einer auf den ersten Blick verwirrenden thematischen Vielfalt der Beiträge erschließen sich über die klug argumentierende Einführung von ANDREAS SCHÖNLE und ANDREI ZORIN die Konzeption eines innovativen Forschungsprojekts und die keineswegs beliebige Gliederung des Bandes. Konkret zielt das Projekt darauf, den quellenmäßigen Nachweis für ausgewählte Erscheinungsformen der Europäisierung der adligen Elite Russlands im Alltag, im öffentlichen Auftreten und im Selbstbewusstsein einzelner Mitglieder oder Gruppen zwischen 1762 und 1825 mit Rückgriffen bis zu den Reformen Peters I. zu erbringen. Ohne die bisher überwiegende Erforschung des literarischen Imports westlicher Ideen oder eine quantifizierende sozialhistorische Untersuchung von Militär, Behörden und Bildungsanstalten gering zu schätzen, entschieden sich die Herausgeber konsequent für eine kreative Erweiterung des methodologischen Repertoires durch „mikrohistorische *case studies*“, den „qualitativen empirischen Analysen“ in der Soziologie vergleichbar. Insofern räumen Schönle und Zorin auch von vornherein ein, dass die Erkenntnisse aus den Fallstudien nicht einmal in ihrer Summe zu verallgemeinern sind (S. 15). Statt auf makrohistorische Einsichten wird der Blick auf Beispiele individueller Lebensformen gelenkt, wie Elitenangehörige auf die von oben veranlassten oder bereits verinnerlichten Postulate der Europäisierung reagierten und in welchem alltäglichen Verhalten offenkundig die Tradition prägend blieb. Inspiriert durch die biographischen Untersuchungen zur englischen Hochkultur im 16. Jahrhundert von Stephen Greenblatt (*Renaissance Self-Fashioning: From More to Shakespeare*. Chicago, London 1980, zuletzt 2005), wenden die Herausgeber den flexiblen Begriff eines *self-fashioning* mit vielen Wahlmöglichkeiten und Improvisationen in der Lebensführung auf die Kultur- und Sozialgeschichte der Elite des Russischen Reiches an. Dass für diesen anspruchsvollen Forschungsansatz hauptsächlich Gebildete in der

hochrangigen und reichsten Schicht des Adels in Betracht kommen, die in autobiographischen Zeugnissen und Briefen Sinn für ihre Elitenzugehörigkeit bewiesen, leuchtet ein. Anzuerkennen ist, dass das Projekt eine intensive Archivarbeit erforderte, die dem Team der drei Herausgeber und weiterer sieben Autorinnen und Autoren dank einer Förderung durch den Leverhulme Trust erleichtert wurde.

In sieben Kapiteln wurden einer leitenden Fragestellung je zwei Fallstudien zugeordnet, die Schönle oder Zorin eingangs jeweils knapp im Rahmen der Gesamtkonzeption erläutern. Die Fragestellungen überzeugen durchweg, sind aber nicht etwa zwingend. Ebenso könnten die Fallstudien ergänzt werden, doch ist es in der vorliegenden Auswahl ein Gewinn, dass manches der erforschten Phänomene in den wechselnden Kontexten verschiedener Kapitel variierende Konturen erkennen lässt.

Gerade weil das Projekt um Nuancierung rang, kann hier nur eine Auswahl der Beiträge einigermaßen differenziert zur Sprache gebracht werden. Im ersten Kapitel geht es um die Frage, wie Adlige öffentliche Rollen verinnerlichten. Im Rahmen der Vorgeschichte des Manifests über die Dienstbefreiung von 1762 untersucht IGOR FEDJUKIN die Kriterien und Verfahren für Ernennungen und Beförderungen im Militärdienst seit Peter I. Der Zwangscharakter des Dienstes sei auf des Zaren Überzeugung von der Sündhaftigkeit des Menschen zurückzuführen und habe Patronage und Korruption ausschließen sollen. Doch vor allem seit der Herrschaft von Anna Ivanovna sei der Zwang zwar nicht direkt unter westlichem Einfluss, aber in einem kulturell milderen Klima und aus praktischer Erfahrung schrittweise reduziert worden. Einerseits hätten sich im Adel tatsächlich materielle und ideelle Motive für den Dienst verstärkt, andererseits sei der Staat zunehmend davon ausgegangen, der Adel teile die Sorge um das gemeine Wohl und diene aus Liebe zu Krone und Vaterland. Vor allem überzeugt der Befund, dass bei anstehenden Beförderungen statt starren Regeln immer öfter dem Urteil der Kommandeure vertraut worden sei. Einen Kontrast bietet ALEXANDER IOSAD mit der Erörterung einer anderen Motivation und zwar des sich außerhalb des Dienstes verbreitenden Interesses Adliger an den Naturwissenschaften, das der Autor als einen Aspekt der kulturellen Europäisierung und Autonomisierung deutet und einprägsam periodisiert: von den Kabinetten am Hofe über die gelehrten Gesellschaften bis zu den Salons und Kaffeehäusern. In einem Land ohne eine eigene Forschungstradition sei bei der Gründung der Kunstkammer 1717/18 durch deren barocke Repräsentationskultur noch die bloße Neugier auf Neues, Seltenes und Seltsames geweckt worden, doch habe sich bei manchen Angehörigen der Elite dann alsbald eine positive Einstellung zu den Naturwissenschaften verselbständigt, wie sich in privaten Sammlungen, in dilettierenden Experimenten, in wissenschaftlichen Übersetzungen und in der zunehmenden Distanz zur barocken Emblemik, aber auch im rasch wachsenden gesellschaftlichen Ansehen der Akademie der Wissenschaften nachweisen lasse.

Im zweiten Kapitel wird der Frage nachgegangen, wie die Europäisierung die Geschlechterrollen in Russlands Adel veränderte. ALEXEI EVSTRATOV interpretiert die in der Hofgesellschaft offen diskutierte Ehekrise des westlich gebildeten Aleksandr Stroganov und seiner Frau Anna, der Tochter des Vizekanzlers Michail Voroncov, bis zu ihrer inoffiziellen Trennung im Jahr 1764. An diesem Ausweg wirkten sowohl die Kaiserin als auch Erzbischof Platon mit. Denn obwohl beide Eheleute einander betrogen, hätte allein Annas eheliche Untreue der Kirche als Scheidungsgrund genügt. Weil aber Zwangsheiraten verboten waren, hielt Anna dagegen, ihre Eltern hätten sie wegen finanzieller Probleme der Familie zur Heirat gerade mit dem reichen Stroganov gezwungen. So wurde mit der inoffiziellen Trennung einerseits die überkommene Position der orthodoxen Kirche zur Unauflöslichkeit der Ehe gewahrt, andererseits eine sich auch im Westen erst anbahnende neue Form der Konfliktregelung praktiziert. Doch obendrein kontrastiert Evstratov die Affäre mit dem hauptstädtischen Theatermilieu. Das Ideal der Ehe aus Liebe hätten in Russland staatlich geförderte französische Theatergruppen verbreitet, und diese wiederum hätten Adlige, sogar Aleksandr Stroganov, inspiriert, selbst als Amateurschauspieler aufzutreten und wie Molières George Dandin die reale Misere des eigenen Lebens auf der Bühne darzustellen und zynisch zu kommentieren.

Einer der letzten Aufsätze von MICHELLE LAMARCHE MARRESE (gest. im Oktober 2016 in New York) kann als Entwurf eines weiteren Buches verstanden werden, das diese herausragende Erforscherin der neuzeitlichen Geschichte der adligen Frauen Russlands ihrem großen Thema hatte widmen wollen. Aus den Briefen von Ekaterina Michajlovna Rumjanceva geb. Golicyna und Dar'ja Petrovna Saltykova geb. Černyševa an ihre dienstbedingt meist abwesenden Ehemänner Petr Aleksandrovič Rumjancev und Ivan Petrovič Saltykov erkundete die Autorin einfühlsam die Gemeinsamkeiten und die Unterschiede in der sozialen und kulturellen Selbstwahrnehmung der beiden Frauen. Dass sie sich als treue Ehefrauen und aufmerksame Mütter sahen, ihre gesellschaftliche Stellung vor allem auf die eigene vornehme Herkunft zurückführten, als tüchtige Gutsherrinnen für die finanzielle Situation der Familie faktisch allein Verantwortung trugen und das Hofleben im Interesse der Karriere der Ehemänner beobachteten, rechnete Marrese durchaus noch zur Tradition, während sie neben dem Konsum europäischer Kultur und westlicher Waren insbesondere die Emotionalität des Briefstils auch ohne europäische literarische Muster als modern kennzeichnete. Die Hauptunterschiede in der Europäisierung der beiden Frauen bestanden der Autorin zufolge darin, dass Rumjancevs Frau nie im Ausland gewesen war, kirchlich gebunden blieb und sich nur als Opfer des Aufstiegs ihres Mannes verstand, bis sie dank seiner Karriere selbst am Hofe Ansehen gewann. Hingegen hatte Dar'ja Saltykova das Ausland kennengelernt, war westlich gebildet und selbstbewusst. Ohne zu jammern, litt sie

tatsächlich unter der Abwesenheit ihres Mannes, pflegte eine enge Beziehung zu ihren Töchtern und nahm am kulturellen Leben in den Hauptstädten teil.

Im dritten Kapitel über die Rationalisierung der Gutswirtschaft nach europäischen Vorbildern zeigt ELENA KORCHMINA zum einen das Vordringen einer noch nicht vom Staat angeordneten Buchführung in der Verwaltung der Güter, zum anderen die fortschreitende Verschuldung vieler Adliger, deren Wohlstand bis 1861 trotz einer genaueren Übersicht über Einnahmen und Ausgaben noch in Seelen bemessen wurde. Andreas Schönle geht der Frage nach, welche außerökonomischen und dennoch rationalen Motive den von Aufklärung und Revolution beeindruckten Ivan Barjatinskij bewogen, nach dem Krieg von 1812 den Dienst zu verlassen und mit hohen Investitionen in eine technologische Modernisierung seiner Gutswirtschaft und in eine rege Bautätigkeit sich ein luxuriöses Landleben in der Provinz zu leisten. In seinem widersprüchlichen *self-fashioning* suchte er seine Freiheit zwar in der Distanz zur höfischen Gesellschaft, wollte aber gleichzeitig seinen Lebensstil als Patriot, Agrarreformer und humaner Seelenbesitzer von Staat und Gesellschaft als vorbildlich gewürdigt sehen.

Im vierten Kapitel über das Alltagsleben der Offiziere in den Garnisonen weist STANISLAV ANDRIAINEN nach, dass es auch in Friedenszeiten einen guten Offizier auszeichnete, sich angesichts der Kürzungen staatlicher Mittel und zunehmender bürokratischer Gängelungen eigenverantwortlich um die Bedürfnisse seiner Soldaten zu kümmern. Dass es sogar im Militärdienst Raum für freies Denken gab, belegt MIKHAIL VELIZHEV in der Interpretation eines ungedruckten Tagebuchs von Vasilij Vjazemskij, der als kritischer Zeitzeuge in täglichen Eintragungen zwischen 1803 und 1812 das politische Geschehen reflektierte. Mit dem Selbstbewusstsein seines Ranges als Generalmajor habe er Kaiser Alexander I. für unfähig gehalten, sich insbesondere in Personalentscheidungen gegen einen „feminisierten“ Hof durchzusetzen. Und charakteristisch für die napoleonische Zeit habe Vjazemskij seine Wertmaßstäbe zwar aus der Aufklärung bezogen, ihr aber zugleich den allgemeinen Verfall der Moral angelastet und Russland überhaupt unter einem zerstörerischen Einfluss des Auslands gesehen.

Als neue Modelle der Geselligkeit im Rahmen europäischer Netzwerke beschreiben im fünften Kapitel ANDREI ZORIN die Logen der Freimaurer und Mikhail Velizhev den Englischen Club. Wie Adlige auf „Fremde“ oder „Andere“ reagierten, zeigt Alexei Evstratov im sechsten Kapitel in einer eingehenden Interpretation der Affäre um das Duell eines russischen mit einem deutschen Adligen, und JOHN RANDOLPH in der Erörterung des Verhaltens der Gutsherren gegenüber den eigenen Gutsbauern und dem Hauspersonal. Vor einer knappen Zusammenfassung von Andreas Schönle und Andrei Zorin erörtern beide im siebten Kapitel das einst von Nicholas Riazanovsky und Marc Raeff aufgeworfene Problem der fortschreitenden Spaltung zwischen Staat und Adelsgesellschaft, wobei sie wiederum gegen eine teleologische Sichtweise Wert auf Differenzierungen legen: Weder hätten sich ein loyaler Dienst und weitgehende

Reformerwartungen als unvereinbar erwiesen, noch sei in jedem Fall ein Widerspruch zwischen der Europäisierung und einem Festhalten an kirchlichen Bindungen oder einer „Rückkehr“ zu den nationalen Wurzeln zu konstatieren.

CLAUS SCHARF

Mainz

Elena S. Senjavskaja / Aleksandr S. Senjavskij / Lekcha V. Žukova (†)  
**Čelovek i frontovaja povsednevnost' v vojnach Rossii XX veka. Očerki po voennoj antropologii**

[Der Mensch und der Frontalltag in Russlands Kriegen des 20. Jahrhunderts. Skizzen zur Anthropologie des Krieges]

Pod obšč. red. E. S. Senjavskoj. Moskva, S.-Peterburg: IRI RAN, 2017.

421 S. = Historia Russica. ISBN: 978-5-8055-0318-5.

Elena Senjavskaja is one of the pioneers in the Russian equivalent to “military history from below”, or, as she prefers to call it, “military anthropology” of past wars. Her book on the war experience of the ‘frontline generation’ of 1941–1945 (*1941–1945. Frontovoe pokolenie. Istoriko-psikhologičeskoe issledovanie*. Moskva, 1995) remains a landmark in the historiography of the Soviet Second World War. A follow-up volume added World War I and the Afghanistan conflict (1979–1989) to her research agenda (*Čelovek na voine. Istoriko-psikhologičeskie očerki*. Moskva, 1997). Her next monograph, a sweeping investigation of a variety of aspects of military psychology, also drew heavily on these three wars, but made additional cursory comments on the many other wars ‘Russia’ had fought in the 20th century (*Psikhologičeskii voiny v XX veke. Istoričeskii opyt Rossii*. Moskva, 1999). After an unsuccessful excursion into cultural history (*Protiivniki Rossii v voinakch XX veka. Evoliutsiia ‘obraza vraga’ v soznanii armii i obščestva*. Moskva, 2006), Senjavskaja now returned to the history of the everyday life in the army at war, but retreated to the wars she knows best. Teaming up with her brother Aleksandr and the expert on Japanese history, L. V. Zhukova, she provides a comparative view of soldierly life in the Russo-Japanese war of 1904–1905, World War I (1914–1918), the Great Patriotic War (1941–1945) and Afghanistan (1979–1989).

This selection somewhat flattens out the ‘Russian’ experience of war, which, of course, was a Soviet experience for much of the 20th century. The Civil War is mentioned only as an afterthought to World War I. Neither the Soviet-Polish war of 1919–1921 nor Soviet participation in China from 1937 and the undeclared border war with Japan in 1938–1939 feature in this book, not to mention the Polish campaign of



1939 or the Finnish Winter War (1939–1940). The first Soviet war starts with the German aggression of 22 June 1941. It is “great” and “patriotic” and “undoubtedly a defensive and just war” (p. 255). The campaign against nationalist guerrillas in the western borderlands after 1945 and the Korean War (1950–1953) remain outside the remit of the book, maybe because they were neither “great”, nor “defensive” or even “just”. The version of the Soviet war record presented here is also significantly ‘cleaned up’ compared to previous works. No war crimes are committed by the Soviet forces either during the war against Germany or in Afghanistan. Such deeds are apparently not part of “everyday life on the frontline”. The partial exception here is rape during World War I, treated as part of a larger story of “sexual dissolution” (*polovaia raspushchennost*) and “disorderly intimate bonds” (*besporiadochnye intimnye svyazi*).

Despite the three names on the book’s cover, *Chelovek i frontovaiia povsednevnost*’ is very much Seniavskaiia’s book. Zhukova authored one chapter and Seniavskii helped with writing the introduction and the short conclusion. The rest is penned by Seniavskaiia. Readers of her previous works will find much of it quite familiar.

The highlight of the book, the first chapter, however, was written by Zhukova. It portrays the Russo-Japanese war as a disaster on all levels. Mobilization was poorly organized, transportation was haphazard, few knew what the war was being fought for, and discipline was low. More soldiers were treated for sexually transmitted diseases than for war wounds. Those who reached the frontline faced the living hell of position warfare reminiscent of the western front in World War I. When and where movement resumed, it disoriented soldiers who often had no idea whether they were advancing or retreating, why they were doing so, and where they were heading. The catastrophic conditions in this war served as a lesson for the war that followed, in particular for war medicine but also for at least some of the military professionals. Rank and file soldiers also learned what to bring to a campaign and what to leave at home. They found out that one way to survive a war was to surrender to the enemy and sit it out in captivity. Such lessons would still be remembered much later.

The other chapters do not reach the standard set by Zhukova, despite the many interesting sources and extensive oral histories they are based on. There is no overall development of argument and the book as a whole is held together loosely by two mechanisms: Firstly, there are shared themes, including war as travel, the experience of battle and of captivity, stress, depression, and mental illness, disease and sickness, the use and abuse of alcohol and, in the case of Afghanistan, other drugs, or gender relations within the armed forces. Secondly, there is a philosophical interest in theorizing the “everyday life on the frontline”, laid out in maybe too much detail in the introduction and returned to continuously throughout. The book is slightly more integrated into the international scholarly discourse than Seniavskaiia’s previous books, with the occasional English-language title cited. Overall, however, there is no dialogue with non-Russian literature, a depressing reminder of how insular a large section of Russian historical

scholarship remains a generation after the breakdown of the Soviet Union. The title is a misnomer: it should be *voennaia povsednevnost'* – everyday life in the military at war. Readers spend relatively little time on the frontline and much more on the march, in hospital, celebrating holidays, or in captivity.

There is an interesting history of captivity hidden in this book, but never fully expanded on. This history is a story of the decline of humanitarianism. In the Russo-Japanese war, Russian captives were, by and large, treated according to international law. Mortality was below one percent (see the table on p. 107). In World War I, prisoners of war (POWs) would face much harsher conditions, especially in German captivity. Over seven percent would not survive this experience (p. 227). But if the Germans treated the “Russian swine” (p. 219) with contempt during World War I, this was nothing compared to the genocidal treatment they would mete out to the Russian “subhumans” in World War II, when death tolls are estimated to have reached at least 43 percent of all Soviet POWs in German hands (Mark Edele: *Take (No) Prisoners! The Red Army and German POWs, 1941–1943*, in: *The Journal of Modern History* 88 [2016], 2, pp. 342–379, here pp. 375 f.). In Afghanistan too, the Mujahideen occasionally took prisoners, but more often they executed them, sometimes after grotesque torture and mutilation. Worryingly, this story of a steady decline in the treatment of prisoners could well be a universal story, not an exclusively ‘Russian’ one.

MARK EDELE

Melbourne

František Steiner

### **Fußball unterm gelben Stern. Die Liga im Ghetto Theresienstadt 1943–44**

Hrsg., übers. und komm. von Stefan Zwicker. Paderborn: Schöningh, 2017.  
195 S., 54 Abb. ISBN: 978-3-506-78626-5.

Worauf soll sich diese Rezension beziehen? Der vorliegende Band macht die Antwort nicht leicht, denn er besteht im Kern aus der erstmals 2009 in Prag erschienenen Reportage *Fotbal pod žlutou hvězdou. Neznámá kapitola hry, která se hrála přes smrti* von František Steiner, dem bekanntesten, inzwischen verstorbenen Sportjournalisten Tschechiens. Auf der Basis zahlreicher Zeitzeugengespräche verwebt er in kurzen, lose aneinandergereihten Episoden den Fußball im Ghetto Theresienstadt mit der Sportgeschichte des 20. Jahrhunderts. Kongenial einem deutschsprachigen Publikum erschlossen hat das Buch der in der ostmitteleuropäischen wie in der Sportgeschichte

gleichermaßen ausgewiesene Stefan Zwicker, der „als Einzelkämpfer“ (S. 13) der Bitte Steiners um eine Übersetzung nachkam. Zudem ergänzte er einen umfangreichen Anmerkungsapparat, eine Einleitung auf der Höhe des aktuellen Forschungsstandes sowie einen Appendix zu jüdischem Fußball und zum Fußball in Konzentrationslagern. Im Ergebnis steht der Leserschaft ein grundlegendes und erschwingliches Werk zur Verfügung, das seinen Anspruch, als Ausgangspunkt zu weiterer Beschäftigung mit dem Thema zu dienen, in positiver wie negativer Wendung einlöst.

Die Schwierigkeit bei der Rezension resultiert aus dem Spannungsverhältnis der beiden Buchteile. Kurz gesagt ziehen Sportjournalismus und Geschichtswissenschaft selten am selben Strang. Der Bericht Steiners lebt davon, sehr dicht an den Quellen zu bleiben, ihnen blind zu folgen. Dieses andere Erkenntnisinteresse, die methodisch nicht reflektierte Genese der Interviews sowie die Ausblendung offensichtlicher Widersprüche machen es für die Geschichtswissenschaft zu einem problematischen Buch, ganz zu schweigen von Mängeln sprachlicher Reflexion. Um das mit einem Beispiel zu verdeutlichen: Wenn Steiner sich – in einem der vielen Verweise auf die Weltgeschichte des Fußballs – die Substanz Brasiliens als „weiße Rationalität und kaffeebraune bis schwarze Fantasie“ (S. 27) ausmalt, lässt sich das mit anderen Sagbarkeitsregeln erklären, lesen will den rassistischen Stumpfsinn dennoch niemand.

Dass der Sport im Lagerkontext „nicht allzu bekannt“ (S. 7) sei, wie Zwicker konstatiert, ist mit Blick auf ein neben der Allgemeinheit adressiertes Fachpublikum nur eine liebgewonnene Floskel. So weist er selbst auf die zunehmende Zahl an Publikationen hin. Kevin E. Simpson zum Beispiel stützt sich in einem Kapitel von *Soccer under the Swastika. Stories of survival and resistance during the Holocaust* (New York, London 2016) sogar maßgeblich auf Steiners Werk. Letzteres bietet, den im Genre begründeten Einwänden zum Trotz, dank der Fülle an Zeitzeugenzitaten einen Zugriff auf die Vielschichtigkeit der Erfahrungen im komplexen Theresienstädter Liga- und somit Lagersystem. Anders als in sonstigen Konzentrationslagern, wo Sport zur Belohnung und Unterhaltung oder als Mittel der Differenzproduktion, Demütigung und Folter eingesetzt wurde, waren die Ligen in Theresienstadt – zwei für Profis, eine für die Jugend, zudem Pokalwettbewerbe – ein jüdisches Projekt, das von der Selbstverwaltung ausging. Zwischen Frühjahr 1943 und dem Spätsommer 1944 lief der Betrieb durchgängig, zog pro Partie Tausende Zuschauer an, wurde zum Thema sowohl der von Jugendlichen erstellten Untergrundpresse wie auch zweier NS-(Propaganda-)Filme. Im Sport eigneten sich die Häftlinge die aufgezwungenen Begrenzungen von Raum und Ressourcen – und auch die permanente Todesbedrohung – an, indem sie z.B. die Halbzeiten auf 35 Minuten verkürzten oder in einer aus Platzgründen reduzierten Teamstärke von sieben Mann spielten. Die Meldung der Teamaufstellungen erfolgte erst kurz vor den Begegnungen, denn oft fielen Spieler kurzfristig, aber dauerhaft, wegen Deportationen aus.

An dieser kulturellen Souveränität innerhalb des Zwangssystems – vgl. hierzu den von Gregor Feindt, Anke Hilbrenner und Dittmar Dahlmann herausgegebenen Sammelband *Sport under Unexpected Circumstances. Violence, discipline, and leisure in penal and internment camps* (Göttingen 2018) – partizipierten auf dem Spielfeld vor allem junge, männliche Tschechen, darunter viele Profis, gar Nationalspieler. Doch erreichte der Fußball über die Zuschauer weitaus heterogenere Kreise. Letztlich hätten sich – trotz Überprüfung und Solidaritätsverbots – auch die tschechischen Gendarmen oft die Matches angesehen, so Jiří Taussig, einer von Steiners Gesprächspartnern, dem eine Gendarmengattin sogar einen Pullover gestrickt habe. Diese Episode verweist jenseits von Eindeutigkeit suggerierenden Antagonismen auf differenzierte Interaktionsmuster in fragilen, situativen Gemeinschaften, wie sie gerade der Sport hervorbringt, was Steiner und leider auch Zwicker geflissentlich ignorieren. Steiner gewichtet solche Stimmen stark, die den selbstorganisierten Sport als Emanzipation, Selbsterfahrung und Individualisierung beschreiben, wobei Zugehörigkeit nie explizit zum Thema wird, obwohl die Namen der Teams auf aktuelle Arbeitszusammenhänge, die unerreichbar gewordenen Heimat- oder imaginative Referenzorte verwiesen.

Trotz Desinteresses am Fußball ließ sich Jiří Justic, ein weiterer Zeitzeuge, oft aufstellen, und zwar aus Kalkül: „Die Spieler bekamen mehr zu essen!“ (S. 77) Die Frage der Versorgung der Sportler zu Lasten aller Lagerinsassen thematisiert Zwicker, indem er die gegensätzlichen Forschungspositionen referiert. An Stelle eines Entweder-oder könnte, so der Rezensent, die Kategorie des sportlichen Eigensinns einen Weg aus der epistemologischen Sackgasse weisen, denn sie kann die Gleichzeitigkeit unterschiedlicher Erfahrungen analytisch fassen und erschließt nahezu alle Lebensbereiche weit über die Versorgung bzw. den Mangel hinaus. Gleichwohl hatte der Fußballeinsatz Auswirkungen auf die Überlebenschancen, wurden die Transportlisten doch gezielt auf sportliche Talente gescreent. Solche Neuzugänge bekamen Posten, die gleichermaßen die Deportation weniger wahrscheinlich machten als auch Zugriff auf Lebensmittel ermöglichten, beispielsweise in der Lagerküche. Hier treten deutliche Handlungsspielräume zu Tage, die die Deutschen gewährten. Warum, dazu äußert sich Toman Brod in seiner Doppelrolle als Historiker und Zeitzeuge: „Spielt und macht, was ihr wollt, Hauptsache Ruhe!“ (S. 129) Damit folgt er der These James E. Youngs, wonach scheinbar autonome Praktiken, wie hier der Fußball, letztlich nur ermöglicht hätten, die Menschen umso reibungsloser ermorden zu können.

Die hier nur angerissenen Fragen zeigen, welchen Gewinn Zwickers Übersetzung für die deutschsprachige Forschung darstellt, denn sie regt im besten Sinne zum Weiterdenken an. Die Akribie, mit der Steiner seine Recherche bestritt, schuf trotz Defiziten bei Quellenkritik und Synthese eine vielstimmige empirische Basis, um unser Verständnis von Theresienstadt, ja der Shoah insgesamt, zu erweitern. Leider torpediert der Verlag dieses Potenzial nach Kräften. So verzichtete er offenbar auf das Lektorat und hielt es auch nicht für nötig, die abgedruckten Tabellen ins Deutsche zu übersetzen.

Einer zweiten Auflage bekämen zudem Anmerkungen zum undifferenzierten, da hinter den Stand des Bandes zurückfallenden Vorwort des Schriftstellers und Terezín-Überlebenden Arnošt Lustig gut, dessen wichtigster Impuls just auf eine methodische Schwachstelle des Buches hinweist: die notwendigerweise fehlende Zeugenschaft der Ermordeten.

MARTIN BORKOWSKI-SARUHAN  
Göttingen

Mihai Surdu

**Those Who Count. Expert Practices of Roma Classification**

Budapest, New York: Central European University Press, 2016. XV, 276 S., 3 Tab. ISBN: 978-963-386-114-1.

Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus rückten die Roma ins Blickfeld von Wissenschaftlern, internationalen Organisationen, Regierungsinstitutionen und NGOs, welche die Geschichte und aktuelle Situation dieser ethnischen Minderheit reflektieren und außerdem die Entwicklung des Antiziganismus thematisieren. Letzterer ist ein Massenphänomen, das für Europa insgesamt charakteristisch und gerade in den früheren Ostblockstaaten fest verankert ist. Welche Vorstellungen über die Roma vermitteln Wissenschaftler und Experten (etwa internationale Organisationen und NGOs)? Tragen sie zur Verbreitung antiziganistischer Ressentiments bei? Diesen kontroversen Fragen geht Mihai Surdu in seiner Studie nach.

Der rumänische Soziologe und Wissenschaftsforscher Surdu beschäftigt sich seit Jahren mit der Lage von Roma in Europa und untersuchte beispielsweise die Segregation von Roma in der Bildung. In der rezensierten Abhandlung, die aus insgesamt sieben Kapiteln besteht, stellt er zunächst die wichtigsten akademischen und politischen Akteure der Wissensproduktion über Roma vor: Sozial- und Politikwissenschaftler, Historiker und andere Wissenschaftler, deren Forschung in ihrem sozialen, politischen und ökonomischen Kontext betrachtet werden soll; nationale und internationale politische Entscheidungsträger, NGOs, Journalisten und vor allem Roma-Aktivisten. Obschon diese Akteure oft eng zusammenarbeiten, die Öffentlichkeit für die Probleme von Roma zu sensibilisieren suchen und in der Regel auf die Verbesserung ihrer Situation bedacht sind, konstruieren sie nicht selten eine negative Roma-Identität und verstärken dadurch die in der Gesellschaft ohnehin verbreiteten Vorurteile und Stereotype: „Roma population exists as a negative and oppositional construction made by dominant groups and self-internalized by many of those labeled as Roma.“ (S. 39) So

werden Roma von Forschern und Experten als eine homogene Bevölkerungsgruppe und aus Indien stammende „fremde Ethnie“ dargestellt, wobei die Unterschiede zwischen Roma und Nicht-Roma hervorgehoben und die sprachlichen, kulturellen, religiösen und weiteren Gemeinsamkeiten zwischen Roma und Nicht-Roma hingegen eher ausblendet werden. Man konzentriert sich in erster Linie auf die Armut sowie die eklatanten Bildungs- und Gesundheitsprobleme von Roma (S. 32, 38, 51, 57, 59 ff., 63, 66 f., 90 f.). Diese werden als eine marginale „disadvantaged and vulnerable group on the fringe of society“ (S. 93 f., 99 f.) stilisiert.

Diese von Wissenschaftlern und Experten konstruierten und von vielen Roma verinnerlichten Roma-Bilder werden in der Studie ausführlich beleuchtet. Surdu wertet insgesamt 251 mit Hilfe von Google Scholar ermittelte englischsprachige Publikationen über Roma aus, die zwischen 1990 und 2013 erschienen sind, die Geschichte und die aktuelle Situation von Roma unter verschiedenen Perspektiven behandeln, intensiv rezipiert wurden und somit den Roma-Diskurs nachhaltig prägten. An dieser Stelle können exemplarisch drei Weltbank-Studien aus der ersten Hälfte der 2000er Jahre erwähnt werden, welche die Roma hauptsächlich „with poverty, contagious diseases, voluntary evasion of healthcare and educational systems, as well as with socially isolated and removed cultural practices“ in Verbindung bringen (S. 188). Als Roma gelten dabei nicht nur die Personen, die sich selbst als Roma sehen, sondern auch die Menschen, die von Nicht-Roma als Roma wahrgenommen werden (S. 191). Bemerkenswert ist, dass Weltbank- und weitere Experten-Publikationen nicht selten vorurteilsbehaftete visuelle Repräsentationen von Roma enthalten. Einige von diesen „typischen“ Roma-Bildern werden im letzten Teil der Arbeit analysiert. In der Abhandlung werden sie aber leider nicht veröffentlicht.

Der Verfasser zeigt überzeugend, dass die Volkszählungen von den Machthabern oft genutzt wurden, um die Roma von den Nicht-Roma abzugrenzen und zu diskriminieren. Als Beispiel können die Volkszählungen 1930 und 1941 in Rumänien betrachtet werden, welche die Verfolgung von Juden und Roma in diesem Land begünstigten (S. 129 ff.). Im Hinblick auf die Volkszählungen, die in Rumänien und in weiteren früheren Ostblockstaaten nach 1989 durchgeführt wurden, erscheint es interessant, dass viele Forscher, Regierungsorganisationen und NGOs deren Ergebnisse in Frage stellen. Sie gehen davon aus, dass zahlreiche Roma ihre „wahre“ Herkunft aufgrund der Diskriminierung zu verheimlichen versuchen würden und die tatsächliche Zahl von Roma somit beträchtlich höher sei (S. 132–140). Surdu kritisiert diese These und hält zum Beispiel die von den Vereinten Nationen und von der Weltbank verbreiteten Schätzungen für empirisch unbegründet (S. 141). Die Überlegung, manche Angehörige diskriminierter bzw. marginalisierter Gruppen seien bei einer Volkszählung bestrebt, ihre ethnische oder religiöse Herkunft zu vertuschen, ist allerdings plausibel. Dieses Verhaltensmuster war etwa für etliche Deutsche und Juden in der Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg charakteristisch.

In seinen Schlussbetrachtungen hebt Mohai Surdu hervor: „My argument is that a new agenda is needed if stereotypes addressing Roma are to be considered seriously – the negative image of Roma has to be analyzed, challenged, and deconstructed in its production sites, whether those are academic, political, or journalistic.“ (S. 252) Seine interessante, lesenswerte aktuelle Arbeit ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Sie beleuchtet die Situation von Roma unter neuen Perspektiven und gibt neue Impulse für die Forschung.

ALEXANDER FRIEDMAN

Düsseldorf

### **International Communism and Transnational Solidarity. Radical Networks, Mass Movements and Global Politics, 1919–1939**

Ed. by Holger Weiss. Leiden, Boston, MA: Brill, 2017. XIII, 375 S., 26 Abb., 4 Tab. = Studies in Global Social History, 26. ISBN: 978-90-04-32481-7.

Die sieben Beiträge der fünf Autoren in diesem umfangreichen Sammelband reichen ‚von groß bis klein‘. Dies betrifft nicht nur die Seitenzahl (von 20 bis 70 Seiten), sondern auch die bearbeitete Thematik. Hauptsächlich geht es um mit der Komintern liierte Organisationen „radikaler internationaler Solidarität“ (S. 132). Eine Ausnahme bildet lediglich der britische Bergarbeiterstreik von 1926. Die Autoren stellen zurecht fest, dass diese Organisationen unter Historikern und anderen Wissenschaftlern wenig Beachtung gefunden haben, da es weder internationale Organisationen im formellen Sinne, noch unpolitische NGOs waren. Wenn überhaupt, wurden diese Organisationen als Gehilfen der sowjetischen Außenpolitik betrachtet. Deren zentrales Konzept „Solidarität“ hatte in der Zwischenkriegszeit, wie in der Einleitung herausgearbeitet wird, noch die Konnotation von Konflikt und Revolution und wurde erst nach dem Zweiten Weltkrieg zum heutigen allgegenwärtigen Inbegriff von Inklusivität und Humanität.

Während die Einleitung das Werk als neue Gesamtdarstellung auf der Grundlage der neuesten theoretischen Ansichten (*spacial turn, intersectionality*) präsentiert, vermittelt die Themen- und Autorenwahl eher den Eindruck eines Sammelbandes zu den lieb gewordenen Spezialthemen der Experten, wobei beides seine Berechtigung hätte. BERNHARD H. BAYERLEIN analysiert als Doyen des Forschungsfeldes die Schlüsselfrage des Verhältnisses zwischen der Komintern, der bolschewistischen Partei und den nationalen kommunistischen Parteien. Sein Rahmenbeitrag begreift die Komintern und ihre Nebenorganisationen als kulturelle Vermittler mit einer gewissen Autonomie und

distanziert sich somit von totalitaristischen Interpretationen, die sie lediglich als Strohmänner des Kremls verstanden. GLEB ALBERT richtet sein Interesse auf die Internationale Rote Hilfe (IRH; russ. MOPR [*Meždunarodnaja organizacija pomošči borcam revoljucii* (Internationale Organisation zur Hilfe für die Kämpfer der Revolution)]) als sowjetische Massenorganisation internationaler Solidarität. KASPER BRASKÉN steuert zwei Beiträge bei. Der eine ist vergleichbar mit dem von Albert und hat die Internationale Arbeiterhilfe zum Thema. Der andere verfolgt einen abweichenden Ansatz und befasst sich mit der internationalen Solidarität anlässlich der britischen Streiks von 1926. Dagegen war Fredrik Peterssons Liga gegen Imperialismus nicht in der Sowjetunion angesiedelt, sondern befand sich erst in Berlin und später in Paris und London. Die beiden Aufsätze von HOLGER WEISS befassen sich wiederum mit klassischen Organisationen der von Moskau aus gelenkten internationalen Solidarität und Einflussnahme: die Internationale der Seeleute und Hafentarbeiter sowie das Gewerkschaftskomitee schwarzer Arbeiter als Unterorganisationen der Roten Gewerkschafts-Internationale (oder Profintern). Auffällig ist dabei, dass die Rote Bauern-Internationale (oder Krestintern) und die Rote Sportinternationale in dieser Sammlung fehlen.

Albert richtet in seinem Beitrag über die im Jahr 1922 gegründete IRH (MOPR) sein Augenmerk auf das Verhältnis zwischen dieser Organisation und der (All-)Russischen Kommunistischen Partei. In der MOPR, einer weltweit erfolgreichen Massenorganisation mit Millionen Mitgliedern, bildete die sowjetische Abteilung nicht nur im Umfang eine große Ausnahme. In der daraus folgenden Darstellung der Aktivitäten und Struktur der Organisation, die der Partei ähnelte, zeigt sich von den angekündigten neuen Ansätzen vor allem aber die „Archivrevolution“, durch die seit den Neunzigern die relevanten sowjetischen Archive zugänglich geworden sind. Neben Archivdokumenten wird eine beeindruckende Vielfalt an Zeitungsartikeln, Fachliteratur, Propagandamaterial usw. verwendet. Die Schlussfolgerungen bezüglich Aktivitäten und Mitgliederzusammensetzung der MOPR sind jedoch kaum überraschend. Eine Ausnahme bildet das Verhältnis zwischen der MOPR und der Partei: Die Organisation wurde von Parteikadern dominiert, aber die Archive belegen, dass die Beziehungen trotzdem nicht unproblematisch waren. Die Spannung zwischen Massenmitgliedschaft und Lenkung durch die Partei war struktureller Natur.

Braskéns Erörterung der internationalen Hilfe für die streikenden britischen Bergarbeiter 1926 fokussiert die internationale Solidaritätskampagne für die fehlgeschlagenen Streiks, die die Internationale Arbeiterhilfe von Berlin aus organisierte. Auch seine Darstellung der Ereignisse basiert zum größten Teil auf Dokumenten aus dem Komintern-Archiv im RGASPI in Moskau. Die Streiks selbst, die Bemühungen der Arbeiterhilfe, den Bergarbeitern finanzielle Hilfe zukommen zu lassen, und die Auseinandersetzungen zwischen der Arbeiterhilfe und der KPD in Berlin werden detailliert herausgearbeitet. Weniger als im Rahmenbeitrag von Bayerlein versprochen,



wird die Darstellung nicht durch neue Fragen und Ansätze, sondern durch die Archivbestände und andere historische Quellen bestimmt. Die Schlussfolgerung, dass es eine Verkürzung der historischen Wirklichkeit wäre, die internationale Solidarität ausschließlich als Instrument der sowjetischen Außenpolitik zu sehen, vermag kaum zu überraschen. Es wird aber deutlich, dass die Kampagne eher ein propagandistischer Erfolg war als eine tatsächliche Hilfe für die streikenden Bergarbeiter.

Das Internationale Gewerkschaftskomitee schwarzer Arbeiter bildet den Untersuchungsgegenstand der letzten Fallstudie im Band. Hier lautet die These von Holger Weiss, dass die bisherige Literatur – bei aller berechtigten Aufmerksamkeit für die Dimension der schwarzen Befreiungs- und Bürgerrechtsbewegung – die kommunistische Dimension vernachlässigt. Klasse war genauso wichtig wie Rasse als Triebfeder dieser Organisationen und ihrer Anführer. Das Gewerkschaftskomitee verlor aber durch das Vorgehen der UdSSR bei der italienischen Aggression gegen Äthiopien Mitte der 1930 Jahre auf beiden Seiten des Atlantiks das Vertrauen. Weiss beginnt sein Fazit mit der Feststellung, dass das ‚schwarze Gewerkschaftskomitee‘ nie mehr als ein kleiner Stein im Bauwerk der Komintern war und dazu kein wichtiger. Wie bei den meisten anderen Beiträgen hat der Leser auch hier wieder das unguete Gefühl, dass den Autoren der Fallstudien beim Schreiben die Programmatik des Rahmenbeitrags von Bayerlein noch nicht bekannt war.

Die Beiträge des Bandes und ihre Autoren beeindrucken durch ihre Kenntnis der älteren und neuesten Fachliteratur und der ausgedehnten Komintern-Archive. Vielleicht ist es aber just dieses Übermaß an gesättigtem Wissen, das bei diesem Sammelband über eine aus heutiger Perspektive so fremde Welt keine Neugierde oder historischen Sensationsgefühle aufkommen lässt.

WIM VAN MEURS

Nijmegen/Kleve

### **Repressalien und Terror. „Vergeltungsaktionen“ im deutsch besetzten Europa 1939–1945**

Hrsg. von Oliver von Wrochem. Paderborn: Schöningh, 2017. 271 S., 13 Abb., 1 Tab. ISBN: 978-3-506-78721-7.

Die Spurensuche nach Tätern und Opfern verbrecherischer Exzesse von Wehrmacht und SS-Einheiten während des Zweiten Weltkriegs bildet einen thematischen Schwerpunkt zeitgeschichtlicher deutscher Forschung. Das Erschrecken über das summarische Ergebnis hat zu einer öffentlichkeitswirksamen Visualisierung geführt, die

in der Wehrmachtsausstellung ihren Höhepunkt an kritischer Aufmerksamkeit erfuhr. Es folgten zahlreiche Ausstellungen, in die auch die von der KZ-Gedenkstätte Neuengamme gezeigten Exponate zu verbrecherischen Aktivitäten von Wehrmacht und SS im besetzten Europa einzuordnen sind. Ergänzt wurde diese Dokumentation durch ein erläuterndes Begleitprogramm, das in eine wissenschaftliche Tagung einmündete. Ausgewählte Themen beider Rahmenveranstaltungen stehen hier in Rede.

Schauplätze des Geschehens sind deutsch okkupierte Staaten vornehmlich Ost- und Südosteuropas. Westeuropäische Besatzungsgebiete gelten als Vergleichszonen. Auch kleinere, regionalisierte Handlungsebenen sind berücksichtigt, was das Leserinteresse nicht mindern sollte. Denn das faktische Geschehen dient der Exemplifizierung von „Vergeltungsaktionen“, „Strafaktionen“, „Sühnemaßnahmen“ sowie „Repressalien“ als konzeptionelle Bestandteile der Okkupationsstrategie von SS, Polizei und Wehrmacht u. a. gegenüber Zivilpersonen und Partisanen. Die Einzelstudien des Sammelbandes liefern neue Beweise dafür, dass die regulären Streitkräfte in das NS-Terrorregime und die exzessive Besatzungsherrschaft unmittelbar involviert waren, was über Jahrzehnte in Deutschland umstritten war. Das demonstriert bereits die Reaktion der Okkupanten auf das erste Zusammentreffen mit polnischen Partisanen im Winter 1939/40, als Heeres- und SS- und Polizeikräfte wegen der Zuständigkeit zu deren Bekämpfung miteinander rivalisierten.

Diese Aussage stellt die Verbindung zum Kernanliegen des Herausgebers und des Autorenteam her. Es geht ihnen nicht darum, den letzten Täter an den Pranger der Geschichte zu stellen und das letzte Opfer zu beklagen. Vielmehr lassen die Einzelstudien im Vergleich die Unterschiedlichkeit hinsichtlich Motivation, Ausführung und Rechtfertigung der Ausschreitungen in den betroffenen Ländern erkennen, nicht zuletzt in der verbalen Akzentuierung. In den untersuchten Fällen von „Vergeltungsaktion“, „Strafaktion“ und „Sühnemaßnahmen“ werden diese Begriffe, nachdem sie zuvor in einem definitorischen Beitrag auf ihre Zweideutigkeit hin untersucht wurden, als Mittel der Rechtfertigung oder Vertuschung von im vorliegenden Band thematisierten Unrechtshandlungen entlarvt. Diese Klassifizierung durch die Täter erfolgte entweder mit Blick auf die Bewohner des besetzten Landes oder aber als Rechtfertigung gegenüber der nationalen und internationalen Öffentlichkeit und – seltener – gegenüber den Vorgesetzten.

Nachgegangen wird aber auch der Frage, inwieweit der okkupationsprogrammatische Konsens zwischen dem NS-Regime und den Besatzern vor Ort zu völker- und menschenrechtswidrigem Verhalten geführt hat. Für viele Soldaten gewann einer Studie zufolge in Anbetracht der Schreckensherrschaft im stalinistischen Russland das indoktrinierte Ideologem vom „jüdischen Bolschewismus“ und von dessen intendiertem Griff nach der kommunistischen Weltherrschaft Realitätsbezug. Um dieser Gefahr zu begegnen, musste der Feldzug gegen die Sowjetunion auch aus Sicht der Wehrmacht den von Moskau her fließenden „Blutströmen“ Einhalt gebieten und dem Land, so der

*Völkische Beobachter*, „das Menschenrecht wieder[bringen]“ (S. 39). Es fehlte nicht an militärischen Führern und Untergebenen, denen unter diesen Vorzeichen zumindest ein selektiver Genozid, wie die Belagerung von Leningrad, legitimiert erschien. Am Beispiel der Region Minsk in Weißrussland und der Ukraine wird vorgeführt, wie der rassistisch begründete Antisemitismus in ideologisch-politischer Verschmelzung mit dem Bolschewismus zum Synonym für das Böse in der Welt schlechthin stilisiert wurde, das in Person des Partisanen zum Objekt der Ausrottung geriet. Die Okkupationsmuster variierten je nach politischem, wirtschaftlichem und auch strategischem Stellenwert des besetzten Staatsgebietes.

Bei der rücksichtslosen Niederschlagung des Aufstands 1944 im Warschauer Ghetto verbanden sich Judenpogrom und militärische Ordnungsmaßnahme in Regie der SS. Die Formen des Massakers – alle angetroffenen Polen sind zu töten – änderten sich, wie dargestellt, zugunsten von Zwangsarbeit, ohne die die deutsche Kriegs- und Versorgungswirtschaft nicht mehr zu funktionieren vermochte. Die Einäscherung Warschaus sollte im Übrigen nicht nur unter dem Aspekt der Vergeltung betrachtet werden. Außerdem beraubte sie den deutschen Truppen jede Möglichkeit, die Stadt als Festung zur Abwehr der Sowjetarmee zu nutzen, die bereits am rechten Weichselufer stand.

Ohne Mussolinis Albanien-Desaster wäre Griechenland, das sich in massivem Widerstand übte, wahrscheinlich nicht besetzt worden. Die deutschen militärisch-polizeilichen Gegenmaßnahmen versetzten es in einen latenten Kriegszustand. Das Fazit des Autors des betreffenden Aufsatzes endet mit einem Fragezeichen: Könnte es sein, dass Vergeltungsmaßnahmen nicht ausschließlich als Reaktion, sondern eher als vorrangiges Mittel zur Disziplinierung der Bevölkerung zu verstehen waren? Man könnte eine zweite Frage formulieren, nicht, um sie zu beantworten, sondern vielmehr als Anregung: Konterkarierte das militärische Verhalten der Besatzer vor Ort nicht die Berliner Politik? Noch zu Beginn der Besetzung lieferte das Reich Traktoren und modernes Ackergerät. Um das Land auszubeuten? Warum war die Ausfuhr von Grundnahrungsmitteln wie Öl aus Griechenland verboten, wo zudem Schweden in Stellvertretung des Internationalen Roten Kreuzes die Lebensmittelversorgung übernommen hatte? Anders als in Osteuropa setzte die massive Judenverfolgung erst gegen Ende des Krieges ein. Der Leser fragt sich, ob dies damit erklärt werden könnte, dass es im Fall Griechenlands keine Assoziation mit dem Bolschewismus gab. Der Aufsatz sei noch um die Information ergänzt, dass – zumeist im Austausch gegen deutsche Zivilinternierte im Ausland – über 2500 Juden mit spanischer Staatsangehörigkeit aus Griechenland unter Mitnahme ihres Vermögens auf dem Weg über das KZ Bergen-Belsen auf die Iberische Halbinsel ausreisen durften.

Der Frankreich betreffende Aufsatz bezieht sich überwiegend auf Repressionen und Deportationen als Reaktion der Besatzungsmacht auf Aktionen des keineswegs monolithischen französischen Widerstands, und zwar mit dem zeitlichen Fokus auf dem

Jahr 1944. Dankenswerterweise wird die offizielle französische Differenzierung des Widerstands nach verschiedenen Gruppen vorgenommen. Wir erfahren Zahlen von Deportierten und die Anlässe für deren Einweisung zumeist in deutsche Konzentrationslager. Sie umfassten z. B. echte oder fiktive politische Gegner wie Kommunisten, außerdem Asoziale und unter rassistischen Kriterien auch Juden. Auf dem Hoheitsgebiet der durch den Waffenstillstand kollaborationsverpflichteten Pétain-Regierung waren die französische Polizei und Verwaltung in das Repressions- und Deportationswesen eingebunden. In eine besonders prekäre Lage gerieten diese durch eine Art „Vorratshaltung“ an bereits inhaftierten, festgenommenen und registrierten Geiseln, die im „Bedarfsfall“ ermordet oder in KZs eingewiesen wurden. Die angesprochene Thematik der Kollaboration ist allein schon wegen des administrativen Involviertseins vieler französischer Zeitgenossen in die deutsche Okkupationspolitik ein sehr brisantes Thema, das noch keineswegs historiographisch umfassend aufgearbeitet worden ist.

Der besonderen Erwähnung bedarf noch ein Aufsatz über Vergeltungsaktionen in Serbien, dessen Autor sich auf die Darstellung exemplarischer „Sühneakte“ für Attacken von einheimischen Zivilisten auf Angehörige der Besatzungsmacht beschränkt. Deren Vergeltungs- und Abschreckungsmaßnahmen in Gestalt von Exekutionen völlig unbeteiligter Bürger durch die Wehrmacht im Zusammenspiel mit der SS dürften sich im Zweiten Weltkrieg ungezählte Male wiederholt haben. Die Nürnberger Nachfolgeprozesse sowie bundesdeutsche Gerichte, so ist nachzulesen, sprachen tendenziell Recht durch Vertuschung.

Die sich regional und thematisch ergänzenden, vorwiegend faktographisch-informativen Einzelbeiträge gewinnen für den Leser dadurch eine übergeordnete historiographische Aussagekraft, dass ihnen eine Abhandlung vorangestellt ist, die für die im Anschluss daran untersuchten Gewaltakte einen Bewertungsmaßstab nach juristischen Kriterien liefert. „Vergeltungsaktionen“, „Strafaktionen“, „Sühne-maßnahmen“ oder „Repressalien“ sind formal als rechtliche Begründungen von Gegenmaßnahmen für rechtswidriges Verhalten zu verstehen. Diese Begriffe sind innerhalb des Kriegsvölkerrechts verankert. Die Nähe des Kriegsvölkerrechts zur Gewalt, so schreibt der Autor, hat dazu geführt, dass Repressalien immer noch einseitig zugunsten des Stärkeren ausgelegt werden. Das ist der rote Faden, an dem entlang die Praxis und die rechtsinterpretatorische Exegese dieser Problematik vom Ersten Weltkrieg über den Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart aufgezeigt und erläutert wird. Unter diesem Blickwinkel vermitteln die Beiträge des Sammelbandes jeder für sich und in der Summe einen ersten Eindruck von der tendenziellen Unzulänglichkeit eines fakultativen Rechts, das den Bewohnern eines unrechtmäßig besetzten und unter Missachtung des Völkerrechts administrierten, ausgebeuteten und – was Osteuropa

anbetrifft – genozitär dezimierten Landes das Recht auf Widerstand mit sogenannten unmilitärischen Mitteln untersagt.

HANS-ERICH VOLKMANN

Freiburg im Breisgau